Winter 2017/2018
Nr. 73, 23. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt

Wie leben?
SEITE 4

Zur Dialektik des Rechtsstaates und zur Krise der Normalität
SEITE 10

Atomkatastrophe in Mayak vor 60 Jahren
SEITE 14

Das Märchen von der Resozialisierung
SEITE 34



Inhaltsverzeichnis

03 Aufruf zur Frühjahrsausgabe
04 Wie leben?
06 Warum "Fuck Cops/Nazis/..." scheiße ist
08 Zur Aktualität Harry Potters in einer nach rechts driftenden Gesellschaft
10 Zur Dialektik des Rechtsstaates und zur Krise der Normalität
12 Leserbriefe
14 Atomkatastrophe in Majak vor 60 Jahren
16 Wir haben euren Zug gefangen...
18 Stand der Unterlassungserklärungen gegen Anti-Braunkohle-Aktivist*innen
21 Ostermarsch-Bericht: Emden, Lingen, Gronau
22 Atomwaffenfrei mit Konstantin Wecker
24 11.11.2017: Klimagipfel und Karneval
26 "Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung... Teil 13
30 Orientierungsprobleme an der Moralfront
33 G20-Zoo
34 Das Märchen von der Resozialisierung
35 Wenn Aufklärung so selbstverständlich ist, dass sie misslingt
36 Roter Stern is more than soccer!
40 Konflikt im grünen blatt
44 Offener Brief zur G20-Protest-Debatte
46 Der bunte Umsonstzug
48 Wegwerfen ist nur ein Symptom!
49 Bleibt "Containern" strafbar?
50 Homo Ökonomikus
52 Termine und Veranstaltungen

Editorial

fb Diese Ausgabe erscheint mit einer lange schon nicht mehr gehabten Verspätung. Von dem Konflikt und den Problemen, denen dies geschuldet ist, lest ihr verschiedene Sichtweisen ab Seite 40. Eine langjährige Problematik für das grüne blatt ist die Finanzierung dieses Magazins aus der ökologischen emanzipatorischen grassroots-Bewegung der BRD.

Auf der gegenüberliegenden Seite machen wir einen neuen Anlauf dies durch Schaffung eines Puffers zukünftig abzumildern, auch wenn dieses Zeitungsprojekt sicherlich niemals wirtschaftlich funktionieren, sondern auf den uneigennützigen Beiträgen der Mitwirkenden beruhen wird. Wir möchten euch jedoch aufrufen das grüne blatt bei dem Versuch einer Entschärfung der prekären Kostenlage zu unterstützen.

Inhaltlich gibt es wieder eine ganze Reihe interessanter Beiträge, auch wenn in dieser Ausgabe die Rubrik Mensch-Tier-Verhältnis fehlt. Dafür haben wir seit Jahren erstmals wieder einen englischsprachigen Bericht einer Aktivistin, die derzeit in der BRD lebt und sich in der linken Szene in Leipzig engagiert. Sie gibt ihre Eindrücke von einem antifaschistischen Fußballverein wieder, was sicherlich für viele ebenfalls Interessantes beinhaltet.

Seit dem Sommer fanden bereits zwei Treffen zur Neuorientierung des grünen blatts statt. Dabei wurden alte Spannungsfelder aufgearbeitet, Lösungsansätze diskutiert und entwickelt und Ideen für ein neues Redaktionskonzept überlegt. Im Frühjahr 2018 möchte eine Gruppe von alten und neuen Aktiven einen konzeptionellen Neustart versuchen. Dementsprechend wird es sich bei der vorliegenden Ausgabe wohl um die letzte nach altem Konzept handeln.

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Arne A., Dominik, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Jan Kummerfeldt, Jean Trauerweide, Jörg Bergstedt, Luna, Martin, Mona, Olga Kališová, Onno Oncken, Reka, Sonja Meißner, u.a.

Satz und Layout
Falk Beyer, Reka, Tini

Bildnachweis
Politisches Schnippelbilderbuch (S. 35); andere: siehe Bildangaben

Auflage: 1050 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.



Aufruf zur Frühjahrsausgabe

fb Mit diesem Aufruf wollen wir versuchen die prekäre Finanzierungslage des grünen blattes endlich in den Griff zu bekommen. Dass dieses Magazin kein profitbringendes Projekt ist, war immer klar und wurde auch oft an euch Leser*innen kommuniziert. Davon abgesehen gab es im Herbst 2016 mit der Spezialausgabe zum Reaktionär Martin Luther ein finanzielles organisatorisches Desaster, das uns als Projekt in Bedrängnis gebracht hat und zu der Situation führte, dass derzeit Einzelne die Druckkosten privat ausgelegt haben und darauf warten, dieses Geld wieder zurückzubekommen.

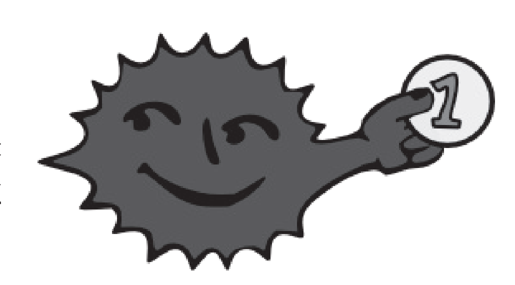
Um Wiederholungen zu vermeiden, wollen wir vor dem Druck der nächsten Ausgabe ein finanzielles Polster durch Spenden aufbauen, das dann für den Notfall zur Verfügung steht. Die Idee ist also die Druckkosten eines Heftes - das ist das Minimum an unvermeidlichen Ausgaben im Zusammenhang mit dem grünen blatt, alles andere kann zur Not auch mal anders getragen werden - als Reserve vorrätig zu haben. Wenn es dann dazu kommt, dass die Finanzierung einer Ausgabe wieder in Frage steht, soll uns dieser Puffer vor der Pleite retten. Dieses Polster soll aber nicht der regulären Deckung der Druckkosten dienen, diese soll wie gehabt durch das Einwerben von Zuschüssen oder anderen, für jede Einzelausgabe zu organisierenden, Finanzierungen erfolgen.

Ausgangslage

Das "bewährte" Finanzierungskonzept des grünen blattes war in den letzten Jahren, dass die Koordinator*in einer Ausgabe (für jedes Heft sollte möglichst eine andere Person die Verantwortung für Produktion und Finanzierung übernehmen) sich jedes Mal aufs Neue kümmerte, um Spenden, Zuschüsse oder Beiträge von Organisationen oder Privatperson aufzutreiben. Nicht, weil es besonders schlau wäre mit jeder Ausgabe das Rad neu zu erfinden, sondern weil wir bisher keinen Weg gefunden haben eine kontinuierliche dauerhafte Finanzierung für das grüne blatt auf die Beine zu stellen. Die Abobeiträge allein reichten in den letzten Jahren immer nur um die Versandkosten zu bezahlen.

Das funktionierte erstaunlicherweise bis zur erwähnten Herbstausgabe immer, obwohl das Risiko zum Scheitern in diesem Konzept schon angelegt war. Infolge persönlicher Vorgänge, die schließlich Auslöser der redaktionsinternen Krise waren, die ab Seite 40 dokumentiert ist, und des Ausbleibens der Finanzierung der Kosten jener Ausgabe geriet das Projekt in die unglückliche Lage eine Druckrechnung und mehrere Mahnungen zu erhalten, für die kein Geld vorhanden war. Nachdem klar wurde, dass die eigentlich als Verantwortliche betrachtete Person das Problem nicht lösen würde, sprang ein Mensch aus der offenen Redaktion ein und legte den gesamten Betrag privat aus. Danach wurde in dieser Runde die Bereitschaft abgefragt, sich mit Spenden an der Deckung der Druckkosten zu beteiligen - dadurch kamen nun etliche hunderte Euro zusammen, aber bei weitem nicht genug, um die ausgelegte Summe erstatten zu können.

Es kam im Laufe der folgenden Diskussionen die Idee auf, das Budget für den Druck einer Ausgabe vorab per Spendenaufruf im Vorläuferheft aufzubringen und die Herstellung eines neuen grünen blattes davon abhängig zu machen. Wir wollen es nun mit diesem Aufruf versuchen und den eingangs beschriebenen Pufferbetrag von knapp 1.700 EUR (schwankend je nach Auflagenhöhe und Seitenzahl) zusammenzubekommen.



Spendenaufruf

Also, liebe Leser*innen: Bitte überlegt, ob und in welchem Umfang ihr etwas dazu beitragen könnt, dass das nächste grüne blatt erscheinen kann! Einmalige Spenden sind ebenso willkommen wie kontinuierliche Zahlungen. Da es sich um kein profitorientiertes, sondern um ein gemeinnütziges Projekt handelt, können für die Zuwendungen auch Spendenbescheinigungen ausgestellt werden, die ihr ggf. steuerlich anrechnen lassen könnt. Jeder Betrag ist uns eine kleine Hilfe, aber wir freuen uns auf jeden Fall auch über großzügige Beiträge, denn die Summe, die wir erreichen müssen, ist nicht unerheblich!

Das grüne blatt hat rund 200 Abonnent*innen, die das Heft regelmäßig beziehen, von denen viele aber, wie wir wissen, nicht gerade vermögend sind... Hinzu kommen mehrere hundert Leser*innen, die das grüne blatt auf anderen Wegen erhalten. Würden 200 Leute jeweils 10 EUR spenden, hätten wir die benötigte Summe schon zusammen. Da das aber nicht wahrscheinlich ist, sind wir über jeden größeren Betrag dankbar.

Bitte überweist eure Spenden auf folgendes Konto:

IBAN:	DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC:	GENODEM1GLS
Kreditinstitut:	GLS Bank
Kontoinhaber:	Greenkids e.V.
Stichwort:	grünes blatt

Wenn ihr eine Spendenbescheinigung möchtet, schreibt in den Verwendungszweck neben dem erwähnten Stichwort außerdem das Schlagwort "Spende" sowie eure Anschrift.

Trägerkreis grünes blatt

Wir würden es sehr begrüßen, wenn ihr euch entscheidet, nicht nur eine einmalige Spende zum Aufbau des Druckkostenpuffers zu leisten, sondern einen Dauerauftrag bzw. eine Einzugsermächtigung für einen regelmäßigen Beitrag zum grünen blatt einzurichten! Wir wollen aus der prekären Finanzierungsmisere ausbrechen und eine kalkulierbare Basis für zukünftige Ausgaben entwickeln.

Auch hier gilt: jeder Beitrag (entweder jährlich oder pro Ausgabe) hilft! Ein Vorschlag zur Orientierung ist ein Mindestbeitrag von 10 EUR bis zum Maximalbetrag von 100 EUR, wobei wir uns auch nicht über größere Summen empören werden... **;-)**

Wenn du in Betracht ziehst dem Trägerkreis des grünen blattes durch einen solchen regelmäßigen Beitrag beizutreten, setze dich bitte per E-Mail (mail@gruenes-blatt.de) oder Post (PF 320119, 39040 Magdeburg) mit uns in Verbindung!

Danke, dass ihr helft, dieses Zeitungsprojekt weiter möglich zu machen!

Wie leben?

Ohne den Aufstand gegen die „vom Feind entwickelte Welt der Sozialisation, Beziehungen, Gefühle und Triebe“ wird es auch in den kapitalistischen Metropolen keine revolutionäre Bewegung geben.

peter schaber Als ich mich vor ein, zwei Jahren mit einem alten Freund traf, den ich für einen der klügsten Marxisten halte, die ich kenne, saßen wir in einem Altwiener Café bei zwei weißen G'spritzten und diskutierten über Abdullah Öcalan. Wir beide arbeiteten seit vielen Jahren mit der kurdischen Bewegung zusammen, gleichwohl hatten wir in nicht wenigen Punkten Kritik an Apos Theorien. Mein Freund bemängelte den „Voluntarismus“ der kurdischen Bewegung: „Den ‚neuen Menschen‘ durch möglichst große Willensanstrengungen schaffen, solange die alte Gesellschaft noch besteht, geht nicht“, sagte er. Ich stimmte zu.

Heute, zwei Jahre und einige Besuche in Kurdistan später, sehe ich das anders. Ich denke, dass wir derlei Kritiken leicht akzeptieren, weil sie uns vor der harten Realität schützen: Die überwiegende Mehrheit von uns verhält sich nicht wie Revolutionär*innen. Nicht, was die notwendige Disziplin gegen sich selbst angeht, nicht, was unsere Umgangsformen angeht, nicht, was die Bereitschaft, für einen Traum, eine Utopie Opfer zu bringen angeht. Im Zweifelsfall ist uns eine vermeintliche „Karriere“ wichtiger als unsere Überzeugungen; wir sind nicht fähig Verhaltensformen, die uns irgendwann antrainiert wurden, zu überwinden; oder wir fürchten uns vor Repression und zensieren uns selbst; oder wir achten nicht genug auf unsere Genoss*innen, weil wir zu sehr mit uns selbst beschäftigt sind.

Wann immer ich mit jungen Kämpfer*innen in den Bergen oder Metropolen Kurdistans zusammentraf, wurde mir diese Diskrepanz besonders schmerzlich bewusst. Die Guerilla hat sich ein kollektives Zusammenleben geschaffen, das tatsächlich als – wenn auch sicher noch unvollkommene – Ankündigung einer künftigen Gesellschaft gelten kann. Diese Veränderung der eigenen Persönlichkeit ist nicht allein der seit Jahrzehnten andauernden Kriegssituation geschuldet. Es folgt aus jenem Paradigma, das die Grundlage jeder Strategie der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bildet und das die Guerillera und Vordenkerin der PKK, Sakine Cansiz, so formuliert: „Wir haben uns dem Sozialismus nie utopisch angenähert. Er war für uns nie irgendetwas ganz weit Entferntes. Wir haben eher geschaut, wie sich Freiheit, Gleichheit und Sozialismus verwirklichen lassen. Wie können wir anfangen, diese Prinzipien in unserem Leben umzusetzen? Wir haben immer Hoffnungen und Utopien gehabt, die wir nicht auf zukünftige Generationen projizieren wollten. Stattdessen haben wir angefangen, unsere Hoffnungen und Utopien im Hier und Jetzt umzusetzen.“

Hass und Liebe

Das geht offenkundig, denn die Freund*innen in den Bergen tun es. Und es hat offenbar Einfluss auf die gesamte Bewegung, denn auch in jenen Städten, in denen die PKK viele Sympathisant*innen hat, entsteht ein neues Zusammenleben. Doch die Geschichte des Aufbaus dieses neuen Lebens ist zugleich eine, die große Opfer erfordert hat. Ohne die Bereitschaft von tausenden Genoss*innen – von Kemal Pir bis Zeynep Kinaci, von Mazlum Dogan bis Arin Mirkan – für ihre Hoffnungen und Utopien ihr Leben aufs Spiel zu setzen, wäre all das nicht möglich gewesen.

Die Menschen, die hier kämpfen, haben eine Lebensentscheidung getroffen. Die Revolution ist nicht etwas, was sie eben nebenbei auch noch machen. Sie ist auch nicht eine Einstellung, die sie eben haben, die sich aber ansonsten nicht auf ihr Leben auswirkt. Ebenso wenig ist sie eine nette Theorie, über die man so klug wie folgenlos sinnieren kann, bis man habilitiert oder ermattet ist. Sie ist das schlechthin Sinnstiftende im Leben.

Um dieser Aufgabe aber gerecht zu werden, braucht es einen Bruch mit all dem, was uns an das bestehende System bindet – und das ist nicht wenig. Das fängt dabei an, dass die Revolution ihre eigene Kultur braucht, ihre eigene Geschichte und ihre eigenen Erzählungen. Sie braucht die Bildung der Revolutionär*innen, die theoretische wie praktische. Sie braucht die Offenheit und Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik unter Genoss*innen. Sie braucht den Bruch mit dem kapitalistischen Individualismus. Deshalb nennt sie Apo in seiner Schrift „nasil yasamali?“ – „Wie leben?“ – einen „Aufstand“ gegen die „vom Feind entwickelte Welt der Sozialisation, Beziehungen, Gefühle und Triebe“.



In so einem Aufstand müssen wir alles neu lernen. Wir müssen neu lernen, das, was uns unterdrückt, zu hassen, müssen unsere Gleichgültigkeit überwinden: „Wer keine Gefühle der Vergeltung, des Hasses und keine großen Emotionen empfindet, kann den Kampf nicht führen“, schreibt Apo. Und noch wichtiger: Wir müssen neu lernen, zu lieben. Unsere Gefährt*innen, unsere Genoss*innen und alle Unterdrückten, mit denen wir gemeinsam kämpfen. Diese Liebe, die nichts mit der „romantischen“/“sexualisierten“ zu tun hat, heißt in der kurdischen Bewegung Rehevalti, Genoss*innenschaftlichkeit. Öcalan beschreibt sie als Keimform künftiger Gesellschaftsbeziehungen: „Die genossenschaftliche Bindung muss von Geld, Hab und Gut, Eigentum und Besitz, Hausfrau und Macho-sein, Wunsch nach Konsumgütern, hinter seinen Sehnsüchten und Lüsten hinterher laufen, Machtbesessenheit, blindem Mut oder Furcht und allen ähnlichen Beziehungen, Gedanken, Aussagen und Taten, die vom Weg der Wahrheitssuche abbringen, fernbleiben.“ In ihr soll auch – durch das „Töten der Männlichkeit“ – die unterdrückende Rolle des Mannes gegenüber der Frau überwunden

werden. Sich auf den Weg der Revolution zu begeben, heißt also, zugleich die eigenen Beziehungsmuster, die eigenen Verhaltensweisen, die eigenen Bindungen an das System zu überwinden. Es heißt Apo zufolge, „täglich das Leben zu erobern“ und zu einem „organisierten Menschen“ zu werden.

Um diesen Weg gehen zu können, braucht es eine Form der „Selbstverteidigung“, die noch lange bevor irgendjemand zur Waffe greift, stattzufinden hat: Eine kulturelle, intellektuelle und psychologische Selbstverteidigung gegen die Angriffe der kapitalistischen Moderne. Diesen umfassenden Begriff der Selbstverteidigung hat die kurdische Frauenbewegung am genausten ausgearbeitet. So schreibt etwa die Internationalistin Andrea Benario, dass auch die „Jineoloji“, die Aneignung von Geschichte und Wissenschaften aus weiblicher Perspektive eine Form der Selbstverteidigung sei, denn sie „vertieft die von Öcalan begonnenen Vorschläge eines freien Zusammenlebens, der schrittweisen Auflösung der patriarchalen Familie, der Auseinandersetzung und Überwindung von Sexismus und Rollenstereotypen und sucht nach antipatriarchalen Grundlagen und Formen von Wirtschaft, Politik, Geschichte, Demografie, Ökologie, Bildung, Ethik und Ästhetik und Gesundheit.“ Dadurch trage sie dazu bei zu erforschen, „wie Persönlichkeiten gestärkt werden können, um zu freien Persönlichkeiten zu werden.“

Dilsoz Bahar, ein junger antifaschistischer Internationalist, der in Rojava fiel, schrieb über die „ideologische Selbstverteidigung“, dass sie im Unterschied zu der bewaffneten, gegen physische Angriffe des Staates gerichtete, auf viel subtilere Attacken zu antworten habe: „Wir bemerken die Angriffe oft gar nicht, wir werden eingelullt und angelockt und geben uns sogar der Illusion hin, wir würden aus freiem Willen handeln.“ Die beste Antwort sei, „den Zusammenhang von Wort und Tat“ herzustellen: „Deshalb müssen wir aufhören, über unsere Utopien nur zu reden und damit anfangen, sie zu leben.“

Die „totale Scheidung“

Die Herausbildung einer gegen die kapitalistischen Erzählungen gerichteten eigenen Kultur ist natürlich kein Monopol der kurdischen Bewegung. Sie fand und findet überall dort statt, wo Menschen sich ernsthaft zusammenschließen, um mit dem Alten Schluss zu machen und dem Neuen zum Durchbruch zu verhelfen: In der Oktoberrevolution, im Krieg um Spanien 1936, in den südamerikanischen und asiatischen Guerilla-Bewegungen, in den Platzbesetzungsaufständen von Gezi, Puerta del Sol und Syntagma.

Die revolutionäre Kultur betrifft nicht allein die Schaffung von Liedern, Theaterstücken, Filmen und Literatur. Sie betrifft unser Selbstbild und unser Zusammenleben als Revolutionär*innen sowie unseren Umgang mit den Menschen, die wir gewinnen wollen. Das Herzstück der Herausbildung dieser Kultur muss permanente Kritik und Selbstkritik sein. Nur, wenn wir in der Lage sind, uns respektvoll, aber offen gegenseitig und selbst zu überprüfen, können wir in der Entwicklung unserer individuellen wie kollektiven Fähigkeiten voranschreiten.
Im Bezug auf die Überwindung von auf unterdrückerischen Geschlechtsidentitäten beruhenden Beziehungen beschreibt Öcalan diese Überwindung überkommener Verhaltensweisen als „totale Scheidung“: „Ich habe oft über die »totale Scheidung« geschrieben, also die Fähigkeit, sich von der 5000 Jahre alten Kultur der männlichen Herrschaft zu trennen.“ Diese „Scheidung“ sei zugleich Befreiung der Frau und des Mannes.
Die kurdische Bewegung verschiebt diese „Scheidung“ nicht auf einen lang entfernten Tag nach der Revolution, sondern begreift die Dialektik von Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung als einen ständig im politischen Kollektiv stattfindenden Prozess.

Revolutionäre Kultur

Nun kann es nicht darum gehen, das, was die kurdische Bewegung auf diesem Feld geschaffen hat, einfach zu kopieren. Es würde lächerlich wirken, wenn wir auf einmal Sutiks tragen und auf der Saz vom Dorfleben in Anatolien singen. Gemeinsamkeiten aber gibt es allemal: Das, was sie „Revolutionär*innen“ hier „Liberalismus“ nennen – Egoismus, ausufernder Alkohol- und Drogenkonsum, die Unfähigkeit zu kollektivem Leben, Disziplinlosigkeit, die Trennung von „Privatleben“ und Politischem, Karrierismus – gibt es bei uns in wesentlich größerem Ausmaß als hier.

Wenn wir sie nicht überwinden oder sie im Gefolge bürgerlicher Ideologien sogar zur „Freiheit“ verklären, reproduzieren wir jene Mechanismen, die uns an das kapitalistische System binden. Unsere „revolutionäre“, „radikale“ Politik bleibt ein wohlfeiles Austoben innerhalb des Bestehenden, das an keinem Punkt eine wirkliche Gefahr für die herrschenden Verhältnisse darstellt.

Lesetipp: "Kobane Calling"

reka Die Graphic Novel "Kobane Calling" von dem italienischen Künstler Zerocalcare ist erschienen im avant-verlag und beschreibt auf informative und anschauliche Weise seine Erfahrungen während einer Reise mit seinen Genoss*innen zur kurdischen Widerstandsbewegung in Rojava und ins Kandilgebirge.

Dabei wird das Leben und Kämpfen der kurdischen Widerstandsbewegung gegen den IS beschrieben. Hierbei wird einerseits der Alltag im Kriegszustand in Bilder gefasst, der Kampf der Frauen für Gleichberechtigung innerhalb der Strukturen sowie der Versuch des Aufbaus einer neuen Gesellschaft.

Hierbei gelingt es Zerocalcare das Alltägliche in so einem Ausnahmezustand, wie es der Krieg für eine Gesellschaft nun mal ist, sehr gut für den Lesenden darzustellen und schafft es durch seinen unnachahmlichen Humor dieses ernste Thema trotzdem sehr unterhaltsam zu vermitteln.

Zerocalcare: Kobane Calling, avant-verlag 2017, ISBN: 978-3-945034-63-7

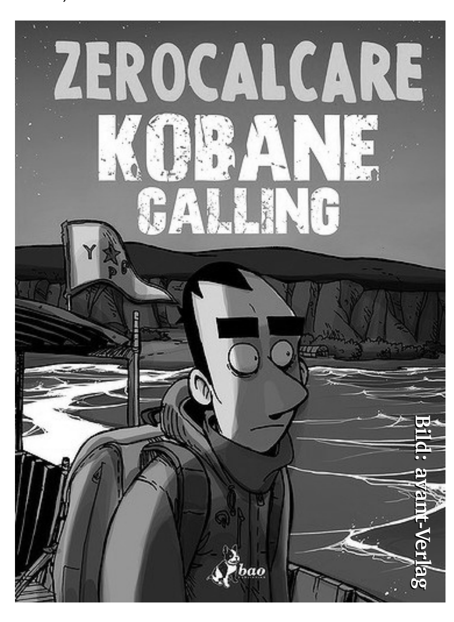


Bild: avant-Verlag

Warum „Fuck Cops/Nazis/…“ scheiße ist



infoladen salzburg Ein Grund, warum wir gerne Teil einer radikalen Linken sind und uns gerne auf subkulturellen Events wie Punkkonzerten herumtreiben: hier ist den meisten klar, dass diskriminierende Sprache beschissen ist. Es ist cool, mit Leuten abzuhängen, die NICHT z.B. „schwul“ als Schimpfwort verwenden oder rassistische Kackscheiße ablassen. Klar, von nichts kommt nichts: dazu waren viele Nachdenkprozesse und gemeinsame Diskussionen nötig. Schließlich ist diskriminierende Sprache in der „Normal“gesellschaft sehr verbreitet und akzeptiert. Was allerdings auch bei einigen Leuten in der Szene noch nicht angekommen ist: dass „Fuck the System“ oder „Fickt die Bullen“ als Abwertung scheiße sind.

Wer das noch verwendet, kommt sich dabei vielleicht unangepasst und provokant vor. Als „schlimmes Wort“, das bei Spießer_innen Empörung hervorrufen soll, eignet sich „fuck“ aber schon lange nicht mehr. „Ficken“ als Abwertung ist voll Mainstream. Als linksradikale/unangepasste/kritische Leute ist doch unser Ziel, uns von dem allgemein akzeptierten unterdrückerischen Scheiß abzugrenzen.

Was sagt das eigentlich aus, „Fickt die Bullen“? Definitiv nicht, dass sich jemand sexuellen Kontakt mit den Cops wünscht. Gemeint ist „ficken“ als Abwertung, als Strafe für Scheißverhalten, als Gewaltandrohung, als Fertigmachen. Die Bullen zu hassen ist absolut legitim. Sie zu bekämpfen auch. Als Abwertung gewaltsam „gefickt“ werden in dieser Scheißgesellschaft aber andere Leute und zwar ganz real Frauen*Lesben*Inter*Trans*-Personen. Das ist Vergewaltigung. „Fickt die Bullen“ als vermeintlich cooler Spruch trifft die Falschen. Er verletzt Frauen*Lesben*Inter*Trans*-Personen und ist respektlos gegenüber Betroffenen von sexualisierter Gewalt.

Wer „gefickt werden“ als Abwertung verwendet, sagt damit aus, dass die „gefickte“ Person machtlos, passiv und wertlos ist. Nur dadurch, dass diese Eigenschaften betroffenen Frauen*Lesben*Inter*Trans*-Personen zugeschrieben werden, „funktioniert“ diese Beschimpfung überhaupt. In dieser Logik ist „jemanden ficken“ eine Machtdemonstration und Gewaltausübung durch Penetration. Das ist sexualisierte Gewalt: dabei geht es eigentlich um Erniedrigung, als Waffe werden Handlungen benutzt, die sonst in einem sexuellen Zusammenhang stehen. Das ist etwas komplett anderes als Sex/Sexualität, wofür das Wort „ficken“ eigentlich benutzt wird. Wenn „ficken“ für Erniedrigung/Machtdemonstration UND für „Sex haben“ verwendet wird, wird sexualisierte Gewalt mit einvernehmlicher Sexualität gleichgesetzt. Das ist unerträglich beschissen!

Und dadurch werden Konzerte, Treffpunkte, linke Räume, Demos für viele Leute unerträglich. Wahrscheinlich ist noch einiges Nachdenken und Diskutieren nötig. Aber es ist echt Zeit, statt „Fickt XY“ zu sagen, was wir eigentlich meinen: Ich hasse Bullen! Smash the system! Scheiß auf den Staat! Nazis aufs Maul! Fight sexism! Und überhaupt, geht's ma ned am Oasch! Pfeifenkopf! Elendige Oaschwarzn! Dreckskiwara!

Rezension: Angela Davis

Freiheit ist ein ständiger Kampf

reka In dem Buch "Freiheit ist ein ständiger Kampf" werden durch Gespräche, Vorträge und Schriften die verschiedenen immer aktuellen Verbindungen von Befreiungskämpfen weltweit durch Angela Davis untersucht.
Dabei geht sie auf den wichtigen Einfluss der Schwarzen Frauenbewegung sowie die ähnlichen Mechanismen und Zusammenhänge von Rassismus, Sexismus und Klassismus (Intersektionalität) ein. Des Weiteren wird dabei auf den wichtigen Aspekt der internationalen Solidarität und gegenseitigen Unterstützung in den jeweiligen Kämpfen hingewiesen wie beispielsweise in den Bewegungen gegen Gefägnisse. Das ist gerade in Bezug auf die heutigen Kämpfe interessant. Wobei sie gleichzeitig auf bereits geführte Kämpfe hinweist, von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung bis hin zur südafrikanischen Anti-Apartheidsbewegung. Dabei betont sie besonders die Verbindungen und Parallelen heutiger Kämpfe. Ob die Bewegung gegen die rassistische Polizeigewalt in den USA oder der palästinensische Befreiungskampf, mit internationaler Solidarität und gemeinsamen Aktionen erreichen wir mehr, als wenn alle Bewegungen alleine kämpfen.
Im Angesicht eines ungerechten Systems und eines mehr und mehr zerstörten Planeten fordert Angela Davis dazu auf den Kampf nicht aufzugeben.

Angela Davis: Freiheit ist ein ständiger Kampf, Unrast Verlag, ISBN 978-3-89771-222-5

Rezensionen:

Graphic Novel Corner

Der Kampf gegen den Faschismus künstlerisch-zeitgenössisch dargestellt

reka Der Comic "**Grossväterland - Zeitzeugen erzählen vom zweiten Weltkrieg**" ist eine Art Antikriegs-Graphic Novel, wobei der eigene Anspruch laut Autoren "unterhalten, aufklären und mahnen!" ist. Dies gelingt ihnen recht gut, da die Kombination des Erzählens von Erinnerungen mittels 12 Zeitzeug*innen und die jeweilige Einordnung dieser in den historischen Kontext sowie des Ergänzens mit wissenschaftlichen Sachtexten zum Geschehen, in dieser Form bestimmt einmalig ist. Daher ist dieses Buch besonders geeignet für historische und politische Bildung beispielsweise an Schulen.
Durch die Vielfalt an verschiedenen Perspektiven auf den Krieg von den ganz verschiedenen Zeitzeug*innen bekommt der/die Leser*in einerseits einen ganz nahen Eindruck vom Kämpfen an der Front und andererseits wird durch die Darstellung der Gewalt und des Elends, das durch


Bild: Panini Verlag

den Krieg hervorgerufen wird, weder Krieg in irgendeiner Weise romantisiert noch werden die Protagonist*innen heroisiert, was zum bildenden Charakter der Graphic Novel beiträgt.
Des Weiteren sind die wissenschaftlichen Sachtexte, die die Zeitzeug*innenberichte begleiten wirklich informativ und helfen so ein Bild über die damalige Zeit zu vermitteln.

M. Freise, C. Hardinghaus: Grossväterland - Zeitzeugen erzählen vom zweiten Weltkrieg, Panini Verlag, 2016; ISBN: 978-3-95798-942-0

Vier verschiedene Frauen stehen in der Graphic Novel "**Sterben für die Freiheit - Sophie Scholl und Frauen des Widerstands**" im Zentrum des Geschehens, die während des Zweiten Weltkriegs im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben.
Dabei handelt es sich um so be-



Bild: Panini Verlag

rühmte Frauen wie Sophie Scholl, aber auch eher unbekannte Widerstandskämpfer*innen wie Berty Albrecht. Diese Berichte werden durch zwei fiktive Rahmenhandlungen verbunden und werden ebenfalls mit historischen Hintergrundinformationen abgerundet.
Die Mischung aus fiktiven und tatsächlichen Handlungselementen ist allerdings nur bedingt gelungen, denn das Leben von Sophie Scholl und den Mitgliedern der Weißen Rose verlief beispielsweise viel interessanter und spannender als in der Novel.

Die vier Frauenschicksale werden dabei durch vier verschiedene Künstler gezeichnet, so dass die unterschiedlichen Charaktere und Motivationen recht gut dargstellt sind.

Insgesamt ist es eine unterhaltsame und auch sehr interessante Graphic Novel zum Thema Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

R.Hautiere, F. Laboutique: Sterben für die Freiheit - Sophie Scholl und Frauen des Widerstands, Panini Verlag 2016, ISBN: 978-3-95798-558-3

In der Graphic Novel "**Drei Steine**" erzählt der Autor und Zeichner Nils Oskamp aus seiner Jugend in den achziger Jahren in Dortmund-Dorstfeld, wo er Opfer rechter Gewalt wird und dabei als Schüler um sein Überleben kämpft, ohne dabei selbst zum Täter zu werden.

In seinem klaren und modernen Zeichenstil transportiert er die bedrohliche und gewalttätige Situation, welche durch die Rechten entsteht für den/die Leser*in sehr eindrücklich, wobei auch der Zwiespalt des Rachegedankens des Opfers nach der Gewalttat ebenfalls thematisiert wird und der Protagonist es schafft, die Gewaltspirale zu durchbrechen.
Eine sehr gelungene und empfehlenswerte Graphic Novel, die gleichzeitg zum Nachdenken anregt und traurigerweise, durch die steigende Zahl an rechten Gewalttaten in der BRD, hochaktuell ist.

N.Oskamp: Drei Steine, Panini Verlag 2016, ISBN: 978-395798-646-7



Bild: Panini Verlag

Die Aktualität Harry Potters in einer nach rechts driftenden Gesellschaft

reka Überall in der Welt sind die rechten Bewegungen im Aufschwung, wachsen, gewinnen Wahlen und prägen immer mehr die gesellschaftlichen Diskurse. Ob sie wie in den USA die Wahlen gewinnen oder ''nur'' Zweiter werden wie in den Niederlanden, Österreich oder auch in Frankreich, sie schaffen es immer mehr Einfluss auf die aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen zu nehmen.

Jede Generation hat ihre popkulturelle Analogie für aktuelle Geschehnisse. Für Jahrzehnte war es Star Wars, nun ist es Harry Potter. So ist laut Monster[1] Harry Potter ein „Musterbeispiel von anspruchsvoller antifaschistischer Jugendliteratur", denn während die Ideologie Lord Voldemorts auf „arischer" Reinblütigkeit (Zauberer mit langer Zauberabstammung) und der Unterdrückung aller Anderen beruht, kämpfen Harry und seine Freund*innen für eine freie, offene Gesellschaft in der alle gleichberechtigt leben können. So wird z.B. der Orden des Phoenix zur Widerstandsgruppe antifaschistischer Aktivist*innen und Dumbledores Armee zur antifaschistischen Selbstverteidigungsgruppe von Schüler*innen in Hogwarts, denn wie auch im wahren Leben: wer im Kampf gegen den stärker werdenden Faschismus auf die Regierung hofft, ist verloren[2].

Die Potterserie ist also für Menschen jeden Alters geeignet, denn sie behandelt Themen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Homophobie und Ignoranz, wobei die Hauptbotschaft Vielfalt und die Akzeptanz von Unterschieden ist. Während die Charaktere aufwachsen und die Bücher komplexer und reifer werden, werden auch die politischen Konsequenzen durch das Missachten dieser Botschaft immer düsterer und bedrohlicher. So hat Voldemorts Ideologie der eigenen Überlegenheit der Reinblüter über Schlammblüter (Zauberer mit Menschenabstammung) Untertöne von ethnischen Säuberungen, denn nach ihrer rassistischen Bewertung sind alle, deren Blut durch irgendwelche Muggelahnen „verunreinigt" ist, eigentlich keine wahren magischen Menschen. Somit sind die Todesser Faschisten. Wie im wahren Leben ist das Zaubereiministerium voller inkompetenter, korrupter Menschen, deren einziges Ziel es ist, an der Macht zu bleiben. Die Presse ist nicht vertrauenswürdig, hysterisch und eine Marionette im System der Machthabenden, um deren Meinung zu verbreiten.

Hier ein kurzer Überblick über die Serie:

1. Buch: Es beginnt mit dem Doppelmord eines 21-jährigen Elternpaares, die ihren Sohn somit als Kriegswaisen zurück lassen. Das Kind wächst dann mit Vernachlässigung und emotionalen Misshandlungen auf, wird von Lehrern und Mitschülern gemobbt und es werden die Nachteile von Ruhm und Berühmtheit gezeigt. Aber auch dass es Dinge/Ideale gibt für die es sich zu kämpfen lohnt, werden durch den Kinderprotagonisten benannt. Die drei Hauptcharaktere handeln auch auf Grund der Bereitschaft der Selbstaufgabe, dabei werden zwei auch verletzt.

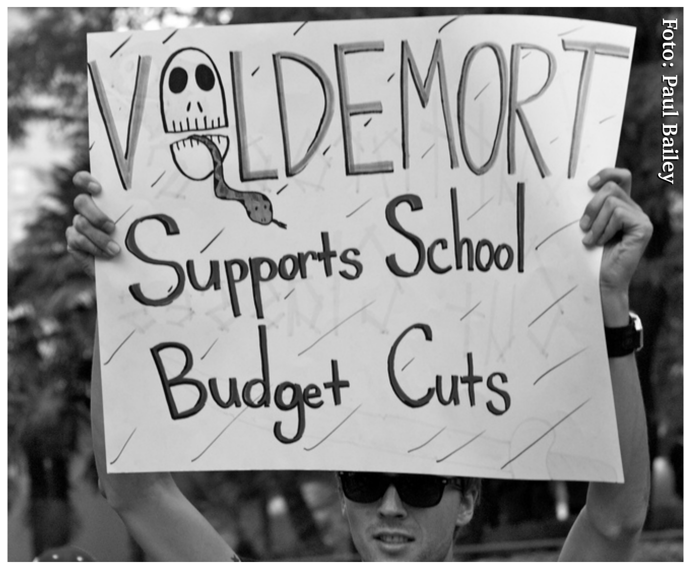


Foto: Paul Bailey

2. Buch: Das Equivalent zu Rassismus im Buch ist ja die Reinblutideologie, welche in diesem Band durch ein dafür manipuliertes 11-jähriges Mädchen umgesetzt wird, die unter der Kontrolle eines charmanten, älteren Jugendlichen steht. Hier wird unter anderem das Verhältnis von Macht und der daraus resultierende Missbrauch in Abhängigkeitsverhältnissen gezeigt.

3. Buch: Hier wird beispielsweise Ableism thematisiert, indem ein netter und kompetenter Lehrer als weniger menschlich und somit wertvoll in der Gesellschaft betrachtet wird, weil er eine Krankheit hat, die sein Verhalten zu bestimmten Zeiten beeinflusst. J.K.Rowling sagte, dass sie die Werwolfverwandlungen als Synonym für AIDS einbrachte, um die Ausgrenzung, welche Betroffene mit dieser Krankheit durch die Gesellschaft erfahren, aufzuzeigen.

4. Buch: Von rassistischen Übergriffen während einer Weltmeisterschaft, bis hin zu einem Sportturnier, was todesgefährliche Aufgaben beinhaltet und von den Zuschauern trotzdem bejubelt wird. Am Ende wird ein Jugendlicher ermordet, weil er den Nazis im Weg war und der jugendliche Protagonist wird von ihnen gefoltert, gedemütigt und fast ermordet.

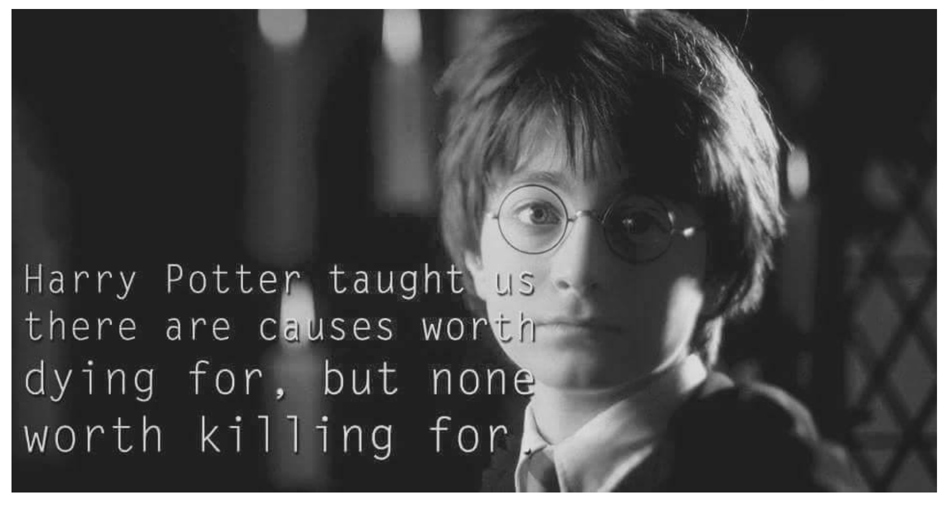
5. Buch: Der junge Protagonist hat inzwischen eine Posttraumatische Belastungsstörung, während sein Patenonkel und wichtige Vaterfigur eine Depression hat, die durch den erzwungenen Verbleib im Haus, wo er in der Kindheit misshandelt wurde, getriggert wird. Die Schule wird inzwischen von einer Tyrannin geleitet, die die Schüler*innen im Namen der Regierung foltert. Der Versuch das Leben des Patenonkels zu retten, misslingt und geht einher mit dem Verlust einer wichtigen Vaterfigur und vielen Schuldgefühlen.

Um nicht alles vorher zu verraten, lasse ich Beschreibungen der letzten beiden Bände an dieser Stelle weg...

Auch das neue Franchise der Autorin wurde von der ernsten Realität beeinflusst. Über den aktuellsten Film über die magische Welt „Phantastische Tierwesen und wo sie zu finden sind“ sagte die Autorin J.K.Rowling: „Ich wurde teilweise vom Aufschwung der rechtspopulistischen Bewegungen in der Welt inspiriert.“[3]. Die gesellschaftliche Anti-Zauberer-Stimmung, welche im New York der 20er im Film gezeigt wird, wo No-Majs (amerik. für Muggle/ Nichtmagische) Angst haben attakiert zu werden, spiegelt das Brexit-Britannien wider, wo die Menschen ihre durch die Auswirkungen des Jahrzehnte andauernden Neoliberalismus entstandenen Ängste gegen Geflüchtete und die europäische Politik richten.

2013 veröffentlichte Anthony Gierzynski, ein Professor der Politikwissenschaften der Universität in Vermont, eine Studie namens „Harry Potter und die Millennials (Kinder der Jahrtausendwende): Forschungsmethoden und die Politik dieser Muggle Generation“. Diese hatte das Ziel herauszufinden, ob die Harry Potter Geschichte das Politikverständnis der Millennials beeinflusst hat. In der Einführung diskutiert Gierzynski die Onlinevergleiche, welche beispielsweise Voldemort mit Rick Perry und Dick Cheney gleichsetzen, heutzutage wird Voldemort regelmäßig mit Trump gleichgesetzt. Dazu sagt Gierzynski: „Zu sagen die politische Landschaft hat sich verändert, ist eine Untertreibung. Wir haben einen Präsidenten dessen Rhetorik Intoleranz fördert und der eine typische autoritäre Persönlichkeit hat. Deshalb denke ich, dass die durch Harry Potter verbreiteten Werte heute noch relevanter sind als noch vor der Wahl 2012.“

Als Trump 2015 zum ersten Mal einen Muslimbann (Einreiseverbot für muslimische Menschen in die USA) vorschlug, meinte die Harry Potter - Autorin J.K.Rowling selber zu einem Trump-Voldemort-Vergleich: „Wie schrecklich. Selbst Voldemort war niemals so schlimm.“
Diana Mutz, eine Professorin der Politikwissenschaften in Pennsylvania, veröffentlichte 2016 eine Studie namens „Harry Potter und der



tödliche Donald“ (Harry Potter and the Deathly Donald), wo herausgefunden wurde, dass das Lesen der Bücher und Anschauen der Harry Potter-Filme das Ansehen von Trump und seiner Politik bei den jeweiligen rezipierenden Menschen senkt[4].

Genau wie Gierzynski meint Mutz, dass die Botschaft über Toleranz und Vielfalt in der Harry Potter Welt die Meinungen der Leser*innen stark beeinflusst hat, deshalb war sie überrascht über das große Ausmaß der Reaktion auf die Veröffentlichung: „Ich habe noch nie so viele Hassmails bekommen wie seit der Veröffentlichung dieser Studie. Es ist wirklich beängstigend, um ehrlich zu sein. Klar fühlen sich Trump-Befürworter*innen mit den Studienergebnissen unwohl, aber man kann sich die empirischen Daten und Ergebnisse ja nicht aussuchen.“.

So sind sich Akademiker*innen wie Gierzynski und Mutz einig, dass die Harry Potter Serie eine Generation mitbeeinflusst hat, die weltoffener und toleranter ist, als mensch durch die Lektüre eines Jugendbuches annehmen mag.

Sehr zu empfehlen ist die neu illustrierte Version mit den Bildern von Jim Kay erschienen im CARLSEN Verlag. Die Bilder zeigen mit welchem Herzblut der Künstler an die bildliche Umsetzung der Geschichte gegangen ist, da jedes Bild eine große Wärme ausstrahlt.

J.K.Rowling, Jim Kay: Harry Potter und die Kammer des Schreckens, CARLSEN Verlag, ISBN: 978-3-551-55902-9

1 http://monstersofgoe.de/2007/11/01/harry-potter-und-die-antifaschistische-bettlektuere/
2 http://monstersofgoe.de/2007/11/01/harry-potter-und-die-antifaschistische-bettlektuere/
3 https://www.theguardian.com/books/2017/mar/13/he-who-must-not-be-named-how-harry-potter-helps-make-sense-of-trumps-world?CMP=share_fb_gu
4 https://www.theguardian.com/books/2017/mar/13/he-who-must-not-be-named-how-harry-potter-helps-make-sense-of-trumps-world?CMP=share_fb_gu
5 https://www.inverse.com/article/25252-harry-potter-hogwarts-pureblood-white-supremacy-alt-right-trumpn

Zur Dialektik des Rechtsstaates und zur Krise der Normalität

michael Immer wieder wird im vorherrschenden und elenden politischen Diskurs auf den Rechtsstaat rekurriert, sei es dass man sich von anderen abgrenzt, sei es dass man sich selbst legitimiert. So wird immer wieder mit Stolz und Bravour verkündet, welch ein großartiger Rechtsstaat die BRD sei!

Doch inwieweit trifft das überhaupt zu? Zunächst sollte man sich zu Gemüte führen, um was es sich bei einem Rechtsstaat eigentlich handelt. In der Regel ist ein Rechtsstaat ein Staat mit einer Verfassung; ein Staat, der sich an die eigenen Gesetzte, insbesondere an die eigene Verfassung hält (was über den Inhalt der Gesetze und der Verfassung noch nichts aussagt).

Leider ist das aber oft nicht der Fall. Laut Grundgesetz ist selbst schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges illegal (Art. 26); entsprechende Vorbereitungen „sind unter Strafe zu stellen“. Laut Art. 33 hat jeder Deutsche entsprechender Qualifikation das Recht für den Zugang zu einem öffentlichen Amt. Die Berufsverbotspraxis, seit Willy Brandt insbesondere, ist aber ein Widerspruch dazu[1]: Der Sozialdemokraten historisches Verdienst war es die Verfassung durch ihren Bruch zu schützen. Und damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt angelangt, über den in der Regel nicht debattiert wird: Wozu dient eine Verfassung und an wen ist sie gerichtet? Der Sinn und Zweck einer Verfassung in einer Demokratie ist es die Macht des Staates zu begrenzen („checks and balances“), der Adressat ist der Staat und seine Institutionen selbst, nicht - wie es gewöhnlich gehandhabt wird – der einzelne Bürger. Doch für gewöhnlich wird die Verfassung missbraucht als politisches Bekenntnis- und Druckmittel gegen einzelne Bürger (z.B. gegen auch solche Menschen, die den Unterschied zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit anprangern). Vom logischen Sinn einer Verfassung ist es eigentlich ausgeschlossen, dass ein Einzelner verfassungswidrig handeln oder denken kann. Verfassungswidrig kann der Staat agieren, illegale Gesetze beschließen beispielsweise, eine Partei kann sich verfassungswidrige Ziele setzen; doch der Einzelne hat mit der Verfassung nichts zu tun. Es obliegt der Meinungsfreiheit, die Verfassung gut zu heißen, zu kritisieren oder sie gar abzulehnen; der Staat hat nur Taten des Bürgers zu ahnden, die im Sinne des Strafrechts illegal sind (wobei die Strafrechtsparagraphen natürlich ihre Grundlage in der Verfassung haben können bzw. sollten).





In diesem Zusammenhang sind auch die Tätigkeiten des VS zu beurteilen. Vom Standpunkt des Staates mag es objektiv richtig und notwendig sein Geheimdienste zu beanspruchen. Jedoch hat das nichts mit dem Schutz einer Verfassung zu tun. Die Verfassung wird geschützt durch eine gelingende Gewaltenteilung und eine wache und unabhängige Presse und eine kämpferische oder wehrhafte Zivilgesellschaft (d.h. sofern es diese gibt). Dass der VS nicht die Verfassung, sondern nur sich selbst schützt, haben beispielsweise die Ereignisse um den NSU und die immer wieder sabotierte kritische Aufarbeitung derselben gezeigt[2]. Der Verfassungsbrecher Nummer 1 ist aber der Staat selbst, wie diverse Bürgerrechtsorganisationen in dem jährlich erscheinenden „Grundrechte-Report“ immer wieder feststellen. Dass man überhaupt auf die Idee kommt, der Inlandsgeheimdienst schütze die Verfassung, liegt wohl in der Tatsache begründet, dass in Deutschland die Demokratie nicht erkämpft, sondern von oben verordnet wurde. Und es liegt in einer Rechtstradition begründet, nach der das „Recht in Deutschland nicht vom Menschen her gedacht ist, sondern vom Staat“, wie Ulrich Sonnemann in seinem Buch „Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“ (1963) bereits formulierte.



Für einen demokratischen Rechtsstaat ist bekanntlich die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) konstitutiv. Allerdings gilt: Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz, aber manche Menschen sind gleicher als andere. So ist es den Kirchen nach wie vor offiziell erlaubt, Menschen ihres (Nicht)glaubens wegen, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren[3]. Daran ändert auch ein Antidiskriminierungsgesetz nichts.

Auch Art. 5 ist einer der Lebensnerven einer liberalen Demokratie: das Recht frei die eigene Meinung zu äußern. Eine Zensur finde nicht statt. Aber sie findet an manchen Stellen doch statt! - sei es der Art einer Nachzensur von der Behörde für angeblich jugendgefährdende Schriften (Medien) oder sei es in Form einer Zensur von Werbeflächen durch deutsche Staatskonzerne wie der Bahn[4].

Menschen- und Bürgerrechte gelten weiterhin nicht für Menschen, die zwangsweise von der Psychiatrie „behandelt“ werden. Die Psychiatrie steht der Strafpraxis näher als der Medizin und sie wird von vielen als Pseudowissenschaft und Scharlatanerie angesehen. Denn „behandelt“ werden keine objektivierbaren Krankheiten, sondern in der Regel abweichendes Verhalten (und das ist nicht notwendigerweise kriminell). Eine Zwangsbehandlung und Zwangseinweisung widerspricht aber den Menschenrechten, eine Behandlung, die den Menschen auf ein Stück Biomasse reduziert, kann mit Recht als Folterpraxis bezeichnet werden[5]. Sicherlich gibt es viele Menschen, die psychische Probleme haben und Hilfe brauchen. Aber erstens muss die Hilfe auch gewollt sein, und eine Hilfe muss auch die gesellschaftlichen Umstände von Nervenzusammenbrüchen, Depressionen usw. berücksichtigen. Die Art und Weise wie diese Gesellschaft mit abweichenden Subjekten umgeht ist folglich vielfach zu kritisieren. Ein „Vulgärmaterialismus“, der alle Miseren auf das Gehirn zurückführen will (und damit Interessen der Pharmaindustrie bedient), liegt nicht nur falsch[6], sondern reproduziert auch die Ideologie des Neoliberalismus, nach



dem die Schuld für das eigene „Versagen" immer bei einem selbst liegt (bzw. beim eigenen Gehirn) und nicht etwa in der Gesellschaft – denn diese gibt es dem Neoliberalismus zufolge nicht – es gibt nur „Individuen", die auf Märkten „frei" ihre Arbeitskraft verkaufen[7]. Unübertreffbar dumm ist es, wenn obendrein in einem Artikel im Spiegel behauptet wird, dass Obdachlosigkeit ihre Ursache im Gehirn habe und nicht etwa in der Armut und den Eigentumsverhältnissen.[8]

Bei Debatten in denen es um Rechtsstaat und Rechtsstaatlichkeit geht, ist aber darauf zu beharren, auf den hochgradig ideologischen und wirklichkeitsidealisierenden Charakter dieser verwendeten Begriffe hinzuweisen. Sicherlich ist es sinnvoll und notwendig dafür zu streiten, dass der Staat und seine Organe nicht die Verfassung demontieren, sie zweckentfremden oder sich über sie hinwegsetzen. Es ist andererseits nicht abstreitbar, dass die Verfassung und die Verfassungen anderer Staaten, die eigene Selbstrelativierung, die eigene Selbstaufhebung zum Inhalt haben (können). Es ist der sog. Ausnahmezustand über den in vielen Medien immer wieder zu lesen war, sei es in Frankreich oder der Türkei. Allerdings wird in der Regel nicht geklärt, was dieser Ausnahmezustand eigentlich sei.

Gewöhnlich heißt Ausnahmezustand die Einschränkung oder Abschaffung der Grundrechte um „Recht und Ordnung" wiederherzustellen. Um das Recht wiederherzustellen, wird gegen es verstoßen, diktatorische Maßnahmen werden erwogen, um die Demokratie zu retten. Der Ausnahmezustand ist demnach eine paradoxe Konstruktion.

Der Ausnahmezustand wirft tatsächlich als Ausnahme ein Licht auf das was als Normalität gilt. Der Ausnahmezustand zeigt auf, welches Gewaltpotential in der Normalität selbst verborgen liegt. Dazu muss man sich anschauen, was der Normalität, d.h. der Anerkennung als bürgerliches Rechtssubjekt zugrunde liegt. Als Ideal mögen die Menschen- und Bürgerrechte schön klingen, aber ihre tatsächliche Funktion und ihr Geltungsbereich, den sie in dieser Gesellschaft haben, d.h. im Kapitalismus, ist nur durch Rekurs auf dem Kapitalismus selbst, seine Zwänge und Zumutungen, zu verstehen. Ein Idealismus der Menschenrechte, wie ihn beispielsweise Amnesty International vertritt, mag zwar wichtig sein, um Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu dokumentieren, aber dieser verhilft am Ende zu nicht allzu viel, da die Funktion und Grenzen der Menschenrechte und diese Gesellschaft unverstanden bleiben (besonders deutlich werdend an der eher hilflos wirkenden Forderung nach einem „Recht auf Nahrung").

Die Menschenrechte verhelfen dem Menschen als bürgerliches Rechtssubjekt anerkannt zu werden. Mit diesen kann das bürgerliche Subjekt seine Freiheit unter kapitalistischen Bedingungen genießen. Aber um als bürgerliches Subjekt fungieren zu können, setzt jedoch zuvor die Unterwerfung unter die Imperative des Kapitalismus voraus: d.h. um als menschenrechtsfähig zu gelten muss man sich als Arbeitskraftbehälter bewähren, die Zwänge des Kapitalismus, aus Geld mehr Geld machen usw. müssen als unumstößliche Naturgesetze anerkannt werden; in letzter Instanz muss sich die eigene Existenz rentieren. Erscheinen die eigenen Bedürfnisse nicht als kaufkräftige Nachfrage, so sind sie null und nichtig. Die Menschenrechte erkennen also den Menschen nicht mit allen seinen Bedürfnissen als soziales Wesen an, sondern nur insofern als dass sich der Mensch als brauchbar für den kapitalistischen Verwertungsprozess erweist. Somit ist die bürgerliche Gesellschaft mit ihren famosen Menschenrechten sehr gut vereinbar mit Hunger, fehlender medizinischer Versorgung und dem aus Kostengründen verursachten langsamen Tod durch Verseuchung der Umwelt usw.. An Deutlichkeit nicht zu übertreffen ist die faktische Behandlung von Flüchtlingen, Slumbewohnern und all den anderen „Überflüssigen". Wird der Staat mit dem Heer an Überflüssigen nicht mehr „fertig", dann ist die Einsperrung in Lagern (man denke nur an die „Auffanglager" in Nordafrika) nicht mehr weit, dann wird über diese Menschen faktisch der Ausnahmezustand verhängt.

Integration verläuft in dieser Gesellschaft durch Integration in den Arbeitsmarkt, unter welchen miserablen Bedingungen auch immer. Wird der Verkauf der eigenen Arbeitskraft jedoch immer schwieriger, aufgrund der Krise der Arbeitsgesellschaft[9], kostet man nur noch und „leistet" nichts mehr (weil die Produktionsleistung durch Maschinen immer mehr besorgt wird), dann hat man sein Menschsein verwirkt und der geschundene und gedemütigte Mensch (wie der Obdachlose oder der Hartz-IV-Empfänger) erscheint daher dem Kapitalismus und seinen Befürwortern nur noch als Störfaktor, als eine auf Halde liegende Biomasse!

In weiterer Folge der Krise und ihrer Unlösbarkeit innerhalb des Kapitalismus (siehe das in Fußnote 9 erwähnte Buch), werden sich die Repressionen gegen die „Überflüssigen" sicher weiter verschärfen; ein permanenter Ausnahmezustand würde verhängt werden, schon deutlich ablesbar an dem zunehmenden Überwachungswahn. Der Unterschied zwischen Normalität und Ausnahmezustand schmilzt zusammen, was auf das historische Ende der kapitalistischen Normalität selbst hinweist (Arbeiten, Steuern zahlen, kaufen usw.). Es ist auf jeden Fall darauf zu beharren die oben angedeuteten rechtsstaatlichen Defizite zu skandalisieren, denn wenn der demokratische Rechtsstaat sich endgültig in eine Krisendiktatur verwandelt, dann wird jede Kritik unmöglich, wenn man dadurch riskiert im Gefängnis zu landen oder womöglich gleich abgeknallt zu werden (siehe z.B. Türkei). Insofern ist die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates gegen seine Feinde (seien es Nazis oder Religionsfaschisten) keine Nebensächlichkeit. Aber man darf sich keine Illusionen machen: die Probleme dieser Welt lassen sich nicht durch Einklagen des bürgerlichen Rechts (oder durch Menschenrechte allein) lösen, zumal seine gesellschaftliche Grundlage, die Verwertung von Arbeitskraft, immer mehr wegbricht. Was in dieser Situation auf jeden Fall getan werden kann, ist zu sagen „was Sache ist":

„In dieser Situation, in der die antikapitalistische Linke – von wenigen Ausnahmen abgesehen – über keinerlei Hebel verfügt, um den Krisen- und Transformationsprozess nennenswert zu beeinflussen, bleibt vorerst nur die Möglichkeit der Aufklärung. Der erste revolutionäre Schritt besteht darin, den Menschen die ungeschminkte Wahrheit möglichst verständlich mitzuteilen: zu sagen was Sache ist, den Menschen also zu erklären, dass die Krise nicht überwunden werden kann, dass es schlimmer kommen wird, dass sie ihr gewohntes Leben aufgeben werden müssen, dass das Kapital in seiner Agonie die menschliche Zivilisation zu zerstören droht. Kurz: Nichts wird bleiben, wie es ist."[10].

Fußnoten im Internet!

Kommentar zur Rezension Wohllebens Buches "Das geheime Leben der Bäume"

tobias Liebes Redaktionsteam,
ich möchte die Rezension zu Wohllebens Buch "Das geheime Leben der Bäume" ergänzen, auch über das Buch hinaus. Zugegeben, ich habe ich es nicht gelesen, dafür andere von ihm, z.B. "Der Wald: Ein Nachruf" und "Bäume verstehen". Außerdem möchte ich erwähnen, dass ich Forstwirtschaft studiere, sodass ich Ahnung vom Thema habe, aber auch voreingenommen sein kann.

Dass Bäume - und andere Lebewesen aller Art - "kommunizieren" und aufeinander reagieren, möchte ich nicht bestreiten. In diesem Fall wird jedoch der Anschein erweckt, dass dadurch eine natürliche Harmonie entsteht, welche dann durch den Menschen gestört wird. Beispielsweise Mutter Buche zieht ihre Kinder auf und wenn der Mensch nicht da wäre, wäre alles perfekt. Dies finde ich menschenfeindlich. Natürlich führt menschlicher Einfluss zu anderen Prozessen, als wenn er sich heraushalten würde. Wären diese Prozesse "besser"? Für manche Individuen und Arten möglicherweise. Für andere nicht. Für den Menschen? Das ist die entscheidende Frage. Führt dieser Einfluss dazu, dass wir heute und morgen unsere Lebensgrundlage erhalten oder zerstören wir diese?

Dabei kann es in manchen Fällen durchaus angebracht sein, die "Kräfte der Natur" walten zu lassen und entspannt zuzuschauen. Jedoch nicht immer! Der Wald ist dem Menschen nicht Untertan und damit wird er auch nicht stets dessen Bedürfnisse erfüllen. Die "harmonische Natur" ist für mich eine vereinfachte Welterklärung - die durch ihr freundliches Gewand unterschätzt wird. Wir neigen dazu, unsere Bedürfnisse zu leugnen und zu vergessen, wovon wir täglich leben. Auch wenn weniger in diesem Fall durchaus mehr wäre. Aber weniger heißt nicht Nichts.

Wie Peter Wohlleben und andere zeigen, lässt sich das Bedürfnis nach mehr "unberührter" Natur sehr gut kommerzialisieren. Antikapitalistisch ist das nicht, auch wenn es ohne Raubbau daher kommt. Ein Blick in den Shop zeigt dies: Ein Buch nach dem anderen (inhaltlich sehr ähnlich), teure Führungen und der Kauf von Quadratmetern, aus denen für 50 Jahre kein Holz gewonnen wird.

Selbst wenn die klassische Forstwirtschaft nicht viel von ihm hält: Damit rettet und steigert Wohlleben den Wert von Wäldern in Deutschland. Wo früher die Preise der einzigen Ertragsquelle Holz nicht mit den steigenden Lohnkosten mithalten konnten, wo zudem wichtige Nadelbaumarten mit dem Klimawandel zu kämpfen haben, und nicht zuletzt wo der gesellschaftliche Anspruch an ökologische und soziale Funktionen gestiegen ist und vielerorts umgesetzt wurde: Hier zeigt eine neue Generation, wie die Betriebe dennoch Geld verdienen können.

Wohlleben als Rebell gegen die Forstwirtschaft, verbündet mit der Gemeinde Hümmel? Der Austritt aus dem Staatsdienst war natürlich riskant, aber ökonomisch war dies sicher ein Jackpot. Wer Geld hat, kann sich bei Führungen davon überzeugen lassen.

Vielleicht sollten wir aus herrschaftsfreier Sicht etwas vorsichtig sein, uns über dieses Modell zu freuen. Möglicherweise sind die Wohlfahrtsleistungen im Wald, die bisher auf die allgemeinen Staatshaushalte (v.a. Länder und Kommunen) abgewälzt wurden, im Vergleich gar nicht so verkehrt. Da ist ein Baum, der aus der Nutzung genommen wird, noch eine Investition der SteuerzahlerInnen, und nicht von der Sparkasse gesponsert. Wobei sich im Wald auch nur die Gesellschaft und ihre Symptome widerspiegeln.





Der ganz normale Ess-Ju-Widersinn !!!

Faktisches Verbot der Sexualität

arne a. Sicherungsverwahrte haben ihre Strafe bereits abgesessen und sollen per Gesetz eigentlich anders behandelt werden als Strafgefangene, vereinfacht gesagt, so wie in Freiheit befindliche Bürger. Außer der Freiheit soll ihnen nichts genommen werden. Diesbezüglich spricht der Deutsche Staat hier gerne, um sich von der Historie, welche dem § 66 StGB anhaftet, abzugrenzen, von einem "Sonderopfer", welches die Sicherungsverwahrten "geben". Erst einmal ist von "geben" in keinster Weise aus Sicht der Opfer zu reden. "Geben" heißt, dass jemand etwas _freiwillig_ überlässt. Da der Staat dem Sicherungsverwahrten seine ihm eigentlich zustehende Freiheit jedoch ungefragt einfach nimmt, handelt es sich nicht mehr um ein freiwilliges Geben. Der Ausdruck "Sonderopfer" ist dementsprechend deplatziert. Treffender wäre hier "Sonderraub". Da die wahren Ausdrücke jedoch dann in Verbindung zur Entstehungszeit des § 66 (November 1933) den Gesetzgeber und dessen Vollstrecker in die Nähe der Nazis bringen, beschönigt man lieber. Man sollte nun meinen, es sei damit auch genug, dass dem Menschen die äußere Freiheit genommen wird, aber nein, es kommt noch besser.

Artikel 3 Satz 3 GG: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Ist das Grundgesetz in der Sicherungsverwahrung außer Kraft gesetzt?

In diesem Beitrag befasse ich mich mit der Sexualität bzw. dem faktischen Verbot derselben in der Sicherungsverwahrung in Niedersachsen. Seit dem Jahre 2014 haben wir problemlos pornografische Erzeugnisse wie DVDs oder Zeitschriften und Bücher bekommen. Kürzlich wurden all diese Dinge, welche die einzige Möglichkeit zum wenigsten ansatzweisen Ausleben unserer Sexualität, welche ein Grundrecht des Menschen ist, aus unseren Unterkünften (so werden hier euphemistisch die Hafträume genannt) entfernt. Wir müssen uns also einmal mehr eine Selbstverständlichkeit wieder einklagen. Das Niveau der Sicherungsverwahrung wird so allmählich dem der Strafhaft wieder angepasst. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das einen deutlich erkennbaren Abstand zur Strafhaft verlangt, damit die Sicherungsverwahrung überhaupt vollstreckt werden darf, ist auch schon wieder sechs Jahre alt und daher seitens der Politik und des Vollzugs vernachlässigbar. Was kommt als nächstes? Die Zwangskastration? "Das (= Sexualität) muss aus deren Köpfen raus!" (Grundprinzip der sog. "Behandler" in der SV-Abteilung der JVA Rosdorf). Es dürfte bekannt sein, dass ein solcher Ansatz wissenschaftlich unhaltbar ist - aber gut, man hat auch schon versucht Homosexuelle zu "heilen". Mit dieser Einstellung ist es bei konsequenter Betrachtung unmöglich, einem Sicherungsverwahrten jemals seine Freiheit zurückzugeben. Aber das ist ja auch politisch so gewollt. Dass aufgrund diverser Gerichtsurteile in den vergangenen sechs Jahren 68 als "gefährlich" geltende Sicherungsverwahrte in die Freiheit entlassen werden mussten und dass es darunter nur zwei (!) einschlägige Rückfälle in fünf Jahren gegeben hat, dafür haben die anderen 66 also zu Unrecht eingesessen, aber darum geht es an dieser Stelle nur ganz am Rande.

Was im Kleinen gut funktioniert, wird später sicherlich im Großen ebenso gut laufen. Diese Anfänge hatten wir schon mal, ich brauche das Jahr 1933 sicher nicht zu erwähnen. Es kann mittlerweile nur noch von einer sicheren Verwahrlosung gesprochen werden, denn das ist genau das, was der Vollzug der Sicherungsverwahrung in Niedersachsen mittlerweile bewirkt. Sollte das das vom Gesetzgeber gewollte Vollzugsziel sein, so kann man nur gratulieren: Hier wird es erreicht!

Wir sehen, der Sicherungsverwahrte braucht keine Sexualität und muss auch diesbezüglich nicht besser als ein Strafgefangener gestellt werden. Wehret den Anfängen! Sonst haben wir in der SV in absehbarer Zeit wieder die Verhältnisse von vor 2011 - um nicht in der Zeit zu weit zurück zu gehen...

Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 02.02.2018

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Schwimmendes Atomkraftwerk

NukeNews Im Baltic Shipyard mitten in St. Petersburg wurde das schwimmende AKW "Akademik Lomonossow" errichtet, ein experimentelles Schiff mit zwei Reaktoren, das an seinem endgültigen Bestimmungsort Pewek in Tschukotka betrieben werden soll. Es gab keine grenzübergreifende UVP; die Behörden betonen, das Land habe niemals die Espoo-Konvention ratifiziert und sei daher nicht verpflichtet, die durch den Transport des AKWs nach Pewek im Mai 2018 betroffenen Nachbarländer einzubeziehen. Beim Durchqueren der Ostsee werden die Territorialgewässer anderer Länder passiert. Russland hat die Espoo-Konvention aber unterzeichnet - russische Dokumente empfehlen die Anforderungen dieses Vertrags ggf. zu erfüllen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Russia:_Floating_nuclear_power_plant_to_cast_off_from_Saint_Petersburg

Infomaterialien

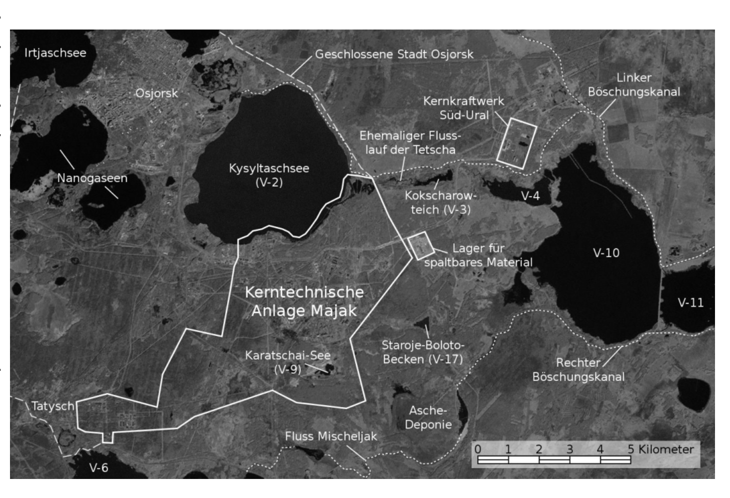
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Atomkatastrophe in

Vor 60 Jahren, am 29. September 1957, kam es in der Atomanlage von Majak in Russland zu einer verheerenden Explosion (INES-Stufe 6). Allerdings war das Ereignis, das auch als "Kyschtym-Unfall" bezeichnet wird, jahrzehntelang geheimgehalten worden. Was wäre passiert, wenn dieser erste Super-GAU schon 1957 bekannt geworden wäre?

1957 war das Jahr, in dem in der Bundesrepublik (und auch international) die Weichen in der Atompolitik gestellt wurden. In England, Nordamerika und der Sowjetunion waren bereits die ersten Atomreaktoren in Betrieb, aber ihr Zweck war vor allem die Produktion von Plutonium für Atomwaffen (und nicht die Produktion von Strom). Auch die Bundesregierung liebäugelte mit eigenen Atomwaffen für die neugegründete Bundeswehr.



Durch Appelle internationaler Wissenschaftler, insbesondere durch die "Göttinger Erklärung" (vom April des Jahres), gelangte die Gefahr der atomaren Aufrüstung ins öffentliche Bewusstsein. Es bildete sich eine internationale AntiAtomwaffen-Bewegung. Gleichzeitig bewirkte die Göttinger Erklärung eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der im Aufbau befindlichen "zivilen" Atomtechnologie. Die Atomwissenschaftler um Otto Hahn priesen die Kernforschung als Allheilmittel in der Medizin und Landwirtschaft und als billige Stromquelle. Gefahren für die Umwelt durch Atomanlagen wurden ausgeschlossen. Das Atommüllproblem wurde nicht thematisiert. Vier Forschungsreaktoren waren in Westdeutschland im Bau, der erste wurde am 1. Oktober 1957 in Garching eingeweiht.

Zwei Tage vorher geschah in Russland die Katastrophe, die alles in Frage gestellt hätte: Majak hätte bewiesen, dass eine kleine technische Panne zur Katastrophe führen kann. Majak hätte deutlich gemacht, dass die Welt nicht nur durch Atombomben und Wasserstoffbomben bedroht wird. Dass die Atomtechnologie nicht beherrschbar ist und dass die Betreiber solcher Anlagen diese Gefahr skrupellos und systematisch in Kauf nehmen.

Der Atomkomplex Majak (auch Tscheljabinsk-65 genannt) liegt nahe der Stadt Kyschtym in der Oblast Tscheljabinsk im östlichen Ural. Seit 1946 wurde hier eine der größten Atomanlagen der Welt aufgebaut. Bis zu 10 Kernreaktoren produzierten Brennstoff für U-Boote, Reaktoren und vor allem Plutonium für Atomwaffen. Es gab eine Wiederaufbereitungsanlage und eine chemische Fabrik zur Aufbereitung von Plutonium. Giftige Abwässer wurden systematisch in den Fluss Tetscha, den See Karatschai und weitere künstliche Seen geleitet. Von dort gelangten sie bei Hochwasser regelmäßig in die weitere Umgebung bis hin zum Nordpolarmeer. Als der Karatschai-See 1967/68 austrocknete, wurden 500.000 Menschen durch den









Majak vor 60 Jahren

verstrahlten Staub kontaminiert. Der See gilt als der verstrahlteste Ort der Welt.

Andere Rückstände aus der Wiederaufarbeitung wurden in Stahltanks bzw. Becken auf dem Gelände gelagert. Am 29. September 1957 kam es in einem der Lagertanks zu einer Störung im Kühlsystem. Durch einen Bedienungsfehler wurde die Kühlung dann komplett abgeschaltet. Ein Funke genügte, um den Tank, gefüllt mit hochradioaktiven Spaltlösungen (darunter Plutonium), explodieren zu lassen. Die Freisetzungsmenge entsprach der vom GAU in Tschernobyl. Allerdings sank der Großteil der Partikel auf dem riesigen 90 km² großen Werksgelände nieder. Eine Wolke mit 10 Prozent der Strahlung zog 300 Kilometer nach Südwesten. Eine 23.000 km² große Fläche wurde kontaminiert. Auf dem Gebiet lebten 272.000 Menschen. Andere Quellen sprechen von 437.000 Strahlenopfern und 200-1.000 Toten durch die Explosion. Die durch Majak im Laufe der Jahre verseuchten Gewässer haben eine ähnlich hohe Strahlenbelastung bewirkt wie die Explosion (insgesamt 180.000 Terabecquerel)... Bis heute, so wird vermutet, sind 20.000 Menschen an den Folgen der Verseuchungen gestorben.

Majak war und ist militärisches Sperrgebiet und die Existenz der Anlage war streng geheim. So war es möglich, die Explosion über Jahrzehnte komplett geheim zu halten. Viele der Geschädigten dürften Arbeiter der Anlage gewesen sein, die zu Verschwiegenheit verpflichtet waren. Außerdem war die Umgebung schon zuvor durch die Verseuchung der Gewässer extrem kontaminiert. Erst ab 1976 publizierten zwei russische Wissenschaftler im Exil ihre Recherchen zu Majak. 1989 gab die russische Regierung dann den GAU von Majak zu.



Kühe im Hintergrund des Warnzeichens.

Wäre die Katastrophe der Weltöffentlichkeit schon 1957 bekannt geworden, hätte dies vielleicht zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt (wie nach Tschernobyl und Fukushima). Bis dahin galten alle Atomanlagen als ungefährlich, technisch sicher und beherrschbar. Und niemand hatte sich Gedanken gemacht, wie Atommüll gelagert und entsorgt werden sollte.



Die "geschlossene Stadt" Osjorsk hinter Stacheldraht.

Spätestens acht Tage nach der Explosion in Russland hätte sich dann auch der Letzte davon überzeugen können, dass all dies ein internationales Problem ist: Denn da ereignete sich ein unkontrollierbarer Brand im Kern des Atomreaktors von Sellafield/England. Bei dem Versuch, das Feuer mit Wasser zu löschen wurde eine kontaminierte Wasserdampf-Wolke freigesetzt, sie trieb bis aufs europäische Festland (INES-Stufe 5).

Nach den Erfahrungen von Majak und Sellafield hätte sich vielleicht eine internationale AntiAtomBewegung entwickelt. 1957 wäre es vielleicht noch möglich gewesen, das zivile Atomzeitalter zu beenden, bevor es richtig in Schwung gekommen war.

Martin
(AntiAtomInitiative Göttingen)

(Quellen & Fußnoten online)



Keine UVP für Laufzeitverlängerung des AKW Krsko

NukeNews Am 20. Februar 2017 veröffentlichte die slowenische Umweltschutzbehörde das Fazit ihres Untersuchungsverfahrens, mit dem festgestellt werden sollte, ob für die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Krško eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig sei. Sie kam zu dem Schluss, eine UVP sei nicht erforderlich. Die Untersuchung erfolgte nach Hinweisen einer Gruppe von Umwelt-NGOs auf die 2012 von der Atomsicherheitsadministration vorgenommene Laufzeitverlängerung des AKW Krško von 40 auf 60 Jahre.

In die Untersuchung der Umweltbehörde wurden verschiedene Stellen involviert, die alle der Meinung sind, eine Laufzeitverlängerung des AKW Krško um 20 Jahre habe keine Umweltauswirkungen. Aufgrund dieser Meinungen wurde entschieden, keine UVP durchführen zu lassen. Gegen diese negative Entscheidung legte eine Gruppe von Umwelt-NGOs (Focus, PIC, Umanotera, SE-F) am 6. März 2017 Berufung ein und begründete dies unter anderem mit dem Verstoß gegen die Aarhus- und die Espoo-Konvention.



Fukushima: Opfer unter Druck

NukeNews Auch sechs Jahre nach dem Unfall am 11. März 2011 bleiben die Probleme ungelöst und wir stehen weiterhin den Folgen einer anhaltenden, beispiellosen Atomkatastrophe gegenüber. Die Folgen sind kompliziert und unterschiedlich. Die weitreichende Verstrahlung kostete Menschen, die früher die Segnungen der Natur genießen durften, das Leben und änderte die Situation Anderer in vielen Regionen dramatisch. Zu den zahllosen Folgen gehören der Verlust von Lebensgrundlagen und Lebenszielen, der Aufenthalt in überfüllten vorläufigen Notunterkünften, die Spaltung von Familien und Gemeinden, Gesundheitsrisiken und wachsende Ängste, Schikanierung und Vorurteile in den Unterkünften für Evakuierte... die Liste ließe sich fortsetzen. In einer derartigen Situation hat eine nationale Politik, die Evakuierte auffordert, im Rahmen eines "Wiederaufbaus" nach Hause zurückzukehren, den Effekt, die Opfer der Atomkatastrophe unter Druck zu setzen.

http://www.foejapan.org/en/energy/doc/170310.html



Wir haben euren

Mensch nehme: Eine handvoll entschlossener Menschen, einen Zulieferungstransport für die Urananreicherungsanlage in Gronau, zwei Betonblöcke und sechs Schlösser. Unfreiwillig kommen dann noch doppelt so viele Bullen wie nötig sein könnten, um sechs angekettete Menschen am Weglaufen zu hindern, das THW, die Feuerwehr und das DB Schienenpersonal dazu. Und schon gibt es inkompetente Einsatzführung, jede Menge technisches Spielzeug, wenig durchdachte Räumung und 17-stündige Zugverspätung. Tretende Sanitäter inklusive.

Am 5.10.2017, gegen 17:45 gelang es jeweils drei Menschen sich vor und hinter einen mit Uranhexafluorid (UF6) beladenen Zug auf dem Weg in die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau in einem Betonblock anzuketten. Sie fingen den Zug, mitsamt seiner menschen- und umweltverachtenden Fracht, damit er auch keine Ausweichroute nehmen konnte. Wenig überraschend bekamen sie in dem Kontext mal wieder zu spüren, wie es Menschen ergeht, die sich gegen bestehende Verhältnisse wehren. „Irgendwann haben die umstehenden Beamt_Innen wohl beschlossen zu versuchen uns jegliche Würde zu nehmen, es sei ja unsere eigene Entscheidung gewesen uns in diese Lage zu bringen“, erzählte eine der angeketteten Aktivist_Innen nach der Räumung. „Ich glaube eher, dass sie ihr Menschsein verloren haben, weil sie noch nicht mal mehr in der Lage dazu sind nachzuvollziehen, dass sich an den bestehenden Verhältnissen etwas ändern muss, damit dieser Planet bewohnbar bleibt“.

Die anwesenden Beamt_innen bedankten sich für die überraschende Unterbrechung ihrer entspannten Nachtschicht (und die Tatsache, dass sie sich das Fußballspiel Irland vs. Deutschland nicht angucken konnten) mit Rechtsbrüchen und aggressivem Verhalten. Guckt Mensch sich die letzten Monate an, ist dies wenig überraschend. Der Umgang mit der Demonstrationsfreiheit in Hamburg, das Verbot von Indymedia und die derzeitigen Prozesse gegen G20-Aktivist_Innen zeigt klar, dass Teile der Gesellschaft freudig dabei sind an ihrem neuen „Feindbild Links“ zu arbeiten. Dabei wird auch immer wieder versucht Menschen in „gute“ und „schlechte“ Aktivist_Innen zu unterteilen, frei nach dem Motto: „Solange es nicht wirklich stört, ist alles gut“.

Aktionen wie die Zugblockade in Gronau werden gerne als „gewaltfreie“ Aktionen dargestellt, während brennende Autos in Hamburg als blinde Zerstörungswut delegitimiert werden. Überfordert reagieren Bullen aber auf jede Form von Protest. Selbst nach wiederholtem Nachschauen mit einem Endoskop in den Rohren fehlte es ihnen an einer Idee wie (und ob) die Menschen befestigt waren und die Vorstellungen über die Konstruktion des Lock-Ons wurden von Stunde zu Stunde abenteuerlicher, was zu wirklich absurden Räumungsmaßnahmen führte. Am Betonblock selbst kamen sie kaum weiter, dank mehrfach verstärkter Rohre und verschiedener Materialien – irgendwann fingen sie an aufzuzählen, welches Baumaterial sie noch nicht gefunden hatten. In einem Fall versuchten sie dann (vergeblich) die gesamte Bahnschwelle unter den Angeketteten herauszuziehen.

Ihr Plan die Angeketteten durch Kälte, Nässe und Bemerkungen wie „Spritzt das Blut schon?“ zur Aufgabe zu nötigen, ging auch nicht auf. „Das prollige, mackerige Verhalten der Bullen hat mich eher noch trotziger werden lassen!“ berichtete eine der Angeketteten. Sie lösten die letzte Person um 9:15 von den Gleisen und mussten diese dann erst reparieren, bevor der Zug sich wieder in Bewe-







Zug gefangen...

gung Richtung Anlage setzten konnte – mit insgesamt 17 Stunden Verspätung.

Den Aktivist_Innen ist aber nicht nur die Thematisierung der Urananreicherungsanlage in Gronau mit unbefristeter Betriebsgenehmigung und der fortgesetzten Urantransporte wichtig. „Es geht genauso um die



Brennelementefabrik in Lingen, den Abbau von Uran in Kasachstan oder die Kraftwerke in Belgien. Kein Standort kann isoliert betrachtet werden, es geht nicht darum, dass wir keine Standorte in unserem Hinterhof haben möchten, wir möchten sie nirgendwo! Es ist verlogen von einem „Atomausstieg" zu sprechen, wenn deutsche Standorte und Firmen weiter an der Herstellung von Brennstoff und Atommüll beteiligt sind und davon profitieren."

Die Argumentation, die Atomenergie sei notwendig, um unseren derzeitigen, exorbitanten Energiebedarf zu decken, behandelt nicht die eigentliche Frage, um die es gehen sollte. Wir können nicht die Ressourcen der Erde an unseren Energiebedarf anpassen. Wir können nicht weiterhin Kollateralschäden der Energiegewinnung (oder anderer Produktionsverfahren) als unausweichliche Nebenerscheinungen unseres Daseins abstempeln. Unser derzeitiges Dasein ist das Problem und als dieses sollten wir es auch behandeln. Unser kompletter Umgang, sowohl mit uns selbst, als auch mit unserer Umwelt muss drastisch überdacht werden, nicht von irgendwelchen profitorientierten, verblendeten Politiker_Innen, sondern von uns selbst. Und aus dieser Überlegung müssen Handlungen entstehen! Dabei wollen wir uns ganz bewusst nicht von anderen Aktionsformen distanzieren. Gesellschaftlicher Protest muss auf vielen Ebenen stattfinden. In manchen Momenten kann eine Sitzblockade sinnvoll sein, in anderen 20 brennende Autos. Es geht nicht um eine bestimmte Aktionsform, die gut oder schlecht ist, sondern jede Situation erfordert eine eigene Analyse und daraus erfolgt im besten Fall eine Handlung.

Mehr Infos zu der Aktion auf www.urantransport.de, zu den juristischen Folgen auf nirgendwo.info.

Sonja Meißner

CZ: Verhandlungen über neue Atomreaktoren

Olga Kalisova Zwischen dem 26.1. und 10.02.2017 fanden Beratungen mit sechs Bewerbern für den Bau von Reaktoren im Land statt. Bei den Verkäufern handelt es sich um: ATMEA (gemeinsames Projekt von Mitsubishi und AREVA NP), China General Nuclear Power Corporation, AREVA NP/Electricité de France, Korea Hydro and Nuclear Power (Tochterfirma von Korea Electric Power Corporation), Rosatom State Atomic Energy Corporation (Russland) und Toshiba/Westinghouse Electric Company (USA).

Die Verhandlungen gingen einer Ausschreibung voran, ohne die die Tschechische Republik (anders als Ungarn) die Generation-3+-Reaktoren nicht bauen lässt. Diese wurde aber noch nicht angekündigt. Zuerst will die Tschechische Republik bei der EU eine Freistellung beantragen, um das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen nicht in vollem Umfang anwenden zu müssen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Negotiations_with_foreign_vendors_on_the_construction_of_nuclear_reactors_in_the_Czech_Republic



CZ: Geologische Gutachten und Ausgleichszahlungen gestoppt

Olga Kalisova Entsprechend den Einwendungen von Gemeinden und Vereinen hat das Umweltministerium beschlossen, die Erkundungsgenehmigungen für geologische Arbeiten im Rahmen der Standortsuche für ein Tiefenendlager nicht um zwei Jahre zu verlängern, wie es die Behörde für Endlager für radioaktive Abfälle (SURAO) verlangt hatte. Die Erkundungsgenehmigungen waren am 31.12.2016 abgelaufen und SURAO hatte den Antrag auf Verlängerung zu spät eingereicht. Damit darf SURAO seit dem 01.01.2017 keine der zuvor genehmigten geologischen Arbeiten in den Anlagen mehr durchführen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/The_state_stopped_geological_surveys_and_the_payment_of_financial_compensation_in_7_sites

"Die Kernfrage" auf Ungarisch

NukeNews Dank einer Kooperation der in München angesiedelten NGO wecf, der österreichisch-tschechischen NGO "Sonne und Freiheit" und des in Ungarn tätigen Teams von GeniaNet.com konnte das bisher in Deutsch, Englisch, Französisch und Tschechisch publizierte Büchlein "Die Kernfrage" nun auch in einer ungarisch-sprachigen Version produziert werden. Dank der finanziellen Unterstützung der oberösterreichischen Landesregierung für Übersetzung und Druck sollte der ungarische AKW-Widerstand damit einen wichtigen neuen Impuls erhalten und wir freuen uns auf eine Intensivierung unserer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die ungarische Ausgabe kann gegen Kostenersatz bei b.riepl@eduhi.at bestellt werden.

http://sonneundfreiheit.eu/files/nuklearis.pdf
http://www.wecf.eu/english/publications/2011/critical-questionnuclear.php



Stand der Unterlassu Anti-Braunkohle

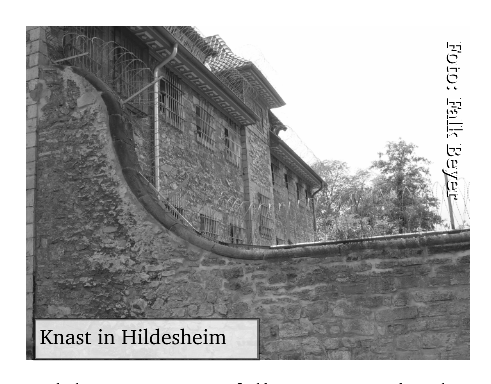
Luna Im August 2015 besetzten tausende Menschen im Rahmen der Aktionstage von Ende Gelände den RWE-Tagebau Garzweiler im rheinischen Braunkohlerevier. Seit einigen Monaten laufen vor den Amtsgerichten der Region Prozesse gegen die Beteiligten. Bisher gibt es keine Verurteilung. Eine Person wurde freigesprochen, andere Verfahren unter Auflagen eingestellt. Der Versuch Aktivist*innen strafrechtlich zu kriminalisieren, läuft damit ins Leere.

Nun versucht RWE durch das Verschicken von Unterlassungserklärungen zivilrechtlich gegen Aktivist*innen vorzugehen. Auch LEAG (die neue Betreiberin der dortigen Tagebaue) hat bereits erste Unterlassungserklärungen zu den Ende Gelände Aktionen 2016 in der Lausitz verschickt.

In diesem Artikel möchten wir zunächst kurz erklären, was diese Unterlassungserklärungen sind, dann die aktuelle Situation bezüglich Unterlassungserklärungen im Widerstand gegen Braunkohle erklären und schließlich Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, um weiterhin widerständig zu bleiben. Auch werden wir darauf eingehen, wie wichtig es ist, dass wir als Bewegung zusammenhalten und Solidarität zeigen und wie wir alle aktiv werden können.

Was sind Unterlassungserklärungen von RWE/LEAG und was bezwecken sie damit?

Die Unterlassungserklärung ist ein Vertrag, den die Unternehmen RWE/LEAG mit Personen schließen möchten, die sich ihrer Auffassung nach unerwünscht auf ihrem Gelände befunden haben sollen. In diesem Vertrag soll die betroffene Person unterzeichnen, dass sie das Gelände und die Anlagen des Unternehmens nie wieder betreten wird. Verstößt die Person gegen diesen Vertrag hat sie jedes mal mit einer Geldstrafe zu rechnen, die direkt an das Unternehmen gezahlt wird. Wie hoch die Strafe sein wird, ist noch nicht klar und könnte von Fall zu Fall unterschiedlich sein. Es ist mit einer Strafe im 4-stelligen Bereich zu rechnen. Die Unterlassungserklärung soll innerhalb von 2 Wochen unterschrieben zurückgeschickt werden. Unterschreibt mensch nicht, kann das Unternehmen versuchen, die Unterschrift einzuklagen (Unterlassungsklage).


Foto: Falk Beyer
Knast in Hildesheim

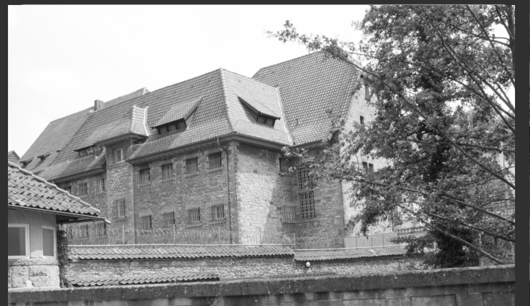
Solche Vorgänge fallen ins Zivilrecht, wie alle Fälle, bei denen eine Person oder ein Unternehmen gegen eine andere Person/Unternehmen vorgeht. Dies ist ein Rechtsgebiet, mit dem wir als Aktivist*innen bislang selten konfrontiert waren, denn meist ist es der Staat, der in irgendeiner Form gegen uns vorgeht (Strafrecht). Zwischen Zivil- und Strafrecht gibt es 2 große Unterschiede:

Zum Einen ist es nicht so leicht, Verfahren politisch zu führen, da sie zum großen Teil schriftlich ablaufen und nicht öffentlich im Gerichtssaal.

Ein weitere Unterschied sind die Kosten: Die Verfahrens- und Anwaltskosten berechnen sich nach dem Streit-









ngserklärungen gegen Aktivist*innen

wert, der vom Unternehmen festgesetzt wird. Je höher der Streitwert, desto höher auch die zu tragenden Kosten, falls das Verfahren verloren wird. RWE hat einen absurd hohen Streitwert von 50.000 Euro angesetzt. Dies hat gravierende Folgen: Wenn mensch auf den Brief mit der Unterlassungsklage nicht reagiert, wird wahrscheinlich ein Gericht erklären, dass der Vertrag trotzdem gilt. Allein dafür müssen 4.000 bezahlt werden. Wird anschließend der Prozess geführt und verloren, steigen die Kosten immens an. Geht mensch bis vors Bundesverfassungsgericht, liegen die Kosten im 5-stelligen Bereich.

RWE und LEAG versuchen also, nachdem sie bisher strafrechtlich wenig Erfolg hatten den Protest klein zu kriegen, nun mit Unterlassungserklärungen Menschen einzuschüchtern. Zwar kommt mensch mit einer unterschriebenen Unterlassungserklärung nach einer einmaligen Aktion ohne größere Folgen davon (falls es nicht auch noch ein strafrechtliches Verfahren gibt). Bei erneutem Protest ist es jedoch einfach für das Unternehmen zu kassieren.


Foto: Falk Beyer

Magdeburger Knast

Aktuelle Situation und Handlungsmöglichkeiten

Zurzeit weiß die Antirepressionsstruktur Rheinisches Revier (kurz: Antirrr) von rund 130 von RWE verschickten Unterlassungserklärungen. Davon wurden rund 30 unterschrieben. 45 haben nicht unterschrieben. Rund 20 haben abgeändert unterschrieben.

Abgeändert deshalb, da Unterlassungserklärungen immer spezifisch sein müssen. Sie könnten sich auf ein klar definiertes und begrenztes Gebiet beziehen wie zum Beispiel ein Tagebau oder ein Schienenabschnitt. Die Unterlassungserklärungen sind jedoch sehr umfangreich und betreffen den gesamten Firmenbesitz, der nie wieder zu betreten ist. Einige haben also die Unterlassungserklärung auf ein klares Gebiet beschränkt unterschrieben. Lange gab es von RWE keine Reaktion darauf. Doch nun ist bekannt, dass RWE diese zumindest in einigen Fällen nicht anerkennt und weiter verfährt, als wäre nichts unterschrieben worden.

Dann kann es zu einer Unterlassungsklage kommen. RWE zieht vor Gericht und will die Unterschrift einklagen. Hat mensch bereits einen Teil der Erklärung unterschrieben (abgeändert), so kann nun der andere Teil eingeklagt werden. Dies hat den Vorteil, dass der Streitwert gesenkt wird. Zur Zeit laufen im Rheinland 11 Unterlassungsklagen. Einige betreffen Aktivist*innen der Ende Gelände Aktionstage, andere eine Gruppe von Menschen, die im Rahmen der Proteste gegen die COP21 an einem Werkstor demonstriert haben. Die Klagen betreffen sowohl Menschen, die gar nicht, als auch Menschen die teilweise unterschrieben haben.

Der Ausgang ist unklar. Jedoch wurde vom zuständigen Landgericht bereits signalisiert, dass nicht allzu große Hoffnung darauf besteht, die Klagen zu gewinnen. Wie oben geschrieben, kann das Ganze sehr kostspielig werden.

Aus der Klimabewegung heraus gab es ein Strategietreffen zum Umgang mit den Unterlassungserklärungen, um einen guten Umgang mit dieser neuen

Internationale Kooperation für eine Welt ohne Atomkraft!

NukeNews Zeigt eure Solidarität mit unserer internationalen Kooperation zum Schutz unserer Gesellschaft, unserer Menschenrechte und der Mutter Erde vor der nuklearen Zerstörung, indem ihr heute einen Beitrag leistet... Wir sind eine Gruppe von Organisator*innen und Aktivist*innen, die als Planungskomitee an der Koordination eines internationalen Aktioncamps gegen Atomkraft im Sommer 2018 in Europa arbeiten. Die Mitglieder unseres Planungskomitees kommen aus Indien, Japan, Russland, Deutschland, der Türkei, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Wir arbeiten gemeinsam daran, uns wieder zusammenzufinden, und laden Andere ein, mehr über die Kämpfe der Anderen zu erfahren, Strategien zu diskutieren und zukünftige Kampagnen zu planen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/International_Collaboration_for_a_Nuclear_Free_World!



Tschechien: Willkommen im Atomstaat

NukeNews Die Tschechische Republik entwickelt sich stetig zum Atomstaat. Während viele Länder sich entschlossen haben, ihre Atomprogramme zu reduzieren, plant die Tschechische Republik, neue Reaktoren zu bauen - obwohl niemand weiß, wie und von wem sie finanziert werden sollen - und die Laufzeit der alten zu verlängern. Darüber hinaus versucht die Atomlobby, darunter auch das Staatsamt für Atomsicherheit, die Beteiligung der Öffentlichkeit an allen Atomprojekten wie der Tiefenlagerung von radioaktiven Abfällen, dem Bau neuer Reaktoren und der Laufzeitverlängerung für alte Reaktoren (PLEX - Plant Lifetime Extension) so stark wie möglich zu verringern.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Czech_Republic:_Welcome_in_the_nuclear_state!

Enttäuschung über Ministers RAWRA-Unterstützung

Olga Kalisova "Ebenso wenig, wie man Leichen wieder zum Leben erwecken kann, kann man abgelaufene Genehmigungen verlängern", kommentierte Rechtsanwalt Doucha Umweltminister Brabecs im November ergangene Entscheidung, die abgelaufene Gültigkeitsfrist von Explorationsgenehmigungen potenzieller Endlagerstandorte in Tschechien erneut zu thematisieren. Nachdem der Minister sich im März deutlich gegen den Antrag der Behörde für Endlager für radioaktive Abfälle (RAWRA) auf eine Verlängerung der Gültigkeit nach dem Ablaufdatum äußerte, hat jetzt eine 180-Grad-Wendung stattgefunden. Mitglieder der Plattform gegen das Endlager sind enttäuscht von den neuen Entwicklungen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/The_Minister%27s_decision_to_support_RAWRA_has_disappointed_the_members_of_the_Platform_Against_Repository

Form der Repression zu finden. Es wurde viel diskutiert und abschließend kann keine einheitliche Handlungsempfehlung gegeben werden. Jedoch wollen wir zu verschiedenen Handlungsoptionen ermutigen.

Es wird dazu ermutigt, die Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Damit spart mensch sich Kosten und Nerven. Schön wäre auch, dies öffentlich und kollektiv, eventuell mit einer kleinen Begleitaktion zu tun. Das Unterschreiben soll dabei nicht das Ende des Protestes sein, wie RWE und LEAG es bezwecken möchten, denn es wird weiterhin zahlreiche Möglichkeiten geben aktiv zu bleiben. Sei es durch Aktionen außerhalb des Firmenbesitzes, sei es das nächste mal anonym in die Aktion zu gehen, sei es die Aktion logistisch zu unterstützen.


Foto: Falk Beyer

Weiterhin kann durch das Unterschreiben einer abgeänderten Unterlassungserklärung ausprobiert werden, ob RWE/LEAG sich vielleicht doch darauf einlässt. Dies birgt auch das Risiko einer Klage.

Es wird auch dazu ermutigt nicht zu unterschreiben. Wichtig ist dabei aber, dass die*/der*jenige sich seiner Entscheidung und der Konsequenzen (vor allem finanziell) bewusst ist, da es sich bei jeder verlorenen Klage um Kosten im 4 bis 5-stelligen Bereich handelt. Es wäre schön, wenn die Person dazu bereit ist, einen Teil der Kosten selbst zu tragen oder sich einzubringen, damit die Antirepkassen gefüllt werden. Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten, die Kosten zu umgehen, zum Beispiel durch eine Vermögensauskunft oder die Anmeldung von Privatinsolvenz. Allerdings darf mensch dann nur wenig Geld besitzen bzw. verdienen und das über mehrere Jahre. Es ist ratsam sich diese Entscheidung gut zu überlegen. Fragt auch eure Antirep-Gruppe eures Vertrauens dazu ;-)

Solidarität zeigen und aktiv werden!

Das massenhafte Verschicken von Unterlassungserklärungen und die nun beginnenden Unterlassungsklagen sind eine große Herausforderung für die Klimagerechtigkeitsbewegung. Umso wichtiger ist es, dass wir die Betroffenen nicht alleine lassen, sondern als Bewegung diese Herausforderung annehmen.

Deshalb gibt es seit einiger Zeit die Kampagne „Untenlassen. Kohle unten lassen, statt Protest unterlassen". Sie sammelt nicht nur Spenden für die kostspieligen Prozesse, sondern schafft auch öffentliches Bewusstsein und Aufmerksamkeit für das Vorgehen von RWE/LEAG und die Kriminalisierung des legitimen Widerstandes. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich dort einzubringen: Vom Verschicken von „Untenlassungserklärungen" an RWE, über das Organisieren von Spenden-Brunch, -Marathon, -Party etc über die aktive Mitarbeit in der Kampagne. Gern gesehen sind natürlich auch Soli-Aktionen oder die aktive Mitarbeit in der Kampagne.

Während im Sommer weitere Aktionen rund um Braunkohleabbau im Rheinland stattfanden und mehrere Camps und unterschiedliche Aktionsgruppen den Widerstand 2017 breiter und größer als je zuvor gemacht haben, sind die Aktionen von 2015 und 2016 noch nicht abgeschlossen. Die Nachbereitung und Unterstützung der von Repression Betroffenen sollte uns alle angehen! Unterstützt die Kampagne „Untenlassen" oder eine der beiden Klima-Antirepgruppen (Antirrr und CAT), damit der Widerstand gegen Braunkohle wächst und wir widerständig bleiben!





Ostermarschbericht: Emden, Lingen, Gronau

Am Bahnhof in Gronau gab es ein herzliches antinukleares Willkommen, als sich dort rund 250 Menschen zum Ostermarsch versammelten. Organisationen wie die Grünen, die Linke, IPPNW und andere waren beteiligt. „Wer nicht ernsthaft für Frieden ist, der wird nicht gewählt ...“, sagte ein Sprecher des DGB in Hinblick auf die kommenden Wahlen, bevor alle in Richtung Urananreicherungsanlage losmarschierten. Aus Belgien stellte jemand am Mikrofon klar: „Urenco behindert den Atomausstieg nicht nur in Deutschland, sondern auch für die sich im kritischen Zustand befindlichen Reaktoren in Belgien (Doel und Tihange) ...“



Der Weg führte durch die Innenstadt ins Gewerbegebiet bis zur Anlage, von der einige Mitarbeiter ungläubig durch die Fensterscheiben herunterblickten. Ein großes Aufgebot an Polizei verhinderte ein weiteres Vorwärtskommen an den Zäunen. „Die Atomwaffentechnologie von Urenco wollen wir nicht“, lautete eine weitere Aussage der Demonstranten. Die faule Ausrede der Bundesregierung (CDU/SPD), die Abrüstung von Atomwaffen den hochgerüsteten Akteuren mit der Bombe zu überlassen, fasste eine Sprecherin klug in einer Analogie zusammen: „Das ist, als würde man die Schaffung eines Nichtraucherzimmers den Rauchern überlassen...“

Die Friedensbewegung zählte in Gronau zwar nicht Tausende, wie direkt nach der Katastrophe von Fukushima, aber die Länge des Zuges war doch beachtlich und wurde später wohl auch im Fernsehen gezeigt. Wiederholt wurde auch auf spätere Aktionen aufmerksam gemacht, zum Beispiel auf den 9.9.2017 in Lingen oder auch auf eine Menschenkette in Österreich Ende Juni. Ein Solidaritätsaufruf galt einer jungen Frau, die angeklagt wurde, weil sie einen angeketteten Demonstranten mit Essen versorgt hatte. Der Prozess fand eine Woche später in Hamburg-Harburg statt.

Abschließend bleibt noch das Rahmenprogramm zu erwähnen. Die Volksküche Ahaus versorgte von Anfang bis Ende alle Beteiligten mit Brot, Kuchen und Getränken und Lieder wie „Wir geben keine Ruh“, wurden von der Gruppe Cupatea beigesteuert.

Ein vollständiger Atomausstieg bedeutet Gronau und Lingen müssen geschlossen werden!

Onno Oncken

Aktuelle Informationen über Atomkraftwerke in Kalifornien

NukeNews Die Californian Public Utilities Commission, die Regulierungsbehörde des Staates Kalifornien, wird am 14. Dezember ihre Entscheidung zur Schließung der zwei Diablo-Canyon-Reaktoren fällen. Der Beschluss, den der Richter vorschlug, nachdem er die ein Jahr dauernde Überprüfung des Plans beaufsichtigt hatte, sieht vor, den Plan der Pacific Gas & Electric Co., eine große Menge erneuerbarer Energie zu kaufen, auf spätere Anhörungen zu verschieben. Er stimmte aber zu, die Anlage solle geschlossen werden, und diese Schließung könne auch früher stattfinden, wenn entsprechende Informationen bekannt würden. Aktivist*innen sind mit dem geplanten Schließungsdatum 2024 unzufrieden und machen sich Sorgen wegen der Erdbebengefahr.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Update_on_atomic_power_plants_in_California



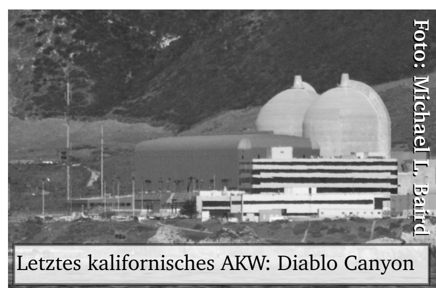


Foto: Michael L. Baird

Letztes kalifornisches AKW: Diablo Canyon

International Network Office

Öffnungszeiten: mittwochs 14-16 Uhr

E-Mail: office@nuclear-heritage.net
Mobil: +358 41 7243254
Telefon: +49 3431 5894177
Fax: +49 911 30844 77076
Jabber/XMPP: network.office - Domain: jabber.ccc.de
Internetseite: http://office.nuclear-heritage.net
Skype: projekthaus.mannsdorf
Am Bärental 6, D-04720 Döbeln

Unterstützung der weltweiten Vernetzung von Anti-Atom-Aktivist*innen:
*Kontaktvermittlung zu Fachleuten & Expert*innen für Vorträge, Studien & Konferenzen bzw. zu Gruppen in ähnlichen Feldern; Koordination mehrsprachiger Publikationen; Vernetzungstreffen*

Freiwillige, die im Network Office für eine überschaubare Zeit mitarbeiten wollen, sind herzlich willkommen!







Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net

Indien, Klimawandel und Atomkraft: Leugnen, Täuschen & Verschleiern

NukeNews Narendra Modi, der indische Premierminister, hat bisher in Bezug auf den Klimawandel ein im besten Fall widersprüchliches Verhalten an den Tag gelegt. Jetzt hat das Land Pläne für einen massiven Ausbau der Atomenergie, die er als Lösung darstellt. Die Tatsache, dass er offenbar Energieunternehmen beschwichtigen will und die gewalttätige Unterdrückung von Atomkraftgegner*innen geben Anlass zu ernster Besorgnis.

https://theecologist.org/2017/sep/15/india-climate-change-and-nuclear-power-denials-delusions-and-deceptions-modi

Atomwaffenfrei mit Konstantin Wecker

Heute habe ich im Deutschlandfunk gehört, wie der Trumpeffekt sich auf deutsche Journalisten auswirkt, die mithin scheinbar wirklich glauben, Obama hätte die Vision einer atomwaffenfreien Welt erfunden und nun, da es einen neuen Präsidenten aus dem anderen Lager gibt und da Kim Jong-un seine Raketenpläne scheinbar nicht aufgeben will, reimt man sich eine einseitige Drohkulisse zusammen, die den Modernisierungsplänen der US-Militärs in die Hände spielt.

Es bleibt zu hoffen, dass der Widerstand wächst und die Einsicht, dass am Ende der Aufrüstungsspirale ein Haufen Müll und ein durch Drohung erzwungener Frieden das Maximum der Gefühle ist. Innerhalb der UNO wurde dieser Fatalismus am 8.7.2017 durch die Ächtung der A-Bombe schon ad absurdum geführt; 130 Staaten unterstützten jetzt offiziell die Forderung nach weiterreichender Abrüstung der Massenvernichtungswaffe!



In Büchel in der Eifel liegen nach wie vor 20 Atomsprengköpfe der USA, die innerhalb der nuklearen Teilhabe der NATO auch von deutschen Tornados abgeworfen würden, was dort illegalerweise geübt wird. Bereiten hier die bis zu sieben großen Laster, die rein fahren, die „Modernisierung“ der Bomben vor? Von Deutschland soll nie wieder ein Krieg ausgehen und selbst, wenn wir diese Zukunft kultivieren können, ist die drängende Frage, wie man die Zerstörungsgewalt der NATO und anderer Atomwaffenstaaten umwandeln kann, bis wir die nukleare Kette durchbrechen und die Weltbevölkerung, Tiere, Vegetation und Wasser effektiv vor radioaktiver Strahlung schützen können.

Möglicherweise ist diese unbequeme Realität vielen zu viel, alternative Lebensentwürfe oder Exzesse über-



lagern den dringenden Handlungsbedarf in einer Welt, in der die Ausrottung der Menschheit nur wenige Knopfdrücke weit weg ist. Atomwaffen international zu ächten war und ist ein wichtiger Schritt, dieser unserer Freiheit wieder mehr Raum zu geben, denn jahrelanger Widerstand existiert innerhalb dieses Spannungsfeldes zwischen körperlichem und geistigem Einsatz für Konversion und das Leben generell, also auch für die Alternativen zur politischen Arbeit. Wer für eine Welt ohne nukleare Bedrohung kämpft, der setzt sich für die Mehrheit ein, aber vor allem hält diese Mission die Tür offen, die Richtung Entspannung führt, zu mehr demokratischer Kontrolle und einem nachhaltigeren Frieden. Meiner Meinung nach könnte jeder etwas für die Umfairteilung sinnlos verschleuderter Milliarden tun und der Widerstand wäre plötzlich auf der Höhe der Zeit und der Standpunkt würde uns ermöglichen die Schäden



zu beheben, die Atomsprengköpfe und Uranmunition angerichtet haben. Wir würden lernen, dass Fukushima der letzte hochgegangene Reaktor gewesen sein muss, welche Maßnahmen nötig sind, die Gefahr zu bannen und wie wir mit unserer Energie haushalten müssen, um Andere nicht in Gefahr zu bringen.



Schauen wir uns die radioaktiven Krisenregionen an, dann bleibt seit rund 70 Jahren schon oft nur Leid, Schrecken oder ein Schulterzucken. Doch der Internationale Protest wächst und das war auch an den Tagen, als ich wieder in Büchel vor dem Fliegerhorst stand, zu spüren. Nebenbei, ich hatte vor, einen Zebrastreifen auf der Verbindungsstraße zum Haupttor zu malen, was aber an mangelnder Kreide scheiterte, doch der Standort könnte wahrlich ein Ferienparadies sein. - Im übrigen steigt der Wert gesunder Erde auch unter landwirtschaftlichen Aspekten langfristig an, denn beispielsweise macht man sich schon über den Import von Muttererde aus Brasilien und die Entsorgung von zu viel Mist einen Kopf ...während wir in Deutschland immer noch verminten Wäldern oder eben ausländischen Militärbasen scheinbar eine unendliche Aufenthaltsgenehmigung gewähren.

Konversion wünschen sich Menschen überall auf dem Globus; eine Delegation aus Amerika unterrichtete uns über die Aktiven in Amerika, von Arizona, Oak Ridge bis Virginia und trommelte vor dem Haupttor ein durchdringendes Friedensmantra der Apachen. Ein Saxofon und eine Trompete kam auch mit. Pünktlich zum Konzert am Samstag, den 15.7. war auch aus Holland ein Kleinbus mit Leuten da. Ich und mein Kumpel aus Emden wiesen den Autofahrern ihre Parkplätze zu, die internationale Gruppe von ICAN hielt kurze Reden. Schon vor dem Konzert von Konstantin Wecker gab es also schon viel Applaus. Der Pianist und Liedermacher zog dann sein Programm stramm durch und die Veranstaltung blieb noch hinterher über einige Stunden eine friedliche Versammlung vor einem weniger friedlichen Atomwaffenlager, dessen Existenz weiterhin eine Schande ist, wie es mir auch ein älterer Herr sagte, der einfach nur den Berg bestieg und wanderte. Nebenbei: Anwohner können nicht einmal vernünftig Telefonieren bei dem Krach, der Gott sei Dank glücklicherweise an diesem Samstag durch mehr oder weniger mitreißende Musik ersetzt wurde. Steter Tropfen hölt den Stein...

Onno Oncken

Radioaktiver Kolonialismus - Uranpleite in Nordsaskatchewan

NukeNews Das kanadische Uranunternehmen Cameco, größter Arbeitgeber für die indigene Bevölkerung, hat die Schließung der Werke McArthur River Mine und Key Lake Mill ab Januar 2018 angekündigt. 845 Personen werden entlassen. Industrie und Regierung haben eine wirtschaftliche Abhängigkeit gefördert, die Mitglieder der First Nations und der Metis unter Druck setzte, für diese Minen zu arbeiten. Die postsekundäre Schulbildung war stark auf Bergbautechnik ausgerichtet. Das bringt diese Gemeinschaften jetzt in Schwierigkeiten: Sie können nicht auf eine andere nachhaltige Wirtschaft zurückgreifen.

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 28. Februar 2018
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 28.29.2018 schicken.



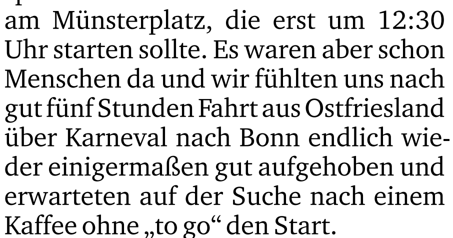
Schweden: Auf dem Weg zum Endlager

NukeNews Vor Kurzem wurde in Schweden das bislang größte Umweltverfahren verhandelt: Fünf Wochen lang hörte eine Jury des Umweltgerichts sich an, welche Lösung (die KBS-3-Methode) die Atomindustrie vorschlägt, um schwer belasteten Atommüll so zu lagern, dass für 100.000 Jahre lang keinerlei Kontakt mit Menschen und Tieren stattfände. Eine unmögliche Aufgabenstellung! Alle schwedischen Umweltschutzorganisationen nahmen am Prozess teil und wurden demokratisch angehört. Die Jury wird der Regierung am 20. Dezember 2017 ihre Ansicht mitteilen. Danach kommt es voraussichtlich nach der Wahl im September 2018 zu einer Entscheidung. Wir halten euch über das Verfahren auf dem Laufenden.

11.11.2017: Klimagipfel und Karneval

Unsere Ankunft in Bonn um 10:30 Uhr war aufgrund außerplanmäßger Zugverbindungen nicht möglich. Wir waren einer Aufforderung des internationalen Netzwerkes "Koordination gegen Bayergefahren" gefolgt und wollten uns ein Bild vom Klimagipfel direkt vor Ort machen. Am Bahnhof erst erfuhren wir, dass es zwei Demos gegen (Vor-)Mittag in der Stadt gab und wir entschieden uns leider für die spätere Demo am Münsterplatz, die erst um 12:30 Uhr starten sollte. Es waren aber schon Menschen da und wir fühlten uns nach gut fünf Stunden Fahrt aus Ostfriesland über Karneval nach Bonn endlich wieder einigermaßen gut aufgehoben und erwarteten auf der Suche nach einem Kaffee ohne „to go“ den Start.





Auf der Auftaktkundgebung waren neben der Bonner-Jugend, die MLPD mit roten Füchsen (Kindergruppe), DGB, die Umweltgewerkschaft, eine Aktivistin aus Peru, einer aus Marokko, die Fracking dort im Ansatz stoppen will, vereinzelte Greenpeacer und private Personen, davon ca. 200-300 zu Anfang plus massig Polizei. Die Redner und Aktivisten nutzten die Bühne, ihren Unmut gegenüber der Klimakonferenz zu äußern und die Positionen ihrer Organisation kund zu tun. Es war ein breites Spektrum von Meinungen zu hören, Gewerkschafter forderten Arbeiter im Autosektor zur Geschlossenheit auf und machten das ehemalige Management für den Diesel-Skandal verantwortlich, Bauern forderten mehr Unterstützung für kleine Höfe und ein Verbot von Megaställen mit über 3000 Tieren und Waldschützer forderten den Baggerstopp am Hambacher Forst.

Die Versammlung machte sich dann auf zu einem Umzug durch die Stadt. Es waren dann tatsächlich doch zweitausend Menschen, die musikalische Begleitung war gut und was mich sehr freute, war, dass jeder drei Minuten auf antifaschistischer Basis etwas vom Lautsprecherwagen aus sagen durfte, was, denke ich, auch dazu beitrug, dass die Sprecher schnell auf den Punkt kamen. Banner gegen Hartz 4, die auch den Aspekt Umfairteilung aufgriffen, mischten sich mit "Stopp Fracking"-Slogans und Braunkohle- wie auch Atom(-müll)- und Systemkritik.

Die UNFCCC, also die Welt-Klimakonferenz in Bonn, diskutierte Lebensstandards und über das Geld, dass für das 2-Grad-Ziel in die Hand genommen wird. Jedenfalls ist das die Essenz aus einem Gespräch auf französisch unter drei Afrikanern, das ich im Zug mitbekam. Einen Herrn wies ich dann beim Verlassen des Wagons noch auf meine Forderung auf einem Schild „Boni für Klimaretter“ hin. Wer sich immer noch fragt, was die Demonstrationen sollen,



da sich die hohen Herren doch hier eh nur Gedanken über den Klimawandel, und wie man ihn in den Griff bekommen kann, machen, dem kann ich nur sagen, dass dieser Vorgang unsere Aufmerksamkeit fordert. Und die vielen tausend Menschen, die hier zusammen kommen, ergänzen sich prima, zum Beispiel wurden auch mir drei Minuten Redezeit gewährt; und während vom Karneval Einige gegen 18 Uhr unter ordnungstechnischen Schwierigkeiten mit einem dicken Kopf Köln Richtung Münster wieder verließen, war ich ziemlich zufrieden, bekam wieder einmal Bestätigung entgegengebracht und kann Morgen bei unserem Umweltschützer-Treffen wieder was erzählen.

Nebenbei: Der Marokkaner, dessen Namen ich leider nicht weiß, wußte das geheuchelte Umweltbewußtsein des Staates zu kritisieren. Er erzählte auch etwas über die Küsten und ich hakte später nach, wie die Situation der Westsahara momentan ist um die Mauer herum. Leider versuchte er dies abzuwiegeln und es klang als meinte er, die Situation sei seit Ende der '70er mit dem Zugeständnis von Autonomierechten kein Thema mehr.

Onno Oncken

Atomares Indien: Stolzer Marsch auf dem Holzweg

NukeNews Die atomaren Ambitionen Indiens sind nicht nur hinsichtlich der erstrebten Kapazitäten gewaltig. Das Land entwickelt verschiedene, sich auf alle Bereiche erstreckende nukleare Einsatzmöglichkeiten - von neuen Bergwerken über Brennstofffabriken, Urananreicherungsanlagen, Wiederaufbereitungsanlagen bis zu neuen Reaktordesigns wie Europäische Druckwasserreaktoren (EPR), AP1000, VVER1200 und einheimischen PHWR-700. Obwohl Indiens Amt für Atomenergie weiterhin das Atommüllproblem und folglich den Bedarf einer Lagereinrichtung leugnet, sucht es auch nach einem geologischen Tiefenendlager.

Lies den vollständigen Artikel:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_India:_Proudly_Marching_on_the_Wrong_Side_of_History

Aktuelles zur Atompolitik in Polen

NukeNews Das Energieministerium hätte der polnischen Regierung eigentlich längst das überarbeitete Grundsatzprogramm zur Atomenergie von 2014 übermitteln sollen. Dies wurde vertagt und nun wird dies zum Jahreswechsel, wahrscheinlicher aber nicht früher als Januar, erwartet.

Dem überarbeiteten Grundsatzprogramm sollte auch ein Finanzierungsentwurf beigefügt werden, doch dieser wird sogar noch mehr verspäten. Grundsätzlich wies der Minister das Vorhaben eines "Differenzkontraktes" (Contract for Difference - CfD) bereits vor einiger Zeit von sich. Er erklärte, dass zumindest der erste Reaktor aus "nationalen Quellen" finanziert werden solle, allerdings natürlich ohne Details zu erläutern. Die allgemeine Faktenlage in dieser Hinsicht stellt sich derart dar, dass der gesamte staatliche Energiesektor bereits mit aufgedrückten Entscheidungen zur Finanzierung anderer Megainvestitionen und -transaktionen belastet ist, vor allem im Bereich der Kohleverfeuerung und der Wiederbeschaffung ausländischer Firmenanteile (beispielsweise betrifft letzteres ein Dutzend Kraftwerke der Firma EDF, die versucht ihre Verluste im Atomgeschäft anderswo wieder gegenzufinanzieren und sich daher aus Polen zurückzieht). Deshalb muss erwartet werden, dass Gelder aus anderen Sektoren einbezogen werden müssen, wie beispielsweise von staatseigenen Banken oder Pensionsfonds.

Das Energieministerium erklärte die Ausschreibung für den Bau solle im frühzeitig im Jahr 2018, möglicherweise sogar schon im Januar, eröffnet werden, kurz nach der erwarteten Bestätigung des überarbeiteten Atomenergiegrundsatzprogramms. Danach würde ein konkretes Konsortium für den Bau des bzw. der ersten geplanten Reaktor(en) bestimmt werden und entscheidende Verträge unterzeichnet werden.



"Tar Sands":
Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb **Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren und Probleme der Renaturierung. Im letzten Teil wurde versucht Geschichte und Hintergründe des Landraubs an den indigenen Gemeinschaften Nordamerikas einzuordnen. Für Nordalberta ist hierbei "Treaty 8" von Bedeutung.**

Treaty 8

Treaty 8 wurde am 21. Juni 1899 zwischen Königin Victoria und verschiedenen First Nations unterzeichnet. Geltungsgebiet des Vertrags ist eine Fläche von 840.000 km², größer als Frankreich. Es umfasste Nord-Alberta, Nordost-British Columbia, Nordwest-Saskatchewan und den südlichsten Teil der Nordwest-Territorien. Lange Zeit hatte die Regierung den Abschluss eines Vertrages für die von Treaty 8 abgedeckten Gebiete nicht für notwendig erachtet, weil dort als Konsequenz aus den unwirtlichen Konditionen des Nordens bis dahin keine großen Siedlungsaktivitäten unternommen worden waren. In der Mitte der 1890er Jahre führte eine als "Klondike-Goldrausch" bezeichnete Goldgräberstimmung zum Zuzug von Europäer*innen in die bis dahin noch weitgehend unbehelligten Gebiete. Die zunehmenden Kontakte und Konflikte mit hier ansässigen First Nations veranlasste die kanadische Regierung zu Vertragsverhandlungen.

Klondike-Goldrausch

Der Klondike-Goldrausch gilt als einer der folgenreichsten, erfährt mensch auf Wikipedia. Mehr als einhunderttausend Goldsucher*innen zogen zum Klondike River, davon deutlich weniger durch Alberta, wo die legendäre Goldgräberstadt Dawson (verarbeitet u.a. in Charlie Chaplins Stummfilm "Goldrausch" und in einigen Dagobert Duck-Comics) gegründet wurde. Die Gegend befindet sich im heutigen Territorium Yukon im äußersten Nordwesten Kanadas an der Grenze zu Alaska. Der Goldrausch währte nur kurz, von 1896 bis 1899. Das Leben in den indigenen Gemeinschaften wurde aber erheblich beeinträchtigt: Zahlreiche indigene Menschen erlagen zuvor hier nicht verbreiteten, nun aber eingeschleppten Krankheiten; außerdem schwand die Lebensgrundlage der Gemeinschaften, die Karibuherden, die durch die Glücksritter drastisch dezimiert wurden. Die im direkten Umfeld der Goldgräberregion lebenden Han (richtiger: "Hän Hwëch'in"; englisch: "Hän people") wurden in ein Reservat getrieben, um dem Goldrausch Platz zu schaffen, wo viele von ihnen starben. Während manche Indigene kurzfristig in der Lage waren als Scouts, Träger*innen oder Verkäufer*innen von Lebensmitteln und Zubehör von den Vorgängen zu profitieren, führte mittel- und langfristig die Umweltzerstörung durch den Goldabbau, der außerdem großflächige Kahlschläge bedingt hatte, zu großem Leiden. Davon waren wiederum insbesondere die in dieser Region lebenden Han betroffen, deren Fisch- und Jagdgründe weitgehend zerstört worden waren. Nach ihrer Umsiedlung in ein Reservat brach deren Bevölkerungszahl drastisch zusammen. Daran hatten einerseits die Verschmutzung der Wasservorräte, andererseits die eingeschleppten Pocken Anteil.



Grafik: Wikipedia - CC Attribution-Share Alike 2.0 Generic Lizenz

Ausschnitt einer Gedenktafel in Fort Resolution mit einem Zitat der versprochenen Dauerhaftigkeit der Vereinbarungen.

Drei Routen führten von Edmonton in Richtung des Klondike Rivers, die als "THE INSIDE TRACK" und "BACK DOOR TO THE KLONDIKE" beworben wurden. Letztere führte an Fort McMurray vorbei, während erstere die heutigen Tar Sands-Abbaugebiete nur in der Peace River-Region passierte. Tatsächlich wollte die Regierung dazu motivieren Routen über Edmonton zu verwenden und beauftragte eigens T. W. Chalmers eine der drei Trassen anzulegen. Diese wurde "Klondike Trail" oder "Chalmers Trail" genannt und führte über mehr als 2.500 km vom Athabasca River nordwestlich von Edmonton zum Peace River und von dort über Land zum Klondike. Etwa 1.660 Personen nutzten diese drei Routen,





- Fortsetzung (Teil 13) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

von denen aber nur 685 ihr Ziel erreichten. Der Staat Kanada indes verdiente gut am Goldrausch: auf alles vom Traditional Land der dortigen First Nations entnommene Gold erhob er 10-20 % Gebühren. Dass davon etwas an die indigenen Gemeinschaften abgeführt worden wäre, ist nichts bekannt.

Originalton: Landabtretung

"Die genannten Indianer treten hiermit alle ihre Rechte, Titel, Privilegien usw. an dem Land in den folgenden Grenzen für immer ab, übertragen diese, händigen sie aus und geben sie ab an die Regierung des Dominion Kanada für Ihre Majestät die Königin und ihre Nachfahren: [es folgt die Beschreibung des Gebietes von etwa 840.000 km²; Anm. d. A.] Und außerdem die genannten Rechte, Titel, Privilegien usw. der Indianer auf alles andere Land, wo immer es in den Nordwestlichen Territorien, British Columbia oder jeglichem anderen Teil des Dominions Kanada liegt."

Hintergründe

Das Regelwerk zu Treaty 8 beginnt mit einer einleitenden Stellungnahme der kanadischen Regierung, die einerseits die Intentionen des Staates hinter diesem Vertragswerk anreißt, andererseits in angreifender Sprache auf die betroffenen First Nations eingeht. In einer Sprache, die wir hierzulande als "Beamtendeutsch" bezeichnen würden, wird in einer langen Aneinanderkettung von Teilsätzen zunächst ein vorliegender Bericht wiedergegeben; Auszug: "... dass diese Indianer, ebenso wie die Beaver-Indianer vom Peace- und Nelson River und die Sicamas und Nihames-Indianer, zu stürmischem Verhalten neigten und verantwortlich für den Ärger seien, den Bergarbeiter und Händler hätten, die von den Indianern als sich einmischend in das, was diese als ihr gutes Recht erachteten, betrachtet würden; und er stellte fest, dass die Situation durch die Anwesenheit der vielzähligen Reisenden, die ins Land gekommen sind und auf viele Punkte zwischen dem Lesser Slave Lake und Peace River verstreut sind, noch schwieriger geworden ist."

Aus dieser einleitenden Stellungnahme lässt sich auch ablesen, warum nicht nur die Gebiete, auf die die kanadische Regierung wegen der entdeckten Bodenschätze bzw. zur Besiedlung Anspruch erheben wollte, Teil der Verhandlungen wurden, sondern auch weite Flächen zwischen den Hauptinteressengebieten: Die künstlichen Grenzen, die von der Bürokratie gezeichnet und mit ihren Verwaltungsuntereinheiten ausgehandelt wurden, waren den indigenen Gemeinschaften gar nicht bekannt. So hätte es für sie gewirkt als hätte es Vereinbarungen mit Teilen ihrer Communities gegeben, aber andere, die auch dazugehörten, seien ausgeschlossen worden. Da diese First Nations miteinander alliiert waren, hätte eine selektive Vorgehensweise Probleme provoziert.

Entscheidendes Ziel des Dominion Kanada, die im 19. Jahrhundert eingeführte Bezeichnung Kanadas als etwas eigenständigeres, aber weiterhin der britischen Monarchie zugehöriges Herrschaftsgebiet, war die Öffnung der betreffenden Gebiete für eine kapitalistische Erschließung bei gleichseitigem Schutz der Leben und des Eigentums der Einwandernden. Es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um "alle feindseligen Gefühle aus den Köpfen der Indianer zu entfernen und diese sich friedlich den veränderten Bedingungen zu fügen". Der Vertrag umschreibt das Begehren "Ihrer Majestät" bestimmte Flächen für "Besiedlung, Einwanderung, Handel, Reisen, Berbau, Holzeinschlag und weitere Zwecke, die Ihrer Majestät billig scheinen, zu öffnen".

Die sichtbaren Tar Sands-Vorkommen, wenn auch noch nicht als solche erkannt, erregten bereits die Aufmerksamkeit der Vertrags-Unterhändler. An einigen Orten befinden sich die Bitumenlager nämlich so nah an der Oberfläche, dass sie von Fließgewässern ausgewaschen werden und kilometerlange scheinbar teergetränkte Sand-

Vortragsangebot Tar Sands

*Der Autor bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



bänke bilden. Nach Einschätzung der Berichterstatter zu dieser Zeit würden allerdings die Tar Sands keine große Rolle bei der Ausbeutung des Reichtums der Gegend am Athabasca- und Slave River darstellen, sondern ertragreich würden vor allem Fischfang und Pelzhandel, allenfalls noch die Ausbeutung womöglich vorhandener Mineralienvorkommen.

Verhandlungen

Zum Zeitpunkt der Vertragsverhandlungen war den Vertreter*innen der First Nations vermutlich nicht bewusst, welchen Wert der Zugriff auf die Bodenschätze und die Kontrolle über die Infrastruktur haben würde. Aus einem Bericht der königlichen Verhandlungsbevollmächtigten geht hervor, dass Bedenken der indigenen Repräsentant*innen sich in erster Linie auf mögliche Einschränkungen der Jagd- und Fischfangrechte und in zweiter Linie auf mögliche Steuererhebungen oder den Einzug zum Militärdienst bezogen. Durch das Zugeständnis die Ausrüstung mit Munition und Angelzeug zu finanzieren sei es gelungen "die Ängste der Indianer zu beruhigen, die eingestanden, dass es unlogisch wäre Mittel zur Jagd und zum Fischen bereitzustellen, um dann Gesetze in Kraft zu setzen, die Jagd und Fischfang derart beschränken, dass eine dem Lebensunterhalt genügende Betätigung in diesen Feldern unmöglich würde." Die Verhandlungsbevollmächtigten berichteten weiter, dass sie den Indigenen versichert hätten, dass der Vertrag zu keinerlei erzwungener Einmischung in ihre Lebensweise führen würde.

Andererseits wurden die Vertreter der First Nations auch mit der königlichen Sichtweise konfrontiert, dass sie, unabhängig davon, ob sie den Vertrag unterzeichnen würden, dem Gesetz unterlägen und bestraft werden würden, wenn sie dagegen verstießen. Moralisierend wurde argumentiert, dass das Gesetz für den Schutz Aller gemacht wurde und von allen Einwohner*innen respektiert werden muss, unabhängig von Hautfarbe oder Herkunft. Hier zeigt sich die kolonialistische Sichtweise - Europäer*innen dringen in die Lebenswelt anderer Gesellschaften ein, installieren ein Ordnungssystem und erklären nun müssten sich alle unterordnen. Diese herrschaftliche Lesart wirkt natürlich auch hier, wo ebenso ungefragt die herrschenden Verhältnisse den Menschen aufgedrückt werden. Die Dreistigkeit derartiger Ansprüche wird in Bezug auf Gemeinschaften, die zuvor unabhängig und territorial weit entfernt lebten, allerdings sehr viel deutlicher.

Angesichts der späteren Verletzung dieser Vereinbarung durch die zwangsweise Einführung christlich geführter Internate für indigene Kinder und Jugendliche ("Residential Schools") soll an dieser Stelle auf ein weiteres Versprechen an die First Nations eingegangen werden: Auf die Forderung der Vertreter der indigenen Communities nach der Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten wurde versichert, dass dies sowieso unabhängig vom Vertrag ein Anliegen des kanadischen Staates sei und dass es entsprechend den geltenden Gesetzen zu keinerlei Einmischung in die indianischen Religionen geben würde.


Foto: Wikipedia - gemeinfrei

Fort Vermilion, 1899: David Laird "erklärt" die Bedingungen von "Treaty 8".

Für die Zustimmung zum Treaty 8 bezahlten die königlichen Unterhändler pro Kopf zwischen 12 und 32 Dollar, je nachdem ob es sich um Häuptlinge, Dorfoberhäupter oder einfache Mitglieder der First Nations handelte. Insgesamt wurden mit der Vertragsunterzeichnung somit 26.974 Dollar als "Ruhegeld" oder "Zuwendung", laut Vertrag als Zeichen der "Zufriedenheit der Königin mit dem Benehmen und guten Betragen Ihrer Indianer und zur Löschung aller ihrer früheren Ansprüche", in die Einbindung von 2.217 Personen investiert. Der Vertrag wurde erst mit einer Gruppe Abgesandter der First Nations ausgehandelt und bekräftigt. Danach besuchten die königlichen Unterhändler diverse weitere indigene Gemeinschaften im räumlichen Geltungsbereich des Treaty 8 und motivierten diese ebenfalls zuzustimmen. Angesichts der bereits geschaffenen Tatsachen und der Aussicht gewisse Gegenleistungen für die Teilnahme zu erhalten, wurde ein großes Interesse dem Vertrag beizutreten dokumentiert. Auf einer weiteren Rundreise der Abgesandten der Britischen Krone im Jahr 1900 wurden weitere First Nations eingebunden und erhielten eine Abfindung von 14.858 Dollar, die zu der 1899 gezahlten Summe hinzukamen.

Weitere Glasperlen, die den indigenen Gemeinschaften geboten wurden, um die Landabtretung schmackhafter zu machen, waren solche Kleinigkeiten wie, dass jeder unterzeichnende Häuptling eine Silbermedaille und geeignete Fahne erhalten sollte, sowie ab dem Folgejahr der Unterzeichnung alle drei Jahre ein Kleidungsstück für jeden Häuptling und jedes Dorfoberhaupt. Außerdem wurde jedem Häuptling, der mit seiner Gemeinschaft in ein Reservat ziehen würde, zehn Äxte, fünf Handsägen, ein Wetzstein und passendes Zubehör versprochen.

Paternalistische Behandlung

Die Vertreter der First Nations wurden niemals als gleichberechtigte Verhandlungspartner betrachtet. Im besten Fall wurden sie als unwissende und allein nicht überlebensfähige "Kinder"



betrachtet, die des Schutzes der Krone bedurften. Beispielsweise urteilten die Verhandlungsführer Kanadas in ihrem Bericht von den Treaty 8-Verhandlungen folgendermaßen: "Obwohl die Indianer des Nordens hinsichtlich Benehmen und Kleidung viel zivilisierter erscheinen als andere Indianer als Verträge gemacht wurden, sind sie genauso des Schutzes des Ureinwohnergesetzes bedürftig wie alle anderen Indianer des Landes und sind entsprechend Gegenstand der väterlichen Sorge der Regierung."

Der Vertrag selbst bezeichnet die indigenen Menschen als "die Indianer Ihrer Majestät". Die Rede ist von "zugesicherten Zuwendungen, mit denen sie rechnen dürfen und die sie durch Ihrer Majestäts Großzügigkeit und Güte erhalten."

Zum Abschluss des Treatys mussten die indigenen Repräsentanten feierlich versichern, sich strikt an den Vertrag zu halten und sich "als gute und loyale Subjekte Ihrer Majestät der Königin zu benehmen".

Vertragsbestandteile

Grundbestandteile von Treaty 8 waren Vorkehrungen, um die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung zu gewährleisten, wie z.B. Rechtsansprüche auf Land, fortlaufende finanzielle Unterstützung, jährliche Lieferungen von Jagdutensilien sowie Jagdrechte auf dem abgetretenen Land. Allerdings nur, sofern die aufgegebenen Flächen nicht forstwirtschaftlich genutzt, dort Bergbau betrieben, Siedlungen darauf errichtet oder es anderen Zwecken zugeführt wurde. Diese weitgefassten Formulierungen haben sicherlich Anteil an den Rechtsstreitigkeiten, die immer wieder auftreten, wenn First Nations ihre Vertragsrechte einfordern.

Während Kanada durch den Vertrag die Landrechte erlangte und Jagd- und Fischereirechte der indigenen Bevölkerung auf Siedlungs- sowie Bergbauflächen unterbinden konnte, wurden den First Nations kleine Reservate und ein geringer finanzieller Ausgleich zugestanden. Diese erhielten außerdem Ackerbaugeräte sowie finanzielle Zuteilungen in Höhe von insgesamt 1 Dollar pro Familienvater für Munition und Fischnetzgarn. Für die als notwendig zugestandene Zahl an Schullehrer*innen wurden Mittel bereitgestellt. Das von den First Nations an den Staat abgetretene Land durfte von nun an nach deren Zustimmung von der Regierung gekauft und verkauft werden.

Im Zuge des Vertrags verpflichteten sich die indigenen Gemeinschaften in jeglicher Hinsicht dem Gesetz zu gehorchen und treu zu sein. Explizit benennt Treaty 8 auch die Verpflichtung mit den Beamten Ihrer Majestät zu kooperieren, um jeglichE IndigenE, die gegen die Bedingungen dieses Vertrags oder das Gesetz verstoßen hat, "der Gerechtigkeit und Bestrafung zuzuführen".

Treaty-Dispute

Die Regierung des Dominions verletzte die Vertragsbedingungen der Treaties vielfach - z.B. als das zugesicherte Bildungssystem umstrukturiert und die berüchtigten Residential Schools eingeführt wurden, bei der Beseitigung ihrer traditionellen Selbstregierung und Überführung in den Status von "Schutzbefohlenen des Staates" oder auch mit dem Einsatz von Indianeragenten zur Kontrolle ihres Verkaufs an Vieh und Saaten.

In den 1960er Jahren kritisierte das American Indian Movement die Treaties als ungültig, weil sie erzwungen wurden und keine Vereinbarung zwischen gleichberechtigten Partnern darstellten, weil sie in der Geschichte mehrfach von der Regierung gebrochen wurden und weil sie nicht in Vereinbarung mit rechtmäßigen Häuptlingen und unter Ausschluss der Frauen abgeschlossen wurden, die traditionell aber oft das letzte Wort hatten.

Andererseits scheinen die in Nordalberta ansässigen First Nations heute vor allem den Wert und die Gültigkeit der Treaties zu betonen - trotz der massiven Übervorteilung und der ungerechten Verteilung der Rechte in Hinblick auf die Landnutzung. Vielleicht steckt dahinter die Angst, mit den Verträgen die wenige Sicherheit, auf die sie sich in der Auseinandersetzung mit mächtigen Konzernen und kolonialen Institutionen stützen können, zu verlieren. Also lieber nicht zu große Ansprüche zu erheben, als noch mehr diskriminiert zu werden...

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe. Oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiterlesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*

Mehr Informationen:

https://tar-sands.info





Orientierungsprobleme an der Moralfront:

„Ist es herzlos, nichts zu geben?“

Die Hamburger Morgenpost nahm sich in einem vorweihnachtlichen Artikel eines großen Problemes unserer Zeit an: Man stelle sich die Frage, wie und ob man den Bettlern der Hamburger Innenstadt eine Spende geben könne.

Zum Glück gibt es für solche schwerwiegenden Fragen (die weit komplexer sind als die Abwägung, wie viel des eigenen Geldes man für die Unterstützung unmittelbarer Not Dritter zu geben sich leisten kann und will) ausgemachte Experten für das moralisch aufgeklärte Spenden. Die lässt die MoPo zu Wort kommen, um ein für alle mal klar zu stellen, wann das Spenden erste moralische Pflicht ist und wann man mit gutem Gewissen nichts zu geben braucht. Den Anfang macht, wie sollte es bei Fragen der Elendsverwaltung anders sein,

der Sozialarbeiter

Ganz seinem Berufsstand entsprechend steigt der Sozialarbeiter mit der Erinnerung an die soziale Bedingtheit der Obdachlosigkeit ein. Konsequent für eine Profession, die das „gelingende Alltagsleben“ zum Gegenstand hat, verweist er darauf, wie sehr Obdachlose in ihrer gesellschaftlichen Lage aufs Zurechtkommens angewiesen sind: „Die werden nicht dadurch gesund, dass man ihnen nichts gibt. Sie sitzen da und tun nichts Böses. Am besten man fragt direkt, wie man helfen kann, z.B. mit einem Kaffee.“ Das „Beste“ besteht eben darin, mit einem Euro, der ja dem Spender nie wehtue, dem Obdachlosen seine Armut erträglich zu machen. Na dann: Prost, Kaffee!

Der Geschäftsführer vom Wohlfahrtsverband

denkt als Sozialarbeiterchef natürlich eine Nummer größer und verweist auf die ökonomisch sinnvollste Verwendung von Spenden: „Ein Euro hilft nicht viel. Man weiß auch nicht, in was er investiert wird.“ Das Geld ist dem Lumpenproletariat deswegen nicht einfach sinnlos in die Schale zu werfen, sondern es ist viel besser beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) angelegt. So kann man sich als Spender gewiss sein, in was der Euro „investiert“ wurde: Das DRK kann sich dann zum Wohle der Obdachlosen nicht nur einen Geschäftsführer leisten, sondern ihnen den Kaffee gleich mit einem Bus vorbeifahren. Das quälende Problem, mit dem sich die MoPo plagt, nämlich ob es den richtigen Obdachlosen getroffen hat, kann man so erledigen: Irgendwie hat man allen geholfen. Die Leistung des DRK ist eben die optimale Verwaltung der Spenden – ein einziger Dienst am guten Gewissen. Aber denken wir mit derlei Fragen nicht viel zu materialistisch?

Mit dem Hauptpastor und der Bischöfin

lässt die MoPo gleich zwei Experten in Sachen christlicher Nächstenliebe ihre frohe Botschaft verkündigen. Schließlich geht es hier um die großen moralischen Kategorien! Es folgt eine Moralpredigt, die sich gewaschen hat und en detail gewürdigt werden muss: Pastor Lohse steigt mit einer Erinnerung an alle christlichen Leser der MoPo ein: „Es gehört zum christlichen Glauben dazu, den Nächsten zu lieben und ihm zu helfen. Eine Geldspende ist die minimalste Form der Nächstenliebe.“ Ja, liebe Gemeinde! Mit nur einem Euro habt ihr minimal, aber immerhin überhaupt Nächstenliebe geleistet. Und dazu bekennt ihr euch ja wohl. Der Pastor erklärt das Spenden zur Pflicht der Christenheit in Sachen gottgefälliger Lebensführung. So erlegt er ihnen auf, wegen ihres Glaubens zu spenden. „Wenigstens“ dieses Opfer muss als Christ eben schon drin sein, das ist der Anspruch. Wie es um die Geldbeutel der Christen so bestellt ist, aus denen vor lauter Nächstenliebe das Geld in die Schale wandern soll, taucht da gar nicht mehr auf.

Vielleicht kriegt es die Klasse der Lohnarbeitenden gar nicht hin, sich und ihresgleichen gut zu versorgen? Vielleicht kommt die Armut von Mittelstand bis Sozialfall gar nicht aus fehlender Nächstenliebe, sondern aus der Lage, die an ihnen im Verhältnis ihrer Tauglichkeit für den Zweck Profit hergestellt wird? Aber auch das wäre wohl zu materiell für einen Beruf, Entschuldigung, eine Beruf u n g, deren Daseinszweck es ist, moralische Orientierung in der Klassengesellschaft zu bieten. Für ihr gutes Gewissen soll es den Christen allemal wert sein, auf einen Euro zu verzichten und diese minimale Nächstenliebe zu verteilen.

Herr Lohse fährt also unbeirrt fort und erinnert sich daran, dass seine Schäfchen spenden – aber aus einem falschen Grund: „Oft will man sich dabei jemanden nur vom Leibe halten. Besser wäre es, sich dem Menschen zuzuwenden. Mit ihm zu sprechen und herauszufinden, was er braucht.“ Ja, das wäre doch mal was! Das, was dem Bettler fehlt, ist Geld, darum bettelt er. Für den Christenmenschen hat das liebe Geld nun aber den Mangel, dass es als der schnöde abstrakte Reichtum der Gesellschaft bloß für minimalste Nächstenliebe steht. Weil sich daran gar nicht so leicht erkennen lässt, ob es sich wirklich um Nächstenliebe handelt, erlässt der Pastor nun sein persönliches Gebot, man möge sich dem Menschen zuwenden. Einem Menschen, der Kohle braucht, soll der nächstenliebende Christ seine volle Aufmerksamkeit schenken, ihn eben als Nächsten (alternativ: Mensch, Nachbarn usw.) würdigen und so die schönste aller Freuden auf Erden bereiten: das gute Gefühl, voll und ganz als Mensch gewürdigt zu werden.

Wenn der Obdachlose dann – er soll ja befragt werden, was er wirklich braucht – ehrlich antwortet und Geld haben will, ist der Herr Pastor „alarmiert“. Das ist er selbstverständlich „nur da, wo versucht wird Barmherzigkeit auszunutzen. Wo man zum Geben gedrängt wird, verweigere ich mich. Denn dann geschieht es nicht frei und aus Liebe.“ Eben! Nicht nur die Christen sollen sich zusammenreißen und Opfer für ihren Glauben bringen und mal was für den Nächsten tun; die Armen sollen ihre Sittlichkeit beweisen, indem sie dankbar die immaterielle Nächstenliebe – wahrscheinlich die maximalste Form der Nächstenliebe – annehmen. Sie sollen wertschätzen, dass ihnen einer nahe ist und sie, inmitten von Umständen, die sie obdachlos, krank, arm usw. machen, als Menschen würdigt. Das geht sogar ohne Kaffee kaufen! Wem das als Obdachlosen zu wenig ist, weil er nicht Anerkennung, sondern Geld braucht, der nutze Barmherzigkeit bloß aus und verwirke sein gutes Recht auf ehrliches Betteln. Hauptpastor Lohse bringt uns also der Antwort auf die Ausgangsfrage näher: Herzlosen Obdachlosen, denen nur am

schnöden Mammon gelegen sei, darf man mit gutem Gewissen Anerkennung und Geld verwehren.

Wem das als Gläubigem dann doch nicht reicht, kann es zusätzlich machen wie Bischöfin Fehrs: „Als ich neulich in meiner Nachbarschaft eine 14-Jährige mit nackten Füßen in einem Ladeneingang liegen sah, habe ich ihr eine Decke gebracht“. Aber auch dann gilt: „Wichtig finde ich, dass ich mich nicht unter Druck gesetzt fühle und selbst entscheiden kann, wann ich etwas gebe“. Das muss jedem Armen klar sein: Christliche Nächstenliebe ist kein Wunschkonzert, sondern ein Gnadenakt.

Da wir aber in modernen Zeiten leben, ist es bei der MoPo mit der christlichen Nächstenliebe noch nicht erledigt. Auch der Islam darf unter Beweis stellen, wie sehr er zur aufgeklärten Konkurrenzgesellschaft passt. Der vorgeführte Imam leistet sich gar nicht erst die umständlichen Konstruktionen, für seine Gläubigen auszuführen, welche Abstufungen es im moralischen Spenden so gibt, sondern deduziert direkt aus dem Willen Allahs eine schlichte Vorgabe, die jeder gläubige Muslim zu erfüllen habe: „Als Muslime sind wir verpflichtet, pro Jahr 2,5 Prozent unseres Einkommens abzuführen und mit Bedürftigen zu teilen“. Die Dankbarkeit für den eigenen Wohlstand, wie auch immer dieser ausfällt, hat man Allah zu entrichten, indem man den Armen 2,5 Prozent abgibt. So einfach kann Erlösung sein.

Die City-Managerin

Nun kommt noch in Gestalt des City-Managements das Kapital der Innenstadt zu Wort. Natürlich sind diese Vertreter der Freiheit ihres Geschäftes nicht für die Vertreibung freier Bürger. Nur haben Sie kein Interesse an denjenigen, die ihr Geschäft stören. Ganz konsequent bieten auch sie allen Spendern die Gelegenheit, ihr Geld nicht einfach in irgendwelche Bettelschalen zu werfen und damit unproduktiv zu verramschen. Das Geld soll ja sicher zum Zwecke eines guten Gewissens angelegt werden. Der Zusammenschluss von „Unternehmen des Einzelhandels, der Immobilien-, Kultur-, Freizeit- und Tourismuswirtschaft, Interessen- und Werbegemeinschaften sowie Verbände und Institutionen“ sammelt Geld für ihre eigene Hilfekampagne, die mit dem Namen „Ein Dach für Obdachlose“ schon sagt, worum es ihnen geht: Zentralisierung der Spenden der Kunden, um diese an eine Einrichtung der Sozialarbeit weiterzugeben. Deren Leistung für das City-Management wird klar benannt: „Die Erlöse aus dieser Sammelaktion flossen in den vergangenen Jahren in den sogenannten StützPunkt. Bei dem StützPunkt handelt es sich um eine Anlaufstelle für Obdachlose, die sich an zentraler Stelle in der Innenstadt (Klosterwall) befindet. Die Möglichkeit der Gepäcklagerung in Schließfächern hat die Mobilität der Obdachlosen erhöht und sie in die Lage versetzt, Aufenthaltsangebote außerhalb der City wahrnehmen zu können.“

Dank City-Management muss man sich beim Shoppen nun nicht mehr mit der Frage quälen, ob man das Wechselgeld dem Obdachlosen vor der Tür geben muss oder nicht. Das eigene gute Gewissen kann direkt an der Kasse mit gekauft und so die Obdachlosen in die Lage versetzt werden, woanders als in Hamburgs geschäftstüchtigem Kern eine kostenlose Suppe zu bekommen. Statt Kaffee an Ort und Stelle gibt‘s nun Mobilität für Obdachlose. So könnten die auch mal ein bisschen

durch die schöne Hansestadt touren und das Weihnachtsgeschäft kann ungestört von allem, was nicht an heile Welt erinnert, florieren. Geholfen ist also letztendlich allen!

Fassen wir soweit zusammen: Richtig Spenden ist schwierig, es gibt so einige Fallstricke. Aber egal welchem Expertenrat man nun folgt mit seiner Spende, ein gutes Gewissen kann man sich immer leisten. Was die Obdachlosen davon haben, beziehungsweise mit welcher Spende man sich ein gutes Gewissen leisten will – von Kaffee über Mobilität bis hin zur Anerkennung als Menschen – kann man sich frei aussuchen. Die MoPo ist allerdings nicht nur ein Beratungsblatt für Moralfragen, sondern auch investigativ unterwegs. Deswegen hat sie auch keine Mühen gescheut und einen echten Obdachlosen zur Thematik befragt. Vor seinem Beitrag zur Spendenberatung schärft Uwe Schneider zunächst unsere Kategorien. Oben war ja bereits von der „alarmierenden Ausnutzung der Barmherzigkeit“ die Rede. Und wer diese sucht, also unbedingt finden will, der entdeckt jene Obdachlosen, die die gute Tat einfach nicht verdient hätten: „Bettlern, die angetrunken sind und Drogen konsumieren, würde ich auch kein Geld geben“, sagt einer, der es wissen muss. Er hingegen kennt die Leute und die Leute kennen ihn. „Sie wissen, dass sie ihm ruhigen Gewissens spenden können. Denn Uwe Schneider trinkt keinen Alkohol.“

Wer es in seiner Lage nicht aushält und zu derartigen Rauschmitteln greift, beweist auch für Schneider die niedere Art seiner Bedürfnisse. Anstatt sich ehrlich der harten Arbeit des Bettelns zu widmen und vernünftige Dinge zu machen, wie sich ein Brötchen zu kaufen, entscheiden sich diese, seiner Auffassung nach verkommenen Subjekte stattdessen für Betäubung. An die Konkurrenzmoral, dass man sich anzustrengen habe, um das Beste aus seiner Lage zu machen, halten sie einfach nichts, sobald sie sich aufgeben und ihre Sinne so betäuben, dass Krankheit, Hunger und Verstand möglichst nicht mehr empfunden werden. Dafür hat selbstverständlich niemand etwas übrig, schon gar kein Geld. Zum Glück ist unser MoPo-Obdachloser ein 1a-Bettler, der lieb und nett, eben „bekannt wie ein bunter Hund“ ist. So einem gibt man gerne seinen Euro; bei dem ist der dann gut investiert.

Aber hier ist die Aufklärung durch Schneider noch nicht vorbei. Vom Vorzeige-Bettler lernen wir, dass es neben dem versifften deutschen Drogen-Obdachlosen noch weitere fürchterliche Gestalten auf Hamburgs Straßen gibt:

„‚Die Lage für Bettler spitzt sich immer weiter zu durch die Konkurrenz aus Osteuropa‘, sagt Schneider. ‚Die machen es mir als ehrlichem Bettler schwerer. Ich bekomme deswegen weniger Geld.‘ Die oftmals rumänischen Bettler kommen in großen Gruppen, klagt Schneider. Seit sich das Problem mit Auftragsbettlern und organisierten Banden herumgesprochen hat, werden die Leute misstrauischer. Ich werde von ihnen gefragt, ob ich deutsch bin.‘ Erst dann spenden diese, sagt der Hamburger. ‚Ich kann das vollkommen nachvollziehen.‘ Deswegen sei es positiv, dass die Stadt darüber nachdenkt, gegen Bettel-Gruppen vorzugehen.“

Das proletarische Bewusstsein, dass man selbst zu den guten, ehrlichen Konkurrenzsubjekten gehört, man aber leider durch unlautere Konkurrenten am Erfolg gehindert wird, tritt hier radikalisiert als Angriff auf die ausländischen Bettel-Konkurrenten auf. Ist ja klar, dass die zu viel sind, für die wenigen Spenden in Hamburg; ist ja klar,

dass die unehrlich betteln; ist ja klar, dass es nur gerecht wäre, würden die deswegen staatlich härter angegangen. Der Grund für die Existenz dieser Konkurrenten (arbeitslose Wanderarbeiter aus EU-Ländern ohne oder mit sehr eingeschränkten Sozialleistungsansprüchen) und deren daraus resultierendes Auftreten als Gruppe (Betteln in Gruppen für mehr Ertrag, um sich gemeinsam durchzuschlagen oder schlicht durch Ausbeutung von Bettlern durch Abhängigkeiten und Zwang) wird hier durch den schlichten Hinweis erledigt, dass diese Menschen im Weltbild von Pastor, Sozialarbeiter und Uwe Schneider nicht zu den ehrlichen Schnorrern zählen. Wobei die Ehrlichkeit in nichts anderem besteht, als nüchtern und deutsch zu sein, weswegen man es laut Schneider auch verdient hätte, mit der Mildtätigkeit der Shopper begünstigt zu werden.

Damit beendet Schneider die tour de force durch das moralische Weltbild. Festhalten lässt sich, dass Armut noch lange kein Grund ist, es an Anstand fehlen zu lassen. Es ist gerade umgekehrt: Nur anständige Armut hat für die Zitierten ein Existenzrecht. Nur diese hat sich nämlich jedwede Form der Zuwendung verdient. Was man sich da verdient und was diese Zuwendung erträglich machen soll, nämlich ein Überleben als Elendsgestalt, ist dann nicht weiter Thema. Dass sich über diese Art der Existenz keine Zufriedenheit einstellt, verwundert niemanden. Und entsprechend gewürdigt wird es, wenn die Lumpenproleten trotz all dessen den moralischen Ansprüchen eines Konkurrenzsubjekts weiterhin genügen, also aus ihrem Los das Beste zu machen und dabei gültiges Recht und herrschende Sitte anzuerkennen. Respekt gezollt wird dem, der arm und trotzdem brav ist, auch wenn die Gesellschaft außer Gruß, Mitleid und ein wenig Kupfergeld sonst nichts für ihn übrig hat. So einer ist – trotz allem – ein guter Mensch, einer von uns. Der darf sein.

Gruppen gegen Kapital & Nation

G20 Zoo



4 Tage in der Sicherheitshochburg Hamburg waren anstrengend. Die Polizei war nicht das Thema, aber für die Flieger, Reiter, Panzerfahrer und Waffenträger waren es vielleicht leider nur die Gefährder und Linksradikale, auf die sie offensichtlich gedrillt wurden. Olaf Scholz unterließ auch während des Gipfels nicht, die Verfassungsbrüche und den vorauseilenden Gehorsam des Polizeichefs zu verteidigen (um bei Merkel zu punkten), während er Vermummte einseitig verurteilte (auch eine große Zahl Polizisten trug die deeskalierenden hübschen schwarzen Sturmhauben...).

Hamburg wollte von Anfang an eine andere Politik, wie es schon am Samstag vor dem G20 vor dem Rathaus auf einer friedlichen Großdemonstration noch einmal klar gezeigt wurde. Dies wäre die Möglichkeit gewesen, auf die demokratischen Bürger zuzugehen, ihnen ein Forum zu stellen, das angemessen mediale Verbreitung garantiert und sich zu informieren. Stattdessen versuchte eine Politikerin, wie ich hörte, auf der Bühne für CETA zu werben und angemeldete Demonstrationen, wie zum Beispiel die Fahrraddemo, wurden später blockiert und Demonstranten, also Bürger, die ihre Meinung in einer Versammlung kundtun, pauschal zu gewaltbereiten Linken erklärt.



Innerhalb dieser „Linken“ wird währenddessen wieder diskutiert, wie weit Solidarität gehen darf und wann eine klare Abgrenzung von der Gewalt notwendig ist, die jedoch auch auf Seiten der Polizei wahrgenommen wird, dass heißt zumindest im Kopf spielt auch der Begriff der Verhältnismäßigkeit hier eine Rolle. - Eine Provokation durch martialisches Auftreten, 16 Stunden lautstarke Hubschrauber- und Drohnen-Überwachung, extra unbequeme Gefängnisse und ein von schwarzen Autos erhöhtes Verkehrsaufkommen, die von weiteren Polizeifahrzeugen beschützt werden, während andere ihr Auto über Stunden nicht bewegen können. Was ist das im Verhältnis zu einer brennenden Mülltonne? Was passiert einigen Menschen jedes Wochenende, weil Drogen im Spiel sind?

Keiner möchte die Gewalt verteidigen, im Audimax bestätigte sogar ein Sprecher der Diem25-Bewegung dies, nachdem er zunächst sein Verständnis für die Wut des schwarzen Blocks ausgesprochen hatte, Zitat „I'm against violence“. Im übrigen muss auch ein Lob an alle Menschen, die unbezahlt für den Frieden auf die Straße gingen, rausgehen! Dieses kritische Element scheint allerdings komplett von linkem Denken besetzt zu sein und der Patriotismus der anderen Seite mündet in Verschwiegenheit, ja vielleicht zu Unterdrückung und Machtzugeständnissen an die Exekutive.

Rainer Braun zitierte Brecht und verurteilte auf der anderen Seite das Fehlen der demokratischen Kontrolle im Staat scharf. Die ominösen Freihandelsverträge (wie auch die Beschränkung der Freiheit des Internets), Demokratieabbau inklusive scheinen schon jetzt wie Irrlichter zu wirken und das Kapital nimmt Politiker wie Hunde an die Leine. Die Internationale Solidarität wurde nicht durch Merkel mit der Bevormundung Afrikas zum Beispiel ausgedrückt, sie existierte auf den Straßen Hamburgs, wo Selbstorganisation ein Leben in Würde ermöglichte, während der Leviathan auf uns herabsah. Mein Besuch endete in diesem Sinne mit einem Gespräch mit einem Türken, der von Sankt Pauli bis nach Veddel zurück lief und mit einem Nein auf dem Lippen feierte, dass die wahren Verbrecher die Stadt bald wieder verlassen.

Onno Oncken

Das Märchen von der Resozialisierung

Arne A. Aufgrund eines traurigen Vorkommnisses hier in der JVA Rosdorf, Abteilung Sicherungsverwahrung, möchte ich euch beiliegende Zeilen zusenden. Leider hat der Mitverwahrte "Connie" sein Vollzugsziel aus justizialer Sicht erreicht. Er verstarb am 01. Mai als Mittfünfziger, ohne noch einmal die ihm zustehende Freiheit erlangt zu haben. Es zeigt sich hier erneut, wie menschenverachtend dieser "Rechtsstaat" im Verborgenen agiert. Prangert in allen Ländern Ungerechtigkeiten und Verletzungen an, um im Grunde nur von seinen eigenen Taten abzulenken.

Es wurde schon gelegentlich über die Zustände in der niedersächsischen Sicherungsverwahrung geschrieben und wer es nicht selbst erlebt hat, wird die Beschreibungen kaum glauben können. Nun ist innerhalb der letzten zwölf Monate erneut ein Sicherungsverwahrter in Niedersachsen verstorben. Er konnte seine ihm zustehende Freiheit nur noch als Leiche zurückerlangen; wir hätten ihm ein Leben oberhalb der Erdoberfläche gewünscht.



In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist ausdrücklich angeordnet, dass des Sicherungsverwahrten "Gefährlichkeit", was immer das sein mag, auf schnellstem Wege zu mindern ist und dass die Vollzugsbehörde ihn zugleich auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten hat. In Niedersachsen werden diese verbindlichen Rechtsgrundsätze nach wie vor mit Füßen getreten. Seit das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2011 ihr mehr als deutliches Urteil bezüglich der Sicherungsverwahrung gesprochen hat, wird es in Niedersachsen konsequent ignoriert. Entlassen wird nur noch, wenn aus rein formalrechtlichen Gründen keine andere Lösung möglich ist. In der Folge sind zwei Untergebrachte in Niedersachsen innerhalb eines Jahres verstorben, welche längst auf freiem Fuß hätten sein können und müssen. Das Prinzip ist einfach:

- Seit 2014 werden keine Sicherungsverwahrten in Niedersachsen mehr in die Sozialtherapien verlegt.

- Sicherungsverwahrte, welche sich noch in den sozialtherapeutischen Abteilungen befinden, werden auffallender Weise immer dann, wenn sich die Gefahr einer Entlassung durch das zuständige Gericht abzeichnet, unter Verwendung teils offenkundig fadenscheiniger Ausreden, z. T. sogar mit Hilfe der Unterschiebung von Straftaten, welche sich dann eben im Nachhinein als Luftnummer herausstellen, aus den Sozialtherapien entfernt, um der Entlassungsgefahr wirksam und dauerhaft zu begegnen.

- Nach der erzwungenen Ablösung aus der Sozialtherapie ist der Sicherungsverwahrte, welcher zuvor bereits Urlaub, Freigang usw. ohne Beanstandungen absolviert hatte, plötzlich wieder "hochgradig gefährlich" - und natürlich für eine Sozialtherapie ungeeignet (wie alle SVer übrigens)...

- Das Prognosezentrum der JVA Hannover hat bereits seit geraumer Zeit keinem Sicherungsverwahrten die Fähigkeit mehr bescheinigt, an einer Sozialtherapie teilzunehmen. Seltsam... Überflüssig zu erwähnen, dass das Prognosezentrum auch, aber nicht nur, bezüglich der Ergebnisse seiner Arbeit gegenüber dem niedersächsischen Justizministerium weisungsgebunden ist. Im Jahre 2014 hat die niedersächsische Justizministerin angekündigt, alle Sicherungsverwahrten aus den Sozialtherapien holen zu wollen. Bislang ist sie mit ihrem verfassungswidrigen und menschenverachtenden Handeln erfolgreich.

- Lockerungen des Vollzugs, vom Bundesverfassungsgericht als essentiell notwendig für die Erprobung des Untergebrachten definiert, werden nur



so niederschwellig wie möglich gewährt, dass keine zuverlässige Aussage über eine positive Legalbewährung getroffen werden kann. Ein begleiteter Ausgang im Monat ist in Niedersachsen das Höchste der Gefühle, was natürlich eine Farce ist. Der Sicherungsverwahrte bekommt von vornherein keine Möglichkeit zu beweisen, dass er sehr wohl auf freien Fuß gesetzt werden kann, ohne dass er erneut zum Straftäter wird.

Infolgedessen wird weiterhin den in Niedersachsen eingesperrten Sicherungsverwahrten keine Aussicht auf eine Entlassung geboten. Es bleibt dem in diesem Bundesland Untergebrachten nur, auf den Tod zu warten. Das kann bei einem 30 Jahre alten SVer verdammt lang werden, wenngleich einige Maßnahmen zu beobachten sind, welche zu einem deutlich früheren Erreichen des Vollzugsziels (hier mittlerweile auch von Vollzugsbediensteten als Synonym für das Ableben eines Untergebrachten gebraucht) führen können. So lässt der ständige Psycho-Stress, unter dem der Untergebrachte zu leiden hat, ihn schneller altern und sterben, auch die teilweise erfrischende, zynische Umgangsweise des medizinischen Dienstes in der JVA Rosdorf mit Sicherungsverwahrten kann helfen, die Wartezeit deutlich zu verkürzen.

Gebt uns endlich eine Zyankalikapsel, damit wir selbst entscheiden können, wann das Vollzugsziel erreicht ist!

Wenn Aufklärung so selbstverständlich ist, dass sie misslingt - Zum Verhältnis Wissenschaft und Kapitalismus

Grillmöbel Der Kapitalismus funktioniert. Er funktioniert insofern, indem er das erreicht, was in ihm immanent als Ziel angelegt ist: dass nämlich eine kleine Elite es gut hat, während der Rest vor die Hunde geht. Dass dies sich so verhält, verdeutlicht jeder offizielle Armutsbericht genauso wie jede Meldung über die steigende Anzahl von Krankschreibungen/psychischen Krankheiten/Patienten, jede Statistik über die Verbreitung von Betriebsräten und jede Studie zum Eisbestand der Arktis. Immer mehr nach sogenannten neutralen wissenschaftlichen Normen angelegte Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit dem Kapitalismus die Ziele Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit für alle nicht vereinbar sind. Mal abgesehen davon, dass viele Menschen genau das seit über 100 Jahren beobachten, skandalös finden, proklamieren und für die Überwindung dieses Unrechts kämpfen und dass für diese es ein Schlag ins Gesicht ist, sowas als neue Erkenntnis zu verkaufen, bedeutet das Ganze auch nicht im Geringsten, dass – ich drifte hier kurz ins religiöse Jargon ab – eine Zeit des Erwachens anbricht. Zu lange existiert Wissenschaft nun schon getrennt von Politik und Gesellschaft als etwas, dessen Notwendigkeit als Erbe "der Aufklärung" selbstverständlich war und ist, aber dessen Erkenntnisse, da für Ottonormalbürger_innen kaum mehr auf Verständliches runterzubrechen, letztlich kaum mehr einen Dialog möglich machen. So dass es heute möglich ist, dass Regierungen die einhelligen Warnungen von etwa 98% der damit beschäftigten Wissenschaftler_innen ignorieren können; man könnte auch sagen: Nichts war jemals so wahr wie der Klimawandel, und trotzdem können Leute in die höchsten Ämter kommen, die alles leugnen, was ihren Interessen zuwiderläuft, und das mittlerweile auch bei katastrophalen Auswirkungen, die ihre eigene Bevölkerung treffen werden.

Es gibt da übrigens nicht nur diesen Kasper in den USA und den Trottel in Australien; viele Parlamente weltweit sind durchsetzt mit Klimawandelleugner_innen. Inwiefern die selbst an ihre Lüge glauben, ist fraglich, aber auch irrelevant; die wissen jedenfalls, dass sie das auch machen können, weil in den jeweiligen Bevölkerungen mitunter große Mehrheiten ebenso wissenschaftsfeindlich sind. Das hat viele Gründe, von denen einer ist, dass Demokratie nicht funktionieren kann, wenn sie im Kapitalismus stattfindet und einer, dass beide vereint Bildung zu einer Angelegenheit temporärer Datenverwertung machen, so dass zwar unter Umständen viele im Jugendalter über die wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels belehrt werden, diese aber im wahlberechtigten Alter wieder vergessen haben. Ebenfalls eine Rolle spielt das Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft, wie es historisch gewachsen ist. Mir liegt hier hingegen am Herzen, etwas über das Verhältnis Wissenschaft und Kapitalismus zu sagen.

KLIMAKATASTROPHE ?

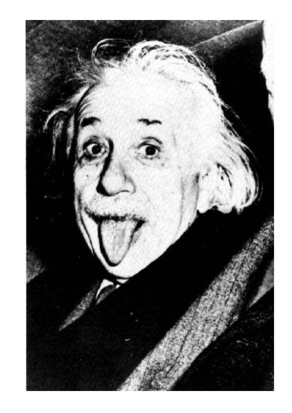
ES GIBT KEIN SCHLECHTES WETTER

ES GIBT NUR UNZWECKMÄSSIGE KLEIDUNG

EINE INFORMATION DER TEXTILINDUSTRIE

Der Kapitalismus führt immer wieder zu Krisen, die aus krassen Widersprüchen und irrationalen Anteilen seiner selbst erwachsen. Damit das immer weiter laufen kann, braucht es eine Gesellschaft, die Irrationales hofiert und verlangt. Diese haben wir heute so gut wie überall. Radikale Vertreter jedweder Religion möchten zurück in voraufgeklärte Zeiten, Millionen Menschen werfen ihr Geld für Hilfsmittel aus dem Fenster, die nicht funktionieren können (seien es gemahlene Nashornhörner oder homöopathische Medikamente), die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sozialen Themen wird verunglimpft, Quacksalberei ist ein Wachstumsmarkt. Für den Kapitalismus ist das ein großartiger Nährboden, denn nur so können die in ihm stattfindenden irrationalen Prozesse immer weiter laufen: Mieten können steigen und steigen, obwohl diejenigen, die sie sich leisten können, immer weniger werden. Oder anders gesagt: Wenn einer 7 Wohnungen besitzt und dafür 6 andere Leute obdachlos sind, sind es immer noch 7 Wohnungen für 7 Menschen – so rechnet der Kapitalismus. Unternehmen können ihren Aktionären garantieren, dass ihr Gewinn immer mindestens 100% vom im Vorjahr betragen wird – und das auch z.B. beim Abbau von Rohstoffen, die (ein rationaler Mensch sieht das) natürlich nicht unendlich vorhanden sind, denn nur so könnte dieses Prozedere nicht vollkommen hirnrissig sein. Menschen können weltweit immer mehr arbeiten, um nichts als zu überleben, während ein Riesenanteil dieser Arbeitsplätze vollkommen überflüssig ist, weil sie für Waren wie Einweglenkdrachen und Dienstleistungen wie die „wie hässlich bist du?“-App verantwortlich sind. In sogenannten Demokratien ansässige Firmen beliefern Diktaturen mit Waffen – nur im irrationalen System des Kapitalismus kann das logisch und richtig sein.

Vieles lässt sich hierüber debattieren, allein will ich darauf aufmerksam machen, dass eine Gesellschaft, die ihrerseits nicht (mehr) geschult in rationaler Kritik und Skepsis ist, all diese dem Kapitalismus innewohnenden Irrationalitäten noch nicht mal dann als Problem wahrnehmen kann, wenn sie daran kaputt geht. Es gilt also, „die Wissenschaft“ wieder in die



Öffentlichkeit zurückzuholen, was nicht zufällig gerade ja auch zu geschehen beginnt (vgl. Marches for Science). Und noch viel mehr bedarf es einer neuen Aufklärung, die es schafft, nicht Mathe, Physik und Geschichte beizubringen, sondern Zusammenhänge zu verstehen, Thesen kritisch zu hinterfragen, so mehrheitlich sie auch angenommen sind, logisch zu denken und insgesamt skeptisch zu sein, wie es einer hochkomplexen Welt angemessen ist. Und das nicht nur einer Elite, sondern einer Masse. So dass letztlich klar wird: Wer immer heute Schritte unternimmt, den Kapitalismus am Laufen zu halten, handelt allein dadurch antiaufklärerisch. Es gibt hierbei keinen Kompromiss. Eine andere Frage ergibt sich noch aus dem bisher Geschriebenen, nämlich die danach, wieso so wenige Wissenschaftler_innen klare antikapitalistische Positionen beziehen, wenn doch immer mehr Fakten dafür sprechen, das zu tun. Dazu einige Thesen:

- Das ideologische Gefüge des „es gibt keine Alternative“, in dem diese Menschen aufwachsen, ist stärker als ihre Fähigkeit, rational zu denken.

- Es entsteht der umgekehrte Effekt, dass Wissenschaftler_innen ihre Fähigkeiten dazu nutzen, die irrationalen Prozesse zu rationalisieren.

- Die vielen beliebigen Trennungen, z.B. von Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft, sowie die Trennung überhaupt von Wissenschaft und Gesellschaft führen dazu, dass vielleicht die richtigen Erkenntnisse da sind, aber Impulse fehlen, wie damit zu verfahren ist.

- Menschen, die Wissenschaft betreiben, sind im Allgemeinen privilegierter als die Mehrheit der Weltbevölkerung, während antikapitalistisches Handeln daran geknüpft ist, solche Privilegien teilweise aufzugeben.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der beschriebene Sachverhalt weiterentwickelt. Ich denke, es ist möglich, dass stetig mehr Wissenschaftler_innen sich gegen den Kapitalismus stellen werden; die Frage ist, wie diese aus ihren gesellschaftlich belächelten, geduldeten und marginalisierten Situation heraus politische Schlagkraft entwickeln sollen. Ich freue mich über weitere Beiträge zur Debatte.

Roter Stern is more than soccer!

mona I find myself in a former police van with football fans, punk-rock and political discussions about the upcoming elections in Austria. My friend and I hadn't gotten seats in the fan bus and guys agreed to give us a ride in the ex cop wagon. We drive through the towns and villages of Saxony to Schildau, where the game of Roter Stern and TSV 1862 Schildau is scheduled. We drink beer and show «fuck you» signs from the window to the Nazis gathered together for the match.

If you're into football (which isn't exactly about me) and you've ever visited Leipzig, then you couldn't help but notice people in black-red-white merch especially on Sundays. In Hamburg, you constantly bump into the skull and bones of St. Pauli, and here into the shield with the red star of Roter Stern. Actually, in translation from German Roter Stern means “Red Star”.

Lots of things have been shot and written about St. Pauli, but about Roter Stern (Red Star) it's hard to find information not in German. In contradistinction to «pirates», people from Leipzig do not play in large stadiums and do not collect thousands of fans on tribunes. But they are an example of a successful combination of sport and activism. And we have much to learn in this regard!



Football player after Schlidau game in Antifa-T-shirt

Roter Stern is not just a football team; it's a sports association. Their club was founded in 1999, according to Wikipedia, by «twenty brave, alternative, left-wing young people» and based in Leipzig's southern districts Connewitz and Dölitz. It all has



started with a small football team, and since then they became Leipzig's club with the highest number of active players. The structure of the association includes six male teams, one female and seventeen teams for children of different ages – girls and boys. And it's all just football. Roter Stern also has teams for basketball, handball and volleyball and a rollerderby. Also they have departments on tennis, gymnastics, chess, triathlon, croquet, table tennis, climbing, badminton, darts, cycling and running.

But personally for me the main thing, of course, is not that the association has more than 1200 members and 16 divisions, and that it achieves some sport success. It's more important for me how they define themselves: "cultural and political sport project torn between normal football and left-radical politics".

Here's how the community concept on the Roter Stern website is described:

«Discussion, controversy and mediating different opinions, values and norms are important features of our

self-conception. Nevertheless some basic values are non-negotiable in our club's environment. We don't care where people come from, if or which religious beliefs she or he holds and which sexual orientation or social status a person has. Moreover we are committed against racist, sexist or homophobic tendencies in sports and the whole society. We are not only trying to create an open atmosphere within our club, but beyond its borders. That is why we are organizing and participating in initiatives or activities reaching beyond football or sports.»


Team in front of fans in Schildau

German football system has 11 leagues. Red Star began from the very bottom and in the fourth year of existence already played in the 8th league. Now the team is in the 7th league - this is the league of the district. The nationalist party AfD (Alternative für Deutschland) received more votes than any other party in Saxony at the last elections, and the "Red Star" often has to play in cities full of Nazis. Even the oppositional teams are often made up of Nazis. Therefore, the life of fans of the Leipzig club is full of challenges.

Schildau is one of those Saxon places, where you can easily come across some Nazis. And now "Red Star" is playing with a local team. In addition to passengers of our "police" van, an incredible number of real police cars and real cops in armored jackets. And here I am, wearing shorts and T-shirt, without any clue of what to expect, just enjoying a sunny day. At home games in Leipzig there are no policemen and no security check. But in Schildau we are fully examined and I was not allowed to take even a plastic, transparent bottle of water to the stadium. You are not allowed to bring liquids to the stadium. I got lucky that a lunch box with vegan sandwiches didn't seem very interesting to police officers and now safely stays with me. Well done, because Roter Stern fans boycott local food and beer.

Besides my water-bottle, the stadium does not allow to bring anti-fascist stuff and even the drums. The fans of the Red Star wanted the team to appear on the field wearing T-shirts with the slogan "Nazi get away from the stadiums" before the match with Shildau. But the police and the football association have banned it, believing that this would provoke opposition fans. The club is often being accused of mixing football and politics. Do officials have a hunch about something?

We shout the well-known "Alerta! Alerta! Antifascista! ". The Nazis in the other corner of the stadium are straining in an attempt to shout over us. Someone of ours manages to drag through the police cordon an antifa-banner - we hang it out closer to the end of the game. The stadium's security service tears it off, but we do not allow it to be picked up. Opponents from the other side of the field are certainly furious, but they cannot do anything - their team blew 0:4, Red Star players appear on the field in those antifascist T-shirts. We leave Shildau in good spirits to the accompaniment of empty bottles and stones flying into our car line.

And all their events are highly politicized. In any incomprehensible situation Roter Stern promotes an anti-racist, anti-homophobic and anti-sexist agenda to the masses. For example, at one home game, the captain of the team ran around with a rainbow captain's band. And in September the union organized an open anti-fascist bike race.

Roter Stern are anti-racists in both word and action. To overcome the isolation of refugees, they organized a place where anyone is free to join to play football in a casual and relaxed atmosphere. The project got the name "Zocktreff". Many people joined the initiative and so they decided to include the team in the structure of the association. The idea is not to isolate the migrants in a separate yard, but to involve them in the community. Therefore, team No. 4 have never been a team specifically for refugees, although refugees are prevalent in it.

Jens-Whom-Everybody-Know

If you ask someone here "Where is Jens?", no one will specify exactly which Jens. Everybody knows him.



When he comes to the bar Tante Rosi, where all insiders are, he is immediately being served with beer of a certain type. If he writes to me "How about one beer at Mike?", I know it will be at least three. Jens laughs very incendiary and I can recognize him even with my eyes closed - just by laugh. The last few years he is one of the spokespersons of Roter Stern Leipzig (RSL). In addition, Jens plays in the senior men's soccer team, and is considered there as one of the youngest players (at his 36). Also he is one of the founders of the steeldarts-department. I decided to ask him about the "Red Star" and people in it.

- Tell your story. How did you came to Roter Stern? Why Roter Stern? And what keeps you there?

I joined Roter Stern Leipzig in 2007. I've been playing football my whole life. From childhood to 23 years, I played for an ordinary East German football club. But along with my political socialization in the left scene, I started to realize that playing football without racists and fascists in East German football clubs is impossible. Then I learned about Roter Stern.

It still is a statement to publicly announce: „We are an antifascist football club"in East Germany. So it's part of my political activism. We're a big football club now, our voice will be heard.

- It was a very small project in the beginning, what do you think was a secret of Roter Stern success? If you think that it is a successful story.

Roter Stern always had a DIY and punkrock-attitude. From the beginning, there were a lot of people not just playing football, but being part of the left-wing scene in Leipzig, organizing cultural events, joining demonstrations, supporting political campaigns, and so on. It's „More than Soccer", like our slogan. In the beginning, 1999, there were 20 people. When I joined Roter Stern in 2007, there were 150 members. At that time, some RSL activists found youth- and children teams. So Roter Stern also became interesting for people with children. And slowly, we developed from a football club with punkrock-attitude to a club for social and ecological green and left, urban attitudes. Now, in 2017, it's 1.200 members, and the number is still growing.

Everything, from the beginning, is discussed in a plenum – that still is our aspiration. So we had to develop: now there are several work groups besides the plenum with autonomy for their decisions, also lot of autonomy for the several sports departments. And we employed five people - the greenkeepers and one administrator (who are payed for their work).



Brandis fight

In 2017, we got a third sports venue from the city administration, it's located in the Teichstraße - and so we call it. The former sports club there did nearly nothing to maintain the venue, so it‘s quite run-down – but there is this spirit of DIY again, a lot of people, who help and improve the situation, make VoKü* and so on.

(*VolxKuche / VolxKüche (VoKü) - in the left alternative scene, the regular collective cooking, usually vegan, food that is sold at cost or even lower)

Roter Stern often feels like one step forward and then two steps back, I think, for everyone in the club. There‘s always a lot of disappointment. But when you look back at what happened, I think, it‘s more like two steps forward and one step back.

- What are the most popular sports in club besides football?

In the last years several new sections were established. It's mostly popular sports in Germany, like Handball and Volleyball, also Basketball and cycling, table tennis.

In the summer, the Riot Rocketz started their season in the third Roller-Derby-division. Roller Derby is a full contact discipline on roller skates, coming from the Riot-Grrrl-movement, so this sport is played by women, and including a feminist attitude. The Riot Rocketz played for another club in Leipzig before and joined Roter Stern recently. At their first match there were like 300 people, the gym was completely filled with old and new Roller Derby Fans. I hope it becomes popular!

At the same time, a F*empowerment-group was established, with their own plenum – and a lot of discussions started about feminism and sexism in Roter Stern Leipzig, not all of them intended by the F*empowerment-group, and not all of them emancipatory, I‘d say. So: another step forward, and another step back, maybe. But the foundation of the F*empowerment-group should be a lasting development and the non-emancipatory discussions should not, so it might also be two steps forward, if we look back in some years.

But the most popular discipline should be the steel darts-section, for sure.

- Tell me a couple of stories - the funniest and the scariest one - that happened to RS?

In 2009, the first year when our 1st men's football team played in the districts league, outside of Leipzig, we were attacked by 50 fascists in

the small town Brandis, where our team was supposed to play against the local team. The fascist were organized and prepared, they had wooden and iron sticks. Two older police officers from the local police department were not able to deal with the situation at all. So it was a big luck that some of our fans and also players defended the attack and that no one was badly harmed. But when the fascists left, they threw a glass bottle backwards over a fence and one of our fans lost the vision in one of his eyes. This violent fascist attack was a shock for everyone, everyone who was there and all others. There was no other topic for months.



Fight in Brandis

This incident has changed a lot, and we are still dealing with the consequences today. From that day our matches are always secured by a big number of police officers. At once, there was public interest. Because someone made good photos, the public discussion was not about hooliganism or confrontation between youths, but about fascist violence. At once we had to deal with the media. And so on.

In some way it was the end of our light-heartedness, I think. In some way I miss the old times, this punk-rock attitude, when we arrived at the game already drunken, not caring about anything.

It was the 14th of June in 2008, our first men's team played the local cup final. Our opponent was the second team of Lokomotive Leipzig. Lok is one of the big teams in Leipzig with a long history beginning in the GDR times. Since the end of the 80s, Lok has been attracting fascists and hooligan-fan scene. Roter Stern was founded by fans of Chemie Leipzig, the other big club in Leipzig, where a small leftwing fan scene developed in the late 90s. Always in the history of both clubs, the match between them was the most important derby. So it was for us. About 1.000 people came to see the cup final. And we broadcasted the cup final for the local community radio station. It was a very special day for everyone connected to Roter Stern Leipzig.

Lok scored the first goal, but we equaled. It was one goal to one when the regular time ended. And in the extra time, we scored the second goal, Lok didn't manage to equal again. The last fifteen minutes were exciting, fascinating, thrilling, but the end of the match… I don't know how to describe it better: it felt like a public collective orgasm. Crying, stupid, disarranged people everywhere, chaotically running in all directions, sitting and lying. Everyone was incredibly happy. Crazy moment. And later it was a spontaneous party in Connewitz, in the pubs, in the Fischladen, which is our club's location for members and guests, but first of all on the street. We occupied the whole district for that night. Unforgettable.

- What are your future plans? The first league? What activities do you plan?

We are amateurs. We don't want to pay players for playing football. The 7th division, where our first men's team is playing, seems to be the highest league we can achieve. Our team should be the only one where no one gains money for football in this division.

Right now, we have nine senior football teams and seventeen children- and youth teams. So our main focus is to improve and maintain the infrastructure for them. That's already a lot. But it's not just an infrastructure. It's also about dealing with 1200 members: finding decisions, discussing the important questions, staying open minded for different ideas.

I can't name all the activities that we have. Teichstraße. Our fans do a lot, support, solidarity activities, linking and networking with other fan groups, participating in political activities. And we have a lot of anniversaries in the next two years: 10 years of winning the cup in 2018. And in 2019 Roter Stern Leipzig will become 20 years old, but it's also 10 years of Brandis. It should be the right time to focus at what we achieved, maybe what Roter Stern is exactly today, gaining some ideas for the future. And for a lot of party!

- Roter Stern for you is first of all sport or politics?

I feel that sports and politics cannot be divided. Sport and football are part of society. You can try to pretend it is not. But every time, people say: „leave politics out of sports", it's already political. And it's an offence against us. Because of that, we have to deal with all the instances and actors in sports and administration; we became civil society actors on our own. Everything got more complicated, but our main slogan hasn't changed: „Love Football / Hate Fascism".

Getting to the game of Red Star isn't difficult, the entrance is not expensive, and the annual season ticket costs about 30 euro. At the home stadium there are always alcoholic and non-alcoholic drinks, vegan and meat food, distro and donations collection. The last time I was at the game they collected money for getting new tires for the team captain's car, which were punctured by right-wing opposition fans.

Erstveröffentlichung: https://avtonom.org/en/author_columns/roter-stern-more-soccer

Über Herausforderungen in einem "offenen Medium"

Konflikt im grünen blatt

fb Einigen ist es bereits aufgefallen, dass die Pause seit der Frühjahrsausgabe des grünen blatts bis zu diesem Heft deutlich größer ist, als das selbst bei diesem Projekt gewohnt ist. Nicht nur das, die geplante Sommerausgabe ist ganz ausgefallen und auch die für den Herbst geplante dritte, nun zweite Nummer für das Jahr 2017 kommt nun erheblich später. Was sind die Gründe?

Im Frühjahr entzündete sich aus einem bereits seit Jahren schwelenden Konflikt über den Umgang einer projektbeteiligten Person miteinander in der Redaktionsgruppe und mit Anderen eine eskalierende Auseinandersetzung, die leider über das bekanntermaßen für konstruktive Streitkultur ungeeignete Medium E-Mail lief. Auslöser war die Weigerung der Betreffenden die Verantwortung für die Druckkosten der von ihr verantworteten Herbstausgabe 2016 zu tragen, nachdem offenkundig geworden war, dass jenes Heft ohne Absicherung der Finanzierung bei der Druckerei in Auftrag gegeben worden war.

Der folgende Streit drehte sich zuerst um die Frage, wer für das Desaster verantwortlich zu machen sei, bewegte sich aber bald von diesem Ausgangspunkt zu einer Auseinandersetzung über Ansprüche an das Verhalten miteinander. Hierbei kristallisierten sich zwei "Lager" heraus - eine Gruppe von Redaktionsbeteiligten, die erklärtermaßen Produktivität über das Wohlbefinden der im Projekt Betroffenen stellen, auf der einen Seite, und Andere, die rücksichtsloses Verhalten, aggressives Attackieren von Kritiker*innen und die Folgen, die dies für die Angegriffenen hat relevant und damit einen fairen Umgang innerhalb des Projekts mindestens genauso wichtig wie den Output des Projekts fanden.

Da niemand eine "neutrale" und "wahre" Sicht der Vorgänge wiedergeben könnte, sich in der Folge aber gezeigt hat, dass zumindest die Zusammenarbeit mit der einen Person, an der sich der Konflikt eskaliert hat, nicht mehr möglich war, und diese Folgen sich auch auf das Umfeld des grünen blatts auswirken, hielten wir es für notwendig die Problematik in dieser Ausgabe zu thematisieren.

"Wir", das sind diejenigen, die die Position vertraten, dass der menschliche Umgang innerhalb dieses Projekts, aber auch generell im Verhältnis zu Mitstreiter*innen grundlegend für ein emanzipatorisches Vorhaben sind, und die sich seit dem Überschreiten des Höhepunkts der Eskalation innerhalb der Redaktion (wo klar wurde, dass ein "zusammen" nicht mehr machbar erscheint) bemüht haben die Auseinandersetzung möglichst konstruktiv, lösungsorientiert und auch ergebnisoffen zu führen.

Leider war von der anderen "Partei" keine Bereitschaft zu erkennen, den Konflikt zu bearbeiten und möglichst zu lösen. Weder tauchte die betreffende Person bei dem Krisentreffen, das wir im Sommer in Göttingen organisierten und zu dem extra eine außenstehende Moderator*in einbezogen worden war auf (obwohl es entsprechende Ankündigungen per E-Mail gab), noch wurde auf die Nachfrage, wie ihrer Meinung nach politisch korrekt und entsprechend dem Konzept der Offenheit mit einem Konflikt wie diesem umgegangen werden könnte, geantwortet. Auch auf die Einladung und den ausdrücklichen Wunsch um eigene Darstellung der Konfliktlage mittels eines Textbeitrages zu diesem Heft wurde von "der anderen Seite" nicht eingegangen (es gab lediglich eine kurze Antwortemail mit ausdrücklichem Hinweis diese sei nicht zur Veröffentlichung bestimmt) - wodurch wir die unglückliche Situation haben, dass die verschiedenen Beiträge und Sichten auf den Konflikt innerhalb des grünen blatts ausschließlich von Vertreter*innen der einen Seite verfasst wurden. Es bleibt zu hoffen, dass diese Texte zumindest teilweise so selbstkritisch formuliert sind, dass es möglich wird sich ein realitätsnahes Bild von der Auseinandersetzung zu machen.

Im Folgenden sind zunächst die gemeinsame Stellungnahme eines Teils der offenen Redaktion und dann einige einzelne Analysebeiträge aufgeführt.

Stellungnahme Einiger aus der offenen Redaktion

Liebe Menschen um das grüne blatt,

wir denken, dass das Konzept "offenes Medium" beim grünen blatt gescheitert ist. Die Grundprinzipien eines offenen Projektes wie z.B. der für alle gleichberechtigte Zugang zum Projekt und die damit einhergehende Offenheit werden nicht mehr umgesetzt.

Die Überlegungen, das grüne blatt als Offenes Medium zu gestalten haben vor über 10 Jahren stattgefunden. Das Konzept wurde aber schon seit längerem nicht mehr wirklich umgesetzt. Es wird seit vielen Jahren nicht mehr diskutiert, wie das grüne blatt seinen offenen Ansatz umsetzen und erhalten kann, wie es um die Offenheit bestellt ist und was diese Offenheit für die Beteiligten bedeutet. Das bedeutet, dass das grüne blatt eigentlich schon länger de facto kein offenes Medium mehr ist, aber es bisher noch nicht konstatiert worden ist.

Wie bereits geschrieben "(Redaktions-Mailingliste vom 18.6.2017)" halten wir für die Realisierung eines offenen Projekts die soziale Dimension, wie beispielsweise der Umgang miteinander für wichtig – damit auch wirklich alle mitmachen können und sich wohlfühlen. Wenn z.B. sexistisches Verhalten toleriert wird, ist es kein offener Raum mehr, da dann die Betroffenen nicht mehr mitmachen können und somit ist es auch kein wirklich offenes Projekt. Ebenso verhält es sich mit anderen diskriminierenden, unsolidarischen oder verletzenden Verhaltensweisen.

Die konkrete Auslöser für die aktuelle Krise sind Vorfälle von verletzenden Verhaltensweisen und dass die betreffende Person nicht einsieht ihr Verhalten zu ändern, was dazu führt, dass andere wiederum nicht mehr mitmachen können. Es wurde versucht das Problem mittels einer Intervention zu lösen, aber auch das ist gescheitert, da das verletztende Verhalten gegenüber Einzelpersonen fortgesetzt wurde. Die

grbl-Liste "(offene Redaktions-Mailingliste - Anm. d. Red.)" ist weiterhin ein unangenehmer Ort, über den mehrere Leute nicht mehr kommunizieren können.

Auch ein Gesprächsangebot (selbstkritisch, miteinander und im Dialog) wurde nicht wahrgenommen. Es haben sich nur 2 Leute hierfür bereit erklärt, nicht aber die betreffende Person. Wir befinden uns daher in einem Patt, in dem es nicht mehr möglich ist, miteinander zu reden, aber sich auch nichts am Umgang miteinander ändert.

Das Projekt ist aktuell nicht mehr arbeitsfähig. Mehrere Leute haben geäußert, dass es so nicht weiter geht. Deshalb betrachten wir das grüne blatt als OFFENES Medium als gescheitert; aber Einige werden als solidarisches Kollektiv einen Neuanfang wagen.

6. August 2017

Meine Wahrnehmung des Konfliktes im grünen blatt

reka Die Ursache des Konflikts ist das verletztende Verhalten einer Person gegenüber Anderen, woraufhin ein Mensch sich nicht mehr in der Lage sah an dem Projekt teilzunehmen. Das verletzende Verhalten in diesem Fall ist vor allem als "Gaslighting" bekannt (Kompositum aus engl. gas und lighting, dt.: „Gaslichtern"). Das ist eine Form von psychischer Gewalt, mit der Opfer gezielt desorientiert und manipuliert werden und ihr Selbstbewusstsein allmählich deformiert bzw. zerstört wird (siehe z.B. Wikipedia). Die so verletzte Person hat dies nicht mehr ausgehalten und konnte so an dem Projekt nicht mehr teilnehmen, weshalb es auf Grund dieses Verhaltens auch kein Offenes Projekt mehr war und das Zeitungsprojekt für Monate gelähmt und nicht arbeitsfähig war.

Selbst die Versuche zur Rettung des Projekts durch Intervention und einberufene Treffen wurden von dem Täter ignoriert und das Projekt nur weiter öffentlich diffamiert, so dass sich Teile des Redaktionskollektives dazu gezwungen sahen, um die Arbeitsfähigkeit des Projekts wieder herzustellen, das Prinzip der Offenheit in diesem Projekt zum Scheitern zu erklären. Zum Schutz der Menschen in diesem Projekt vor psychischen Übergriffen hat sich nun ein Redaktionskollektiv zusammen gefunden, dass sich statt des Prinzips der Offenheit, den Prinzipien des solidarischen, reflektierten und selbstkritischen Umgangs miteinander verschrieben hat, wodurch ähnliche Vorfälle in Zukunft vermieden werden sollen. Ich sehe das Projekt grünes blatt deshalb nicht als gescheitert an, sondern es hat sich weiterentwickelt. Gerade bei emanzipatorischen politischen Projekten, wo viele verschiedene Menschen zusammen kommen und versuchen eigene Ideale schon heute zu leben und praktisch umzusetzen, ist es doch normal, dass durch "trial and error" Verschiedenes im Sinne einer freien, hierarchiekritischen Gesellschaft probiert wird, aber mensch auch die Stärke und den Mut besitzen sollte, einzusehen, wenn bestimmte Ideen oder Ideale sich theoretisch nett anhören, aber so nicht realisierbar sind, weil Menschen nun mal Ecken und Kanten haben...

Wer so offen ist, kann nicht ganz dicht sein
- oder eine weitere Geschichte des Scheiterns -

jes Das Projekt „grünes blatt" hat vor ein paar Jahren ein Experiment gestartet. Die am meisten Aktiven wollten das Konzept von offenen Räumen auf die Zeitschrift übertragen. Dabei war die Euphorie für offene Räume hoch, die Probleme wenig präsent und so wurden sich auch keine Gedanken gemacht wie den Problemen von offenen Räumen umgegangen werden kann und ob es eigene Ideen für Projekte geben muss die nicht in physikalischen Räumen stattfinden. Dieser Artikel ist nur eine Perspektive auf die Folgen dieser Entscheidung an welcher der Autor selbst beteiligt war. Dabei geht es mir nicht um Schuldzuweisung sondern um eine subjektive Analyse und Erklärung der Situation in der Hoffnung das selbst unser Scheitern anderen Helfen kann, offenere Projekte zu entwickeln.

Offene Räume

Die Ideen der „offenen Räumen" klingen meist sehr simpel. Es soll Räume geben die für jede*N (oft auf Menschen beschränkt) offen stehen. Das bedeutet das es weder Zugangsbeschränkungen noch Ausschlussmöglichkeiten geben soll. Ein „offener Raum" soll ein Experiment innerhalb der Gesellschaft sein, in dem andere Regeln, nämlich Keine bestehen.

Was in der Theorie nach Freiheit klingt hat sich in den reel existierenden Projekten meist zu einer „Diktatur" der Stärksten entwickelt. Dabei sind die genauen Ausprägungen der „Stärke" so unterschiedlich wie die Projekte. Manche Menschen halten einfach mehr aus als andere, wieder andere haben weniger Skrupel und noch andere können sich besser organisieren. Interessanterweise haben sich in den Projekten aber fast immer Menschen durchgesetzt die auch in im Mainstream durchsetzungsfähig sind. Ein „offener Raum" der von Menschen dominiert oder auch nur aktiv genutzt wird, die sonst keine Räume in der Gesellschaft haben ist mir unbekannt.

Das größte Problem das in offenen Räumen besteht ist meiner Meinung nach die Gefahr von übergriffen jeglicher Art. Sowohl physisch wie psychisch. Darin unterscheiden sie sich nicht vom Rest der Gesellschaft. In der etablierten Gesellschaft soll Repression die Menschen vor diesen Übergriffen schützen. Dies gelingt auch zu einen gewissen Grad, bringt aber gleichzeitig neue Übergriffe, meist vom Staat mit sich.

Als Gegenentwurf gibt es für offene Räume die Idee einer direkten Intervention. Dabei soll jedoch nicht gegen ein Wesen sondern gegen ein Verhalten Interveniert werden ohne anderes Verhalten oder die Nutzung des Raumes für irgendjemand zu verhindern. Wie das möglich sein kann ist mir schon immer etwas un-

klar geblieben, insbesondere weil von manchen VertreterInnen der „offen Raum“ Idee gefordert wird, keinerlei Machtmittel in Rahmen einer Intervention einzusetzen. Dabei wird aber übersehen das ohne jegliches Machtmittel eine Intervention erfolglos bleiben wird, wenn die Menschen die übergriffig sind sich nicht ändern wollen oder können.

Die Geschichte vor dem Konflikt

Die Idee des offen Raumes im „gruenen blatt“ ist genau so gelaufen wie in den meisten offenen Räumen. Wenige Menschen haben das Projekt dominiert, andere immer weniger kommuniziert. Es wurden diverse Machtmittel eingesetzt, die aber informell blieben und schwer zu greifen waren. Im Gegensatz zu offenen Raum Projekten die in physikalischen Räumen stattfinden hat dies meist nicht zum kompletten Verlassen der Personen geführt, sondern es möglich gemacht das sie immer noch soweit sie wollten oder konnten an unauffälligen Stellen weiter mitgemacht haben.

Das war zum einen gut, hat aber zum anderen dazu geführt das die Konflikte weniger sichtbar wurden. Der Umgang auf der Mailingliste des Projektes „grünes blatt“ war aber für viele so hart das Viele die an dem Projekt interessiert waren kaum noch über die Liste kommunizierten, oder sie gleich komplett verlassen haben.

Das Projekt konnte so existieren, aber einige Menschen sind „verschwunden“ ohne das es groß aufgefallen ist und die übriggebliebenen haben das Projekt immer mehr dominiert. Gerade für „Neue“ Interessierte war das Projekt auf die Weise uninteressant. Das hat auch dazu geführt das einige Menschen immer mehr im Projekt gemacht haben. Teilweise aus Notwendigkeit, teilweise aber auch um den Raum den das Projekt gibt optimal für sich zu nutzen. Meiner Wahrnehmung nach leider ohne viele Gedanken darauf zu verwenden ob es für alle im Projekt und darüber hinaus gut so ist.

Der Konflikt

Im Frühjahr diesen Jahres ist dann einer der unterschwelligen Konflikt eskaliert. Der Auslöser des akuten Konfliktes war eine nicht vorhandene Absprache, aus der mindestens eine Person etwas abgeleitet hat was das Projekt „grünes blatt“ als solches in Gefahr gebracht hat. In einem gut funktionierenden Projekt, wäre es keine so große Sache gewesen und selbst in dem schon angeschlagenen Projekt, wurde eine Notlösung gefunden welche das unmittelbare Ende des Projektes verhindert hat. Die Auseinandersetzung über diesen Streit hat aber dazu geführt das diesmal Menschen die für das Projekt in der jetzigen Form Notwendig waren weil sie den Großteil der lebenswichtigen Arbeit verrichtet haben nicht mehr mitmachen wollten. Das Projekt wäre somit zu Ende gewesen. Alleine der Schlagabtausch darüber auf der Mailingliste war so hart das mehrere Menschen gegangen sind, unter anderem weil sie psychische Reaktionen von den psychischen Übergriffen, Unterstellungen und Beleidigungen die auf der Liste immer heftiger wurden, gezeigt haben. Der Wunsch der meisten nach einer Deeskalation durch z.B. Mediation wurde leider von mindestens einer Person nicht geteilt. Diese argumentierte meiner Wahrnehmung nach das sie aufgrund der Definition eines „offenen Projektes“ nicht dazu verpflichtet ist und wenn andere den IST-Zustand nicht aushalten eben das Projekt verlassen müssen. Es wurden zwar praktische Lösungen angeboten, zum Beispiel durch Kommunikation über Dritte, aber gleichzeitig mitgeteilt das sie Übergriffe nicht aufhören werden.

Die Intervention

Da ich der Meinung bin das ein Raum in dem nur noch Menschen sein können, die alles aushalten, kein offener Raum ist, habe ich Interveniert. Erst mit Worten, als dies aber keinen Erfolg hatte mit einem Machtmittel. Als Mit-Administrator habe ich angekündigt alle Mails die verletzend sind für diejenigen die es wollen zu Zensieren. Gleichzeitig aber auch angeboten das ich auch Denjenigen welche alle Mails lesen wollen, diese Möglichkeit gebe, indem ich die Mails die ich zensiere AN sie weiterleite (was mir aufgrund eines Fehlers, bei einer Mail teilweise misslungen ist).

Die Reaktion darauf war von beiden „Seiten“ mich anzugreifen. Die „Verletzten“ fanden das ich nicht genug Zensiere, weil sie noch immer durch die Mails die ich nicht zensiert habe verletzt wurden, der „Verletzende“ fühlte sich nun durch meine Intervention verletzt, bestand auf seinen Recht weiter zu Verletzen und sah in der Intervention nur den willen von mir meine Postion gegen andere Durchzusetzen, also in Herrschaft um der Herrschaft willen. Meine Hoffnung, den „Verletzenden“ durch die Intervention entweder zu einer Konfliktlösung zu bekommen oder wenigstens die anderen vor weiteren Verletzungen zu schützen, erwies sich als doppelter Irrtum.

Die LosLösung

Da die Intervention nicht gelungen ist, wurde von den meisten Aktiven angeregt entweder ein völlig neues Projekt zu gründen oder aber die Verletzende Person per Machtmittel aus den Projekt rauszuschmeißen. Mit beiden haben sich die meisten schwer getan, letztendlich haben wir uns aber für den zweiten Weg, den Ausschluss entschieden. Damit müssen wir feststellen, das Experiment ist gescheitert.

Ich selbst fühle mich damit nicht gut. Und ich habe auch das Gefühl das niemand von der Lösung begeistert ist. Im Gegenteil, die Euphorie ist verschwunden, aber die alternative das eine Person durch ihr Verhalten das Projekt einfach kaputt machen kann erscheint mir sogar noch schlimmer. Einzelne Menschen haben nicht das Recht andere Menschen kaputt zu machen. Wenn das in offenen Räumen erlaubt sein soll, möchte ich keine offenen Räume mehr haben. Leider sind damit die Probleme des Projektes mit seinen formellen und informellen Machtstrukturen und Dominanzen keineswegs gelöst. Es verschafft denjenigen die Weitermachen nur eine Atempause um neue Ideen zu entwickeln ein partizipatives Medium zu schaffen. Wie es ausgeht ist im Moment leider noch ungewiss.

Resümee

Das Projekt „grünes blatt“ ist als offenes Projekt gescheitert. Ob es anders gegangen wäre weiß ich nicht. Die Beteiligten haben es nicht hin bekommen und niemanden ist ein Lösung für alle eingefallen. Gerade wenn Menschen nicht auch sozial kooperieren wollen und einen Ego-Anarchismus vertreten, der davon ausgeht das jeder Mensch die selben informellen Machtmittel hat und da-

her ein fairer Kampf alle gegen Alle gut ist, kann kein Raum entstehen der wirklich offen ist. Weder als Virtueller Raum, wie man in unzensierten Foren sehen kann, in denen Verletzungen von ForenteilnehmerInnen eher die Regel als die Ausnahme ist, noch in physischen Räumen.

Die Menschen sind nun mal unterschiedlich „mächtig“ also muss man gerade auf die Rücksicht nehmen die benachteiligt sind. Das schon vor den Konflikt im Projekt nur noch wenig benachteiligte Menschen teilgenommen haben spricht hierbei Bände. Meine neue Hoffnung ist es nun das aus dem grünen blatt ein Projekt wird das offener ist als das alte, obwohl es nicht mehr als „offen“ Definiert ist. Und ich hoffe das möglichst viele Menschen (vielleicht ja auch ihr) daran teilnehmen werden, die bereit sind auch auf die psychiche Gesundheit ihrer MitstreiterInnen zu achten.

Emanzipation oder Mackerfights? Ein Problem offener Räume

dr Kurz umrissen: Die Redaktion des grünen blattes, ein loser Haufen von Leuten mit sehr unterschiedlich ausgeprägtem Interesse am erscheinen des blattes, sehr unterschiedlich ausgeprägtem Engagement, und sehr unterschiedlicher Übernahme von Verantwortlichkeiten, hatte den Konsens, dass grbl als offenes und hirarchiefreies Medium betreiben zu wollen. Es durfte als ausgemacht gelten, dass keine*r raus fliegt, das alle nach ihrem Gusto sich beteiligen dürfen, und mensch das Blatt auch inhaltlich an emanzipatorischen Zielen ausgerichtet wissen wollte. Gleichzeitig wurde auf feste Regeln verzichtet, alles sollte jederzeit verhandelbar sein. Die Idee des “offenen Raumes“ war maßgebend. Nun ist ein Redaktionsmitglied faktisch rausgeworfen worden, andere sind ausgestiegen, und die Verbleibenden arbeiten an einer Art Satzung, die ein Rahmen für das zukünftige Zusammenarbeiten darstellen soll. Das fiel nicht unbedingt vom Himmel, die Zusammenarbeit einzelner Menschen war schon seit Jahren nicht konfliktfrei, und der Konflikt, an dem alles eskaliert ist, zog sich bis dato auch ein dreiviertel Jahr hin. Für mich interessant ist dieser vor allem, weil er ein Schlaglicht auf ein generelles Problem offener Raume wirft, das so auch andernorts, auch mit anderen Beteiligten, Sprengpotential aufweist und die soziale Unzulänglichkeit des bisher versuchten Konzepts vom offene Raum illustriert.

Das grüne Blatt reiht sich ein in eine Reihen von Erfahrungen, mit „offenen Räumen“, in denen zu beobachten war, wie die Offenheit und Regellosigkeit, gerade die dreistesten, selbstbewusstesten, unreflektiertesten und erfahrensten, bzw. auch diejenigen begünstigt, die einfach schon am längsten am Platz sind, und an der Stelle, an der in der Theorie freie Vereinbarung stehen sollte, einzelne – in der regel männliche – Macker ihren Gestalltungswillen durchsetzen. Der offene Raum müsste eigentlich, um wie theoretisch vorgesehen funktionieren zu können, ausnahmslos von Menschen bevölkert werden, die über ein Maas an Sozialkompetenz verfügen, an Fähigkeit zu verstehen und zu artikulieren, was ihren Interessen zu wider läuft, und zu erkennen und zu begreifen, wo und wie ihr eigenes Handeln andere einschränkt, das seltenst bis nie anzutreffen sein dürfte. Mindestens aber müsste ein Bewusstsein für diesen Mangel, ein Wissen um die eigene und der anderen Unzulänglichkeit in dieser Angelegenheit da sein, mit dem dann unter einigen Mühen, eine – persönliche, wie gesellschaftliche – Entwicklung hin zu einer größeren sozialen Verständigungsfähigkeit stattfinden könnte. Das setzte aber den Willen, die Zeit und den Rahmen voraus. Alles drei ist oder war in den mir bekannten „offenen Räumen“ und bei der Mehrheit, der daran beteiligten, nicht vorhanden. Gerade im aktivistisch aktionsorientierten Umfeld, ist der offene Raum eher ein Mittel zum Zweck. Eine Aktionsplattform, zum Beispiel. Oder eben eine Zeitung. Die Entwicklung sozialer Prozesse wurde und wird praktisch nicht einmal mitgedacht, geschweige denn, dass sie den nötigen gewichtigen Stellenwert zuerkannt bekäme. Das mag pragmatisch sein, um schnell einen großen materiellen Output (in Form von Aktionen, oder Zeitungsnummern, etc.) hinzubekommen, aber der Glaube sich dabei in einem „offenen Raum“ zu bewegen, ist glatter Betrug. Die freie Vereinbarung findet am ehesten in Form patriarchaler Mackerkaempfe statt, der Konsens am Ende ist das Ergebnis des Kampfes; Sieg oder Unentschieden nach punkten oder K.O. Meistens das letztere in der Form, dass die Mehrheit der irgendwann einmal Beteiligten, ihre Beteiligung sein lässt und das Weite sucht. Der beat im offenen Raum ist abhängig von dem oder den jeweiligen Alphatierchen, das Resultat entsprechend. In technischer Hinsicht (materieller output, oder auch Stimmung) mal gut bis hervorragend, mal katastrophal, oder alles dazwischen. Für eigentlich soziale Prozesse und für eine umfassende Emanzipation der Beteiligten, für das Abwerfen patriarchaler und kapitalistischer Zuschreibungen, ist jedoch kein Raum. Was im übrigen die Paradoxie des Begriffes vom offenen Raum illustriert. Der Raum selber mag offen sein, aber seine Struktur ist (informell) vorgegeben, was sie der freien Vereinbarung und Offenheit entzieht.

Wenn nun Menschen nicht nur eine Zeitung erstellen oder Aktionen machen wollen, sondern dabei auch bewusst soziale Prozesse gestalten möchten, mehr wollen als die Wahl sich zu fügen oder Mackerfights führen zu müssen, braucht es einen Raum, der das hergibt.

Je nach Lesart, ist das eine Absage an den offen Raum, oder die Forderung nach einem anders gewidmeten. Es ist jedenfalls eine Absage an das Redaktionskollektiv des grünen blattes, wie es bisher existiert hat, und an die sozialen Prozesse dort, wie sie von manchen geführt wurden. Es stellte sich konkret die Frage, wie umgehen mit einem Menschen, der nicht gewillt ist Konflikte anders, denn als Machtfrage zu begreifen, und dementsprechend agierte. Der mit Verdrehungen und Lügen nach innen wie außen um Deutungshoheit kämpfte. Eher nicht aus bewusstem Kalkül, aber dafür umso schamloser und absurder, bis zu der (weit gestreuten) Behauptung, das grüne blatt hätte seinen Verlag, in dem es erscheint, rausgeworfen, was belegen sollte, dass wir ganz böse hierarchisch sind. Letzten Endes, war die Entscheidung einer Gruppe des alten „Kollektivs“ (ak. loser interessierten Haufen) ohne den betreffenden weiterzumachen und für die Zukunft nach transparenteren Modellen des Zusammenarbeitens und des Entscheidungfindens zu suchen.

Dokumentiert: Einladung ohne Antwort

Angesichts dessen, dass es keinerlei Diskussions- oder Analysebeitrag von der anderen Streitpartei innerhalb der Redaktion gab, soll hier kurz die Einladung, die explizit an die Hauptperson des eskalierten Streites wiedergegeben werden:

Hallo XY,

nochmal die Einladung an dich:

In der nächsten Ausgabe vom grünen blatt, die noch nach dem alten Konzept produziert wird, sollte es eine Information über den Konflikt in der Redaktion, zum Konzept und zum Umgang miteinander im Projekt geben, damit auch die Leser_innen wissen, was passiert. Da die Sichtweise ja krass verschieden ist, wäre es unmöglich in einem Artikel einen allen Seiten gerecht werdenden Beitrag zu machen. Daher die Idee, dass alle, die sich im letzten halben Jahr an der Auseinandersetzung in der grbl-Mailingliste beteiligt haben, einen Artikel aus ihrer Sicht verfassen, so dass hoffentlich die verschiedenen Meinungen wiedergegeben werden können.

Würdest du aus deiner Sicht bitte ebenfalls etwas zur Problematik schreiben? - Ob du nun die Verhaltensweise der Beteiligten kritisieren möchtest, das offene Konzept analysieren oder aus anderem Blickwinkel deine Meinung zu den Vorgängen kundtun würdest - alles wäre wertvoll!

Die Frist, bis zu der die Texte da sein müssen, ist der 1. Oktober, weil es dann nach dem Wochenende in den Druck gehen soll und vorher noch das Endlayout dieser Artikel zu machen ist. Bedingung für die Beiträge ist, dass keine Namen genannt werden und dass ein Maximum von 10.000 Zeichen einschließlich Leerzeichen pro Artikel nicht überschritten wird.

Bitte sende deinen Beitrag bis 1.10.17 an mail@gruenes-blatt.de.

(E-Mail, September 2017)

Dokumentiert: Diffamierung statt konstruktiver Debatte

*Es gab zwar keinen Artikelbeitrag der Streitperson für diese Dokumentation des Redaktionskonflikts im grünen blatt, allerdings hat diese in ihrem Newsletter folgende Behauptungen über das Zeitungsprojekt verbreitet. Die Reihenfolge der Vorgänge sowie die Zusammenhänge von Ursache und Folge der Aggressionen gegen die Kritiker*innen werden in verkehrter Form wiedergegeben. Von Projektwerkstatt und SeitenHieb-Verlag war in der Auseinandersetzung nie die Rede gewesen, geschweige denn von jemandem postuliert die sollten ausgeschlossen werden. Vielmehr war ein Interesse an weiteren inhaltlichen Beiträgen der betreffenden Person für das Zeitungsprojekt mitgeteilt worden. Ergo: Keine Bereitschaft zur Problemklärung/-lösung, keine Selbstkritik, dafür Verbreitung verfälschter Informationen:*

"Das Umweltmagazin "grünes blatt" ist als offenes Medium geschlossen worden. Das geschah von einer Teilgruppe der Redaktion, die eigenmächtig eine unerwünschte Person auf der internen Mailingliste zensiert hat und dann, nachdem der dadurch zu einem Machtkampf gewandelte Streit um interne Arbeitsstrukturen auch wegen dieses bereits vollzogenen Machtdurchgriffs nicht gelöst werden konnte, einfach die Zeitung für nicht-mehr-offen erklärt und übernommen hat. Wer logisch denken kann, begreift natürlich sofort, dass dann, wenn ein Teil einer Redaktion handstreichartig eine Struktur schließen kann, diese auch nie wirklich offen war. Aber das kann letztlich egal sein. Ich wünsche der neuen Truppe Erfolg bei einer hoffentlich inhaltlich guten Zeitung - aber mit hierarchiefreien Projekten hat das nichts mehr zu tun. Projektwerkstatt und SeitenHieb-Verlag sind ohnehin ja rausgeworfen, aber so sind wir auch nicht mehr scharf drauf ..."

(Auszug aus: "Newsletter bundesweit (Sept. 2017)" vom 17. September 2017)

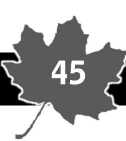
Brief einer

„Krass und bitter“ hieß euer Newsletter nach dem G20. Und was ich da in meinem Postfach fand war wirklich krass und bitter. Aber nicht auf die Art wie ihr es gemeint habt. Es fängt schon damit an, dass ihr ernsthaft die Frage stellt, ob die Demoverbote der Polizei zum G20 angesichts der Geschehnisse vielleicht richtig waren. Und Kritik daran falsch. Ist das wirklich die Welt für die ihr eintretet? Eine Welt in der die Erwartung von Ausschreitungen es rechtfertigt die Versammlungsfreiheit abzuschaffen? Ja, offenkundig ist es das. Um es mit euren Worten zu sagen: Bitter. Auf mich wirkt das, als hättet ihr jeden Glauben an eine bessere Welt verloren. Ihr seid stecken geblieben in der Illusion, es sei eine wirkliche Veränderung der Welt die zehnte Nachkommastelle etwas korrigiert zu haben und habt offenkundig mittlerweile erfolgreich verdrängt, dass eine ganz andere Gesellschaft möglich und nötig ist.

In einer parlamentarischen Demokratie gäbe es keine sinnvolle Militanz und Zerstörung, so schreibt ihr weiter. Ward ihr nicht selbst vor ein paar Jahren daran beteiligt, Gentechnikpflanzen zu zerstören? Nicht in eurer Funktion bei campact, aber als Privatpersonen. Dass die Formulierung des *„Gentechnikfelder Befreiens“* dafür gewählt wurde, ändert in der Sache nichts daran, dass es sich um eine überlegte und gezielte Zerstörung handelte. Ihr werdet jetzt sofort sagen, das sei etwas ganz anderes, das ist mir klar. Aber sind wir damals nicht ebenso als *„anmaßend“*, *„dumm“* und *„kriminell“* bezeichnet worden? Und war das damals nicht ebenso falsch wie es das heute bei euch ist?

„Zum Auftakt des Klimagipfels planen wir zusammen mit unseren Partner/innen eine Großaktion mit vielen tausenden Menschen. Am gleichen Wochenende wollen die Aktivist/innen von EndeGelände symbolisch die Bagger im Rheinischen Kohlerevier anhalten. Wir finden: eine mutige Aktion des Zivilen Ungehorsams. Denn sie ist vorher öffentlich angekündigt und gewaltfrei. Sie weist mit einer symbolischen Regelverletzung auf einen massiven Missstand hin, da andere legale Protestformen nichts gebracht haben.“

Ihr benutzt *„kriminell“* erst als Abwertung, um euch dann an anderer



Anti-G20-Aktivistin an campact

Stelle explizit positiv auf eine Kampagne zu beziehen, deren Handlungen jedenfalls in den vergangenen Jahren massenhaft als Straftaten betrachtet wurden. Kriminell werden wir gemacht und ihr solltet das wissen. Das mitzuspielen und statt mit Argumenten mit der Kategorie *„kriminell“* zu arbeiten hilft den Falschen. Ihr werdet erwidern, bei Ende Gelände würden die Menschen offen agieren. Aber da belügt ihr euch. Die Vermummung mit weißen Ganzkörperanzügen und Staubmasken und das massenhafte Verweigern der Personalienangabe, gerade um unerkannt zu bleiben, waren ein wichtiger Bestandteil der Ende-Gelände-Massenproteste in den letzten Jahren. Werfen wir mal einen Blick darauf, was ihr gewaltfrei nennt: bei Ende Gelände 2015 wurden Polizeiketten gezielt, offensiv und in körperlicher Auseinandersetzung sowie unter massivem Pfeffereinsatz der Polizei durchbrochen. Da war nichts mit nett *„umfließen“*. Es scheint so, als ob der Begriff gewaltfrei immer dann gewählt wird, wenn er einem selber in die Schuhe passt. Soziale Unruhen entstehen nicht aus heiterem Himmel, weil einige Leute Bock darauf haben mal ein paar Läden zu öffnen und Steine zu schmeißen.

Eure Feststellung, andere legale Protestformen hätten im Braunkohlewiderstand nichts gebracht, ist offenkundig korrekt. Daraus allerdings die Legitimität der Ende-Gelände-Proteste in expliziter Gegenüberstellung mit den G20 Protesten abzuleiten erscheint mir an den Haaren herbeigezogen. Was haben denn die legalen Gipfelproteste der letzten Jahrzehnte in eurem Sinne gebracht, was es legitimieren würde, hier auf den legalen Weg zu setzen und illegale Handlungen derart zu diskreditieren? Eure Aufteilung in guten und bösen Widerstand kotzt mich an!

„Fehlverhalten“ der Polizei schreibt ihr. Tausende Bewaffnete, die in mehreren Situationen nachweisbar anlasslos auf Menschen einprügeln, denen kein Fluchtweg offen steht und diese Menschen mit Wasserwerfern, CS-Gas und Pfefferspray eindecken sind also *„Fehlverhalten“*. Ich hatte verdammt nochmal Angst um meine Mitdemonstrierenden als sie von hohen Mauern getrieben wurden oder hilflos auf der Straße lagen nach den Angriffen. Eine Person lag tagelang im Koma. Menschenleben zu gefährden ist also *„Fehlverhalten“*, aber einen Supermarkt zu öffnen, die Lebensmittel in Kisten zum Verschenken vor die Türen zu stellen und der Forderung *„alles für alle“* zumindest ein paar Stunden etwas reales zu geben und Umverteilung zu leben ist *„kriminell, anmaßend und dumm“*? Dumm... was ist das überhaupt für eine Unterstellung? Als würden sich Menschen, die sich entscheiden, Barrikaden anzuzünden keine Gedanken darüber machen. In welchem Verhältnis steht diese harte Wortwahl zu den Worten die sonst gefunden werden, um zu kritisieren? Werfen wir einen Blick darauf, wie ihr sonst formuliert: Wenn die deutsche Bank für Regenwaldzerstörung kritisiert wird, finden sich keine solchen Vokabeln. Im Gegenteil *„Mit Ihrer Unterstützung können wir die Deutsche Bank überzeugen, die Finanzierung zu beenden.“* heißt es dann. Was ist denn das für eine ekelerregende Ambivalenz?

Dumm also? Wurde *„Der kommende Aufstand“* nicht in den Feuilletons auch renommierter Zeitungen rauf und runter besprochen? Sind die nun auch *„dumm“*? Oder drückt ihr euch nicht vielmehr durch eure wie ich finde viel zu plumpe und simple Diskreditierung vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken von ernst gemeintem radikalen gesellschaftlichen Wandel?



Ich erwarte nicht, dass ihr aufständischen Thesen zustimmt. Aber sie zu belächeln und ihnen politische Überlegung und Überzeugung kategorisch abzusprechen ist ein klassiches Herrschaftsinstrument. Mächtige ignorieren, diskreditieren, belächeln, reden klein, sprechen dem Politischen seinen politischen Charakter ab. Geschichtlich finden sich jede Menge vergleichbarer Situationen, ich denke beispielsweise an den hämisch-belächelnden Umgang mit Feministinnen wie beispielsweise den Suffragetten.

Euer Glaube an den hiesigen Parlamentarismus und die G20 als mögliche Problemlöser statt -auslöser erscheint mir von kaum überbietbarer Naivität wenn ihr beispielsweise schreibt:

„Bewusst haben wir als Campact uns nicht der plakativen Botschaft "No G20" angeschlossen. Gerade in so krisenhaften Zeiten wie den jetzigen halten wir es für zentral, dass Staatschefs miteinander reden.“

oder auch

„Wer Trump, Putin und Erdogan, wer Autokraten und Antidemokraten zu sich einlädt, der sollte ihnen sagen: Schaut her, bei uns werden Demos nicht verboten. Hier werden friedliche Demonstranten nicht verprügelt - auch wenn wir wehrhaft gegen Gewalttäter vorgehen. Für uns sind Grundrechte das höchste Gut - und wir sind stolz darauf. Wie soll nach den Tagen von Hamburg eine Bundesregierung noch Erdogan und Putin kritisieren, wenn sie auf friedliche Demonstrant/innen einschlagen lassen? Beide werden diebische Freude an den Bildern von Hamburg haben.“

Was ihr damit vollkommen verkennt ist, dass Demokratie eine modernere und aus Sicht der Herrschenden schlauere Form politischer Organisierung darstellt, eben weil es gelingt, Menschen die Illusion von Mitbestimmung zu geben. Dass Herrschaft auf anderen Ebenen stattfindet, subtiler ist, sich anders ausdrückt ist kein Beleg für ihre Abwesenheit. Wer für Unabhängigkeit, Dezentralität und Selbstorganisierung eintritt ist auch in parlamentarischen Demokratien notwendigerweise immer in dauerndem Widerspruch zur herrschenden Politik.

„Mit uns habt ihr nichts gemein.“ so schreibt ihr. Doch, das habt ihr und ihr wisst es auch. Und ich glaube, das macht euch Angst. Weil ihr auf dem besten Weg seid, handzahme Bundestagsabstimmungsberater zu werden und wisst, dass ihr eigentlich von woanders kommt. Dass ihr immer geglaubt habt, ihr würdet eben mit anderen Mitteln kleine Schritte in die gleiche Richtung gehen wie entschlossenere Teile des Widerstands hat euch blind gemacht für eure persönliche Veränderung und eure gnadenlose Anpassung.

Hanna Poddig

Der bunte Umsonstzug

jb **Nach dem Riesenerfolg zum Auftakt Anfang April wollen Gießener Aktivist*innen nun monatlich zum Umsonst-Umzug nach Gießen einladen. Fast 100 Menschen waren am 5. April gekommen, um aus Fahrradhängern, Einkaufswägen, Bücherregalen und von Kleiderständern alles Mögliche zu verschenken, was in dieser Gesellschaft an Überfluss entsteht. Doch der bunte, laute und auffällige Umzug war nur der Aufhänger. Es ging um mehr...**

"Ohne Preise, Besitzdenken und ständiger Jagd nach Profit ist das Leben schöner" lautete ein Motto mehrerer Gießener Gruppen, die zusammen alle Menschen einluden, in Gießen das zu verschenken, was sie übrig haben - und das zu nehmen, was sie brauchen. Die Aktivist*innen retteten schon am Vorabend in einer öffentlich angekündigten Containernacht selbst Lebensmittel aus dem Müll. Zudem füllten sie Regale und Einkaufswagen mit Büchern und Kleidung. Der bunte Umzug war formal als Demo angemeldet, so dass sehr unterschiedliche Ideen hinzugefügt werden konnten. Nach den ersten beiden Umzügen im April und Mai steht nun fest: Das Ereignis soll regelmäßig in Gießen zu einem Treffpunkt für Nehmen und Geben, aber auch für politische Forderungen und Aktionen werden. Neben dem Verschenken sind Musik, Theater, Tanz, Flyerverteilen, performative Darstellungen, Kreidemalereien und vieles mehr erwünscht. Die Organisator*innen verteilen Infoflyer zu Essensverteilung, Umsonstläden und anderen Anlaufpunkten in Gießen. Mit Aktionen, Redebeiträgen und politischen Songs soll ein starkes Ausrufezeichen gegen Massenproduktion, Ressourcenverbrauch, Reichtumsgefälle, Wegwerfen und Konsumstress gesetzt werden. "Wir sind keine Caritas auf Demonstration, sondern fordern eine Welt, in der alle Menschen genug zum Leben haben - und gerade Deutschland Land und Rohstoffe den Menschen zurückgibt, deren Länder es ausbeutet, um hier vieles davon wegzuschmeißen." Ein*e andere Demonstrant*in verkündete durch das Mikrofon am mitgeführten, solarbetriebenen Soundsystem: "Wir wollen nicht die herunterfallenden Brotkrumen von den Tischen der Reichen und Mächtigen besser verteilen, sondern die Tischsitten ändern!" Eine neue Idee für Auswärtige ist, auch die Anfahrt gratis zu gestalten per Aktionsschwarzfahren, also der "Umsonstzug zum Umsonstzug".

Bilder, Berichte und die neuesten Termine gibt es auf facebook.com/umsonstzug.

Interview mit einem, der mitorganisierte

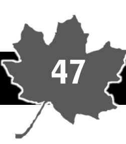
Wer sind die Organisatoren?

Wir organisieren uns in einer Gruppe, die aus Einzelpersonen besteht, oder aus kleineren, schon bestehenden Gruppen. Das Foodsharing-Projekt wird zum Beispiel einen großen Teil des Zuges bilden und die "Free School" ist auch mit dabei. Es wird Musik gemacht und getanzt. Die Besonderheit ist, dass ganz viele Gruppen dabei mitmachen können und selbst Sachen vorbereiten und wir denen die Plattform bieten, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir haben keine Regeln, wer mitmachen darf und wer nicht. Wir sind offen für jeden und auch eine Voranmeldung ist nicht zwingend nötig, weil das auch die Hemmschwelle herabsetzt. Wir wollen niemanden ausgrenzen. Wir wollen zeigen, was es in Gießen schon für tolle Sachen gibt und vielleicht andere Menschen erreichen, die sonst wenig von diesen Angeboten wissen. Der Seltersweg ist da als Einkaufsstraße perfekt, weil wir wirklich jeden dort antreffen.

Worauf wollen Sie mit der Demo aufmerksam machen?

Ich denke, alle Leute, die da mitmachen, haben keine Lust mehr in einer Gesellschaft zu leben, in der es nur noch um Konsum geht, in der durch den ständigen Konsumzwang ganz viele Ressourcen verschwendet werden und in der für viele Leute das Leben auch nicht so einfach ist durch das Reichtumsgefälle und die damit verbundene Armut. Wir wollen das Ganze aber nicht einfach nur anprangern oder uns darüber beklagen, sondern zeigen, dass jeder etwas ändern kann und sich kleine Freiräume in seinem Alltag schaffen kann, um dem zu entfliehen. ...


Ca. 100 Menschen schoben Einkaufswagen, rollende Bücherregale und die großen Foodsharing-Fahrradhänger.



Wir werden vielleicht Lieder über unsere Musikanlage spielen und Ansagen machen, um die Leute zu unterhalten. Außerdem haben wir an jeder Kreuzung eine kleine Zwischenkundgebung angemeldet. Das Mikrofon ist offen für alle. Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, dass nur eine Person die eine richtige Meinung propagiert.

(Auszug aus Gießener Anzeiger, 3.4.2017, Link auf 242.blogsport.de unter Presse)


Containerte Lebensmittel wurden stilecht aus der Mülltonne serviert.

Interview: Lebensmittel aus dem Müll rausfischen

Wegwerfen ist nur ein Symptom

jb **Wir haben ein Interview mit zwei Personen geführt, die in Gießen regelmäßig "containern", also Lebensmittel aus den Mülltonnen von Supermärkten retten. Die Namen sind verändert.**

Seit wann geht ihr containern?

Kai P.: Wir sind noch nicht lange dabei, vielleicht ein dreiviertel Jahr, anfangs noch etwas schüchtern und vermummt, jetzt doch etwas selbstbewusster. Beim ersten Mal war es schon eine Überwindung. Aber ist alles nur im Kopf. Jetzt fühlt es sich eher an wie Pilze sammeln, man ist halt nie sicher, wie viel man findet.

Claudia M.: Im Moment gehen wir so 3x die Woche, davon 1x als Rundtour, wo wir mehrere Märkte ansteuern.

Kai: Anstoß war die Globale Mittelhessen Januar 2016, dort haben wir uns fast jeden Abend globalisierungskritische Dokumentarfilme angesehen und auch Leute aus verschiedenen alternativen und linken Kontexten kennengelernt. Nicht, dass wir uns vorher keine Gedanken gemacht hätten, aber dann hat es endlich dazu gereicht, nicht mehr einfach wie vorher weiterzumachen, sondern den Arsch hochzukriegen. Seither haben wir in unserem Leben einiges geändert und dann also auch mit dem Containern angefangen.

Was sind eure Beweggründe?

Claudia: Hauptpunkt für mich ist der Ausstieg aus dem Konsumwahnsinn, Protest gegen das Wegwerfen von einwandfreien oder nur leicht angemackten Waren.

Kai: Es ist doch glasklar: Die ganze Welt geht - immer mehr und immer schneller - vor die Hunde, wenn nicht eine radikale Änderung unseres Verhaltens stattfindet, also auch im Bereich der Nahrungsmittelorganisation. Allein hier in Gießen wird endlos viel Nahrung in den Müll geworfen, Essbares, für das anderswo unter oft miserablen Bedingungen für Kleinstentlohnungen gebuckelt werden muss. Damit das hier von unserer Westwerte-Gesellschaft dann in die Tonne gekloppt wird? Wir haben keine Lust mehr, uns von irgendwelchen skandalösen Gesetzen einschüchtern zu lassen. Ein großer Teil der Lebensmittelindustrie dient einfach nicht den wirklichen Bedürfnissen der Menschen. Das wollen wir nicht länger unterstützen, indem wir dort einkaufen.

Claudia: Es geht doch kaum klarer: Es ist ein ganz übler Missstand, dass wir jederzeit von Kriminalisierung bedroht sind, wenn wir uns an die Container machen, die noch zugänglich sind. Noch übler ist nur, dass hier zur Vernichtung vorgesehene Waren von den meisten Discountern und Supermärkten weggeschlossen werden, damit kein Containerer mehr dran kommt.

Warum landet so viel Essen, das noch verwertbar ist, im Abfall?

Claudia: Da spielen sicher mehrere Dinge hinein: Zum einen sind viele Konsumenten durch Dauerberieselung mit Werbung, die Charakterdefekte wie Gier, Neid, Egozentriertheit, Sucht, Missgunst und Prahlerei kultiviert, abgestumpft und verblödet. Die schmeißen ja selbst Bananen weg, weil eine kleine braune Stelle dran ist, hab ich ja früher auch so gemacht. Kaufen würden sie sowas schon gar nicht, also kann der Supermarkt das auch nicht im Regal lassen. Aber das hört sich jetzt so an, als seien die Werbefuzzis und die Endverbraucher schuld. Schuld ist aber kein gutes Konzept. Das ganze System ist falsch und das Wegwerfen der Lebensmittel ist nur ein Symptom, genau wie Knäste, Psychiatrien, Umweltzerstörung etc. pp. In dieser kranken Logik stellen die Märkte das dann auch nicht, wie man es ja - Naivität vorausgesetzt - in einer Gesellschaft mit auf christlichen Wurzeln aufbauendem Selbstverständnis erwarten könnte, Bedürftigen und Aussteigern zur Verfügung. Nein, sie haben Angst, dass ihnen dann ein paar Prozentpunkte Umsatz flöten gehen oder unterwerfen sich den firmeninternen Hierarchien und schließen es weg, bis die Müllabfuhr kommt! Armselig.

Welche Lebensmittel kann man in der Regel noch verwerten? Wovon lasst ihr lieber die Finger?

Claudia: Als Vegetarier nehmen wir halt kein Fleisch mit, auch nicht für Freunde. Totes Tier müssen die schon selbst containern. Ansonsten konnten wir das meiste verwerten, was wir aus den Containern holen. Im Winter waren einige Sachen im Container gefroren und schienen noch gut, stellten sich im aufgetauten Zustand aber als ziemlich matschige Pampe heraus, das kam dann halt bei uns in die Biotonne.

Kai: Anfängerfehler eben.

Claudia: Was noch fest verschlossen ist, ist in der Regel auch noch gut. Es ist allgemein bekannt - nehme ich an - dass das Mindesthaltbarkeitsdatum nicht viel über die Verzehrbarkeit aussagt. Für angebrochene und offene Sachen wie Obst und Gemüse konnten wir uns gut auf die naturgegebenen Sinne verlassen, also genau ansehen, dran riechen, betasten. Und gut abwaschen.

Kai: Bisher musste ich noch nichts ausspucken, was wir zubereitet hatten, geschweige denn, dass ich mir

den Magen verdorben hätte. Aber vielleicht kommt das dann auch mal vor. Als ich in den 80ern noch bei McDonalds aß, war das anders, da war mir immer schlecht danach.

Worauf muss man sonst beim Containern achten?

Claudia: Dass man den Mitarbeitern des Marktes keine Arbeit aufhalst, indem man da eine Sauerei hinterlässt, die die dann morgens wegmachen müssen.

Kai: Allerdings bei abgeschlossenen Containern wäre das anders. Da beteiligen sich Mitarbeiter am Vernichten und Unerreichbarmachen von guter Ware, nur weil der Chef das anordnet.

Claudia: Dass man nur so viel mitnimmt, wie man selbst verbrauchen oder an Bekannte verteilen kann, und den Rest für andere Containerer drin lässt. Wir nehmen auch Rücksicht auf Anwohner und lassen die Containerklappen nicht scheppernd zukrachen.

Sind die Container frei zugänglich oder überwindet ihr Zäune und Mauern?

Kai: Momentan sind wir nur bei frei zugänglichen Containern, aber mal sehen, was kommt. Am 10. April ist ein Prozess in Aachen wegen Containern. In diesem Zusammenhang weisen wir hier mal auf eine E-Petition zum Kippen dieses Scheiß-Paragraphen hin, einfach im Netz mal nach "Containern ist kein Verbrechen" suchen. Also wenn das nicht bald umgestoßen wird und Containern somit wie in anderen Ländern straffrei wird, steht unserer Radikalisierung nicht viel im Wege. Dann kommen wir bald mit Zangen, Eisensägen und Hiltis... (lacht)

Ihr engagiert euch also auch politisch, um auf die Nahrungsmittelverschwendung hinzuweisen?

Claudia: Ja. Ab April soll es in Gießen Aktionen bzw. Demonstrationen auf dem Seltersweg geben, wo es um fairteilen gehen soll, da schauen wir sicher mal vorbei. Seit der Globale 2016 engagieren wir uns in einigen lokalen Projekten. Viel Zeit nehmen wir uns momentan noch nicht dafür, da wir immer noch voll im Job stehen. Ob wir da nicht auch am besten aussteigen sollten und die Prioritäten noch mal neu setzen, darüber denken wir immer öfter nach. Aber auch mit nicht so viel Zeit geht doch einiges.

Kauft ihr überhaupt noch Lebensmittel?

Kai: Tja, auch an uns sind das oben erwähnte Werbetrommelfeuer, eingebildete gesellschaftliche Zwänge nicht spurlos vorübergegangen und so erleidet einer von uns in größer werdenden Abständen Heißhungerattacken auf Sachen, die gerade nicht im Container waren. Dann wird auch eingekauft.

Claudia: Wir bilden aber gerade auch ein Netzwerk mit Anderen, die auch regelmäßig containern - und zwar in anderen Märkten, wo eher andere Produkte im Müll landen, das scheint nämlich sehr marktspezifisch zu sein. So können wir einen immer größer werdenden Teil abdecken. Das ist alles total locker und hat auch nichts mit dem Tauschen zu tun, wo jeder darauf achtet, nicht zu kurz zu kommen. Jedenfalls haben wir das Gefühl, dass uns das menschlich und was unsere Wertvorstellungen angeht, alles sehr gut tut.

Habt ihr schon mal Probleme bekommen? Wurdet ihr schon mal von Angestellten oder Passanten angesprochen?

Kai: Naja, was heißt Probleme. Das wäre ja auch nur im ersten Moment ein Problem, wenn die Bullen einen schnappen. Danach müsste sich der Markt entscheiden, eine Anzeige zu erstatten und wir würden dafür sorgen, dass zu dem Skandal zu machen, der er ist: Dass Leute massiven Ärger kriegen, weil sie gute Lebensmittel aus dem Müll retten, weil Markt xy diese anzeigt, kann imagemäßig für die Märkte ganz schön in die Hose gehen, zuletzt ließ tegut ja hier in Gießen die Diebstahlanzeige gegen einen Polit-Aktivisten fallen, der containert hatte. Hatten die Herren Anwälte wohl so empfohlen. Was für ein Justiz-Theater! Nein, ich würde mich erst mal erschrecken, dann aber selbstbewusst entsprechende Gegenmaßnahmen versuchen.

Claudia: Wahrscheinlich haben auch viele Polizisten einfach keine Lust auf so einen Kleinkram und fahren einfach weiter, oder, sie haben verstanden, dass es eigentlich was Gutes ist, was wir machen und übersehen uns. Aber das ist vielleicht zu romantisch gedacht. Als wir anfingen und noch vermummt waren, hat uns sonntagmorgens eine ältere Passantin angesprochen, als wir vollbepackt vom Marktgelände gingen, und uns in ein Gespräch gezogen. Die fand das prima. Ganz schön mutig, so vermummte Gestalten anzuquatschen!

Wie viele Menschen kennt ihr im Gießener Raum, die regelmäßig containern?

Claudia: Regelmäßig? Na so 10 ungefähr.

Kai: Wir sind da die Geronto-Fraktion, die meisten sind Studenten, nehme ich an.

Warum geht ihr ausgerechnet dienstags und freitags containern? Werden an diesen Tagen besonders viele Lebensmittel entsorgt? Gibt es denn Tage (z.B. Tage, an denen die Müllabfuhr kommt), an denen besonders viel entsorgt wird?

Claudia: Nein, das ergibt sich aus dem festen Plan unserer Freizeitaktivitäten nach dem Job. Dienstags und freitags machen wir noch was nach dem Job und kommen dann so spät nach Hause, dass es die ideale Containerzeit für Berufstätige ist. Also Markt-Mitarbeiter sind weg, es ist aber noch nicht so spät, dass man morgens nicht mehr aus den Federn kommen würde. Möglicherweise gibt es da Muster, an welchen Tagen es besser oder schlechter ist, soweit haben wir das aber noch nicht ausgewertet.

Ist in eurem Freudeskreis bekannt, dass ihr containert? Wie reagieren eure Freunde darauf?

Kai: Die Menschen, mit denen ich eine freundschaftsähnliche Beziehung habe, nehmen das hin oder finden das wahrscheinlich gut. Da ich nicht bei Facebook bin, habe ich gar nicht so viele sogenannte Freunde, daher sind solche Beziehungen sowieso an einem Huf, maximal einer Hand abzählbar.

Claudia: Unsere Bekannten, die das wissen, finden das befremdlich, glaube ich, fahren uns, wenn's sich ergibt, aber auch schon mal zum Markt mit dem Auto. Die Verwandtschaft, soweit eingeweiht, ist gespaltener Meinung, respektiert es aber. Was bleibt ihnen auch übrig?

Bürokratie verhindert Entkriminalisierungs-Petition

Bleibt "Containern" strafbar?

jb **Aus Anlass von Strafprozessen wegen "Containerns" in Gießen und Aachen entwarfen Aktivist*innen eine Petition an den Bundestag, um diesen aufzufordern, die Gesetze so zu ändern, dass das Retten von Lebensmitteln und das Wühlen im Sperrmüll nicht mehr strafbar sind. Eingereicht wurde sie am 3. März 2017 und erhielt auch artig eine Nummer: 70376.**





Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Herrn
Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen

Der Ausschussdienst, der die Aufgabe hat, für den Petitionsausschuss Vorschläge zu erarbeiten, hat das von Ihnen vorgetragene Anliegen sorgfältig geprüft. Die Forderung nach Straffreiheit bei Rettung genießbarer Lebensmittel und verwertbarer Sachen aus Mülltonnen und Sperrmüll ist Gegenstand eines aktuellen Petitionsverfahrens.

Sie finden diese auf unserer Homepage www.bundestag.de/Petition unter der **ID-Nummer 69466.**

Ihre Petition wird deshalb als Mehrfachpetition zu dieser Leitpetition behandelt und mit ihr zusammen geprüft.

Sie haben Ihre Petition zudem mit dem Wunsch eingereicht, diese auf der Internetseite des Petitionsausschusses zu veröffentlichen. Aus den oben genannten Erwägungen wird der Ausschussdienst dem Ausschuss jedoch empfehlen, von einer Veröffentlichung Ihrer Eingabe nach Nr. 4 Buchstabe b) der Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen (ebenfalls veröffentlicht unter www.bundestag.de/Petition) abzusehen. Sofern der Ausschuss dieser Empfehlung folgt, erhalten Sie keine weitere Nachricht.

Ausschnitte aus dem Absageschreiben der Bundestagsverwaltung zur Petition.

Dann passierte lange nichts und niemand wusste, was mit der ePetition wegen Container-Kriminalisierung an den Bundestag gerade passiert (Infos und die Formulierung siehe auf 242.blogsport.de). Die vom Bundestag angekündigten drei Wochen Bearbeitungszeit verstrichen, eine Nachfrage führte wochenlang zu keiner Antwort. Die Petition verblieb einfach auf der Liste "unveröffentlicht und ohne Namen". Acht Wochen später kam dann der Brief: Die Petition wird nicht online gestellt. Die Verwaltung will dem Petitionsausschuss auch vorschlagen, so weiterhin zu verfahren. Eine Nachfrage bei der Petitionsausschussvorsitzenden ergab nun: Die Petition wurde abgelehnt, weil in dieser Legislaturperiode bereits eine ähnliche Petition eingereicht wurde. Pro Legislatur wird nur eine "sachgleiche" Petition zugelassen. Unsere Petition fließe demnach in die Bearbeitung der anderen, früher gestellten Petition, ein.

Die Aktivist*innen aus Aachen und Gießen kritisieren diese Regelung. Schließlich können Menschen mit unterschiedlichen Beweggründen ähnliche Petitionen einreichen. So gut wie nie erreichen diese Online-Petitionen das benötigte Quorum von 50.000 Unterschriften, um öffentlich behandelt zu werden. Diesmal waren die Einreicher*innen gut organisiert, hatten verschiedene Organisationen im Rücken und waren zuversichtlich, ausreichend Unterschriften zu sammeln. Daher empfanden sie die Entscheidung des Petitionsausschusses als Schikane.

Neue Strategie, gleiches Ziel - und ab sofort!

Von dem kleinen Rückschlag wollen sich die Container*innen jedoch nicht abhalten lassen! Im September wurde ein neuer Bundestag gewählt. Damit begann auch eine neue Legislaturperiode - und die Petition wurde erneut eingereicht. Das Ganze hat sogar einen Vorteil, denn schon zuvor konnten auf Papier Unterschriften gesammelt werden, die dann mitgezählt wurden. Seit Anfang Dezember 2017 ist die Petition online und bis Anfang Januar bestand dort die Möglichkeit digital zu unterschreiben. Die Unterschriftenlisten auf Papier sollen schließlich nach der "Wir haben es satt"-Demo in Berlin ebenfalls an den Bundestag geschickt werden.

Helft mit! Ladet die Unterschriftenliste von 242.blogsport.de herunter. Sammelt Unterschriften im Freundeskreis, der Nachbarschaft oder im Verein, legt die Liste in Treffpunkten und Läden aus ... und schickt sie bis zum auf dem Blog bekannt gegebenen Termin an uns. Vielen Dank!

(Aktualisierung dieses Abschnittes erfolgte zum Drucktermin durch die Redaktion)



In der Frankfurter Rundschau wurde das Lebensmittel-Wegwerfen mit dem Hunger in Verbindung gebracht.



Homo Ökonomikus

Ich habe schon viele Sachen in meinem Leben „meine Kinder“ genannt. Manche existierten nur auf dem Papier, andere hatten 300 PS und wieder andere waren aus Schokolade. Die habe ich allerdings aufgegessen.

Irgendwann habe ich aber entschieden auch ein eigenes Kind zu besorgen. Ich suchte mir also eine passende Frau, welche die selben Werte vertrat wie ich, und wir setzten uns an die Vorplanung. Da es sich dabei natürlich um einen rechtsgültigen Vertrag handelte, haben wir die ganzen Vertragsverhandlungen aufgezeichnet.

Ich: „Ich würde als Zeugungstermin den 23. November vorschlagen, dann würde das Kind vermutlich im Sommer auf die Welt kommen und wir könnten in ein Land fahren, das günstige Krankenhäuser hat.“

Sie: „Ja, aber wir sollten auch darauf achten, dass man per Geburt in diesem Land die Staatsbürgerschaft bekommt; kann man als Eltern ja auch gut nutzen.“

Ich: „Ja, du hast natürlich Recht. Dann nehmen wir Brasilien. Gute medizinische Versorgung, niedrige Kosten, Staatsbürgerschaft per Geburt und für die Eltern de-facto eine Aufenthaltsgenehmigung.“

Sie: „Ja, Brasilien gefällt mir auch.“

Ich: „Lass uns am besten einen Termin ausmachen, der auf das Ende eines Monats fällt, dann kassieren wir für einen Tag noch Kindergeld.“

Sie: „Aber wenn es sich dann nicht an den Termin hält?“

Ich: „Dann müssen wir wohl in den sauren Apfel beißen. Oder den Arzt schmieren.“

Sie: „Gut, einverstanden. Kommen wir zu den ersten Jahren. Was kaufen wir dem Kind da?“

Ich: „An die ersten Jahre wird es sich später nie erinnern. Also gucken wir, was wir aus den Kleidercontainern raus bekommen. Oder aus irgendwelchen Kleiderkammern. Für Kinder gibt es da immer was.“

Sie: „Und Essen?“

Ich: „Na, wir präsentieren das Kind möglichst vielen Verwandten, damit wir dort zum Essen eingeladen werden. Ansonsten gibt es da sicher was Billiges im Discounter.“

Sie: „O.K., kommen wir zum Kindergarten. Wo soll das Kind da bloß hin?“

Ich: „Wir nehmen einen von einer religiösen Gruppe. Die sind meist günstiger, weil die Menschen sich da besser ausbeuten lassen und nicht streiken dürfen.“

Sie: „Aber wenn unser Kind dann religiös wird?“

Ich: „Da halten wir Zuhause dagegen. Wir machen uns einfach ein bisschen über die lustig.“

Sie: „Das ist eine dumme Idee. Wir suchen uns lieber eine Religion, in der man lernt Vater und Mutter zu ehren. Das macht das Kind später fügsamer.“

Ich: „O.K., einverstanden. Kommen wir zur Grundschule.“

Sie: „Was in der Nähe wäre praktisch, weniger Opportunity Costs.“

Ich: „Aber wir achten darauf, dass es das richtige Umfeld bekommt. Nicht, dass es mit Menschen zusammenkommt, die nicht leistungsbereit sind.“

Sie: „Na ja, dann müssen wir wohl in eine bürgerliche Gegend ziehen.“

Ich: „O.K., kommen wir zur Grundschule. Da können wir sicher irgendwelche kostenlosen Starterkits abgreifen. Und in dem Alter reicht ja auch Billigspielzeug und Billigessen.“

Sie: „Nein, das kostet langfristig doch viel mehr. Besser gesundes Essen, sonst wird das Kind später krank. Und giftiges Spielzeug ist auch schlecht.“

Ich: „Na gut, was das wieder kosten wird. Aber dann wenigstens Konsumverzicht predigen, sonst wird das zu teuer. Wir machen irgendwas mit öko und so. Nach dem Motto: wenn du das Spielzeug kaufst, stirbt ein Robbenbaby.“

Sie: „Das finde ich gut. In dem Alter sollten wir aber auch daran denken dem Kind zu sagen, dass wir es lieben.“

Ich: „Genau, das sorgt dann in der rebellischen Phase für ein schlechtes Gewissen, wenn es nicht auf uns hört. Und später für ein folgsames Kind.“

Sie: „Dann sollten wir uns Gedanken machen über die weiterführende Schule.“

Ich: „Da kommt nur das Gymnasium in Frage. Da sind die richtigen Menschen für das Kind. Menschen, die Eltern haben, die so wie wir denken und sich um die Zukunft ihrer Kinder Gedanken machen.“

Sie: „In der Phase müssen wir dem Kind klar machen, dass es was besonderes ist. Und dass es in irgendwas das Beste werden soll.“

Ich: „Das ist gut. Dadurch bekommt das Kind ständig Versagensängste, dass es nicht gut genug ist. Es wird sich anstrengen und Andere mit allen Mitteln ausstechen. Das erhöht die Chancen, dass es die Loser als 'Andere' wahrnimmt. Und auf keinen Fall dazugehören will. Nicht, dass wir es später noch mal unterstützen müssen. Selbstverständlich werden wir aber weiter mitteilen, dass wir es lieben.“

Sie: „In dem Alter sollten wir auch das Taschengeld bedenken.“

Ich: „Stimmt, so lernt es, dass es nur ein bestimmtes Budget zur Verfügung hat, mit dem es wirtschaften muss. Wir könnten unsere Grundbedürfnisse wie Miete und Essen zuerst abziehen und das restliche Einkommen unter uns Dreien gleichmäßig aufteilen.“

Sie: „Finde ich gut. Das wäre absolut gerecht. Schließlich muss das Kind in der Phase auch genausoviel arbeiten wie wir. Wenn nicht sogar mehr.“

In der Aufnahme hört man ein kurzes aber heftiges Lachen von mir und ihr.

Ich: „Der Scherz war gut. Wir geben ihm ein bisschen Kleingeld und reduzieren gleichzeitig die kleinen Geschenke und die Süßigkeiten. So bekommt das Kind das Gefühl, dass es mehr bekommt als vorher und wir können noch Kosten sparen. Außerdem lernt es dann gleich prekär zu leben und sich wenig zu gönnen.“

Sie: „Alles klar. Dann kommen wir zur Berufsausbildung.“

Ich: „Studium wäre gut. Das gibt uns die Möglichkeit das Kind noch ein paar Jahre von der Steuer abzusetzen und gleichzeitig das schlechte Gewissen uns gegenüber zu vergrößern. Außerdem glauben die Kinder ja meist, dass Armut zum Studium dazu gehört.“

Sie: „Wie wäre es, wenn wir es motivie-

Ich: „Du natürlich, ich kann das nicht."

Sie: „Dafür will ich aber 75% der Einnahmen und zahle trotzdem nur die Hälfte. Ich riskiere meine Gesundheit mit einer Schwangerschaft doch nicht umsonst."

ren ein Stipendium zu beantragen?"

Ich: „Optimal, dann brauchen wir dem Kind gar nichts zu geben, außer einem Taschengeld, und setzen es dann trotzdem von der Steuer ab. Da können wir schon anfangen direkt was daran zu verdienen."

Sie: „Stimmt, wenn wir dem Kind wenig genug geben, können das gute Jahre für uns werden."

Ich: „Ja, und falls das mit dem Stipendium nicht klappt, haben wir ja neben den Steuervorteilen auch noch den Ansehensgewinn in der Gesellschaft, die Rentenpunkte, die Abschreibungen für den gekauften Wohnraum und die Altersvorsorge. Alles in allem wird sich das auf jeden Fall rechnen."

Sie: „Dann kommen wir zu den Fallstricken. Was, wenn das Kind uns das mit der Liebe nicht abnimmt und seinen 'fairen' Anteil will."

Ich: „Dann machen wir es platt mit Undankbarkeit. Das wird schon kapieren, dass es damit keinen Fuß mehr auf die Erde bekommt. Ein Kind, das mehr will, ist in der Gesellschaft ruiniert. Natürlich werden wir ihm immer sagen, dass wir ihm helfen, wenn es mal Hilfe braucht. Solange es nie nach Hilfe fragt, wird es nie wissen, dass es eine Lüge ist. Und ein gut erzogenes Kind fragt nicht nach Hilfe."

Sie: „Was, wenn es lieber eine Ausbildung statt ein Studium macht?"

Ich:" Dann müssen wir eben von den Fähigkeiten profitieren. Ein Handwerker ist auch nicht billig. Und Förderungen für die Eltern gibt es trotzdem. Wir können ihm ja in der Ausbildung auch schon mal sein Zimmer vermieten. Mit der Begründung, dass es lernt wie das so läuft. Und dann auch noch die Kosten für das Haus von der Steuer absetzen, weil wir das Haus ja teilweise vermieten."

Sie: „Was, wenn es doch mal nach mehr fragt oder kapiert, wieviel Geld wir wirklich haben?"

Ich: „Wir nehmen ein paar Kredite auf das Haus auf. Damit können wir immer begründen, warum wir kein Geld mehr übrig haben. Und da das Kind glaubt, später mal das Haus zu erben, wird es schon nichts dagegen haben. Und wenn wir älter sind, veräußern wir das Haus einfach und machen uns eine schöne Zeit. Dabei fällt mir ein, dass wir dem Kind, wenn es auszieht, noch seine Möbel verkaufen sollten. Wir können den Schrott ja dann nicht mehr brauchen, aber für das Kind können wir es als günstiges Angebot darstellen."

Sie: „Dann müssen wir jetzt nur noch die Einnahmen aufteilen."

Ich: „Ich würde sagen, wir machen halbe halbe. Sowohl bei den Ausgaben wie bei den Gewinnen."

Sie: „Und wer wird das Kind austragen?"

An dieser Stelle endet die Aufzeichnung. Den darauf folgenden Streit habe ich nicht mit aufgezeichnet. Wir sind uns nicht einig geworden. Wie kann man auch nur so gierig sein wie diese Frau? Nebenbei, wenn Sie zufällig eine Frau sind, an einen Kind interessiert sind und sich mit 25% des Reingewinns zufrieden geben, melden Sie sich. Ich verspreche Ihnen, vertraglich zugesichert, mindestens 3mal am Tag zu sagen, dass ich Sie lieben würde. Hochzeit ist inklusive. Eine gemeinsame Ökonomie ist selbstverständlich nicht vorgesehen. Welche moderne emanzipierte Frau würde auch noch gemeinsam mit ihrem Mann Konten haben wollen. Bei einem Kind geht es ja auch nicht um das Geld. Es geht um Liebe.

Jean Trauerweide

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*



Termine und Veranstaltungen

2.-4. November in Paris:
Weltsozialforum gegen Atomkraft 2017
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Antinuclear_World_Social_Forum_2017

2.-4. November in Bonn:
Conference of Youth
- NGO-Konferenz vor dem Klimagipfel

3.-7. November in Bonn:
People's Climate Summit

4. November in Bonn:
COP23 - Großaktion

5. November bei Bonn:
Ende Gelände
- Blockade eines Braunkohletagebaus
https://www.ende-gelaende.org/de/

11. November in Bonn:
Klima-Demonstration

13. - 19. November im Projekthaus Döbeln:
Archivworkshop
https://www.projekthaus-doebeln.org

1. September 2017 - 28. Februar
Hambacher Forst 2018
Rodungssaison - Hambacher Forst verteidigen
http://www.hambacherforst.blogsport.de

ISSN 1612-2186